

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Beilagen-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Intentions-Gebühr
 Befehlt für die festgesetzte Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Intention für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 11. März 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Organisierter Terrorismus.

„Streng vertraulich“ versendet der Geheim-Kommerzienrat Dr. E. Wechsly zu Wülfelwäldersdorf als Vorsitzender des Verbandes Schlesiener Textil-Industrieller Einladungen zum Anschluß an den genannten Verband. Warum „streng vertraulich“? Das lehrt ein Blick in den Inhalt der streng vertraulichen, und von mehreren Seiten zur Verfügung gestellten Schriftstücke. Der Verband hat seine alten Statuten am 2. Februar aus Statuten zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Textilindustrie in solche zur gewerkschaftlichen Anechtung und Verfolgung der Arbeiter und zur Unterjochung der kleineren Textil-Industriellen unter den Willen ihrer großen Konkurrenten umgewandelt. Die Gemeingefährlichkeit des neuen Statuts und das böse Gewissen der Väter dieser „neuen Statuten“ scheint die Öffentlichkeit. Desto mehr Grund liegt für uns vor, gegen ihren Willen den Inhalt dieser Statuten zu veröffentlichen.

Das neue Statut des Verbandes schlesiener Textil-Industrieller bezeichnet in § 1 als Zweck des Verbandes neben der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Textilindustrie in Schlesien „einen Zusammenschluß der der schlesiener Textilindustrie angehörigen Arbeitgeber mit dem Zweck, ein gezieltes Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitern in den Betrieben der Mitglieder zu fördern, entstehende Streitigkeiten nach Möglichkeit zu schlichten, unberechtigten Forderungen der Arbeiter aber, namentlich unberechtigten Arbeitseinstellungen, durch gemeinsames Vorgehen wirksam entgegen zu treten.“ Deutlicher als dieser, wohl vom Verbandspräsidenten Rechtsanwalt Dr. Reiser stilisierte § 1 zeigt der weitere Inhalt der Statuten, wohin die Reise geht.

§ 13 des Statuts stellt über das Verfahren bei Streitigkeiten in den Betrieben der Mitglieder folgende Vorschriften auf. Im Falle von Arbeitseinstellungen oder sonstigen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wählt der Ausschuss des Verbandes aus seiner Mitte eine Kommission von sechs Mitgliedern. Diese Kommission ist befugt, weitere Personen zu kooperieren. Die Kooperierten sollen mindestens zur Hälfte Arbeitgeber desjenigen Gewerbezweiges sein, in dem die Streitigkeiten zu Tage treten sind, die andere Hälfte braucht nicht aus Arbeitgebern zu bestehen. Diese Kommission soll nach Ausbruch eines Streiks die Verhältnisse an Ort und Stelle prüfen und mit den Arbeitern in Verhandlung treten. Sind die Verhandlungen erfolglos, so hat sie sich darüber schlüssig zu machen, ob sie die Niederlegung der Arbeit durch die Arbeiter, bezw. die Aussperrung derselben durch den Arbeitgeber für berechtigt oder für unbegründet erachtet.“ Auf Grund des Beschlusses der Kommission entscheidet dann der Verbandsausschuss. „Werden durch diese Entscheidung die Forderungen der Arbeiter als berechtigt anerkannt“ — wie frechhaft muß das Verhalten eines Arbeitgebers sein, wenn der Ausschuss dieser Kampforganisation von Arbeitgebern ihm Unrecht giebt! — „so wird diesem betreffenden Arbeitgeber schriftlich mitgeteilt, welcher sich der Entscheidung zur Vermeidung dauernden Ausschlusses aus dem Verband unbedingt zu unterwerfen hat. Geht dagegen die Entscheidung des Ausschusses dahin, daß die Niederlegung der Arbeit unberechtigt, bezw. die Aussperrung berechtigt ist, so erhält das davon betroffene Mitglied eine Entschädigung für jede Woche vom Beginn der Arbeitsüberlegung jener Lohn- oder Gehaltssumme, welche der Beitragberechnung, verteilt auf eine Lohnwoche, zu Grunde gelegt ist. Dem Ermessen des Ausschusses bleibt es vorbehalten, auch höhere Entschädigung zu gewähren. Ein Rechtsanspruch auf Streikentschädigung besteht nicht. Der Ausschuss kann die Verbandsbeiträge bis zum doppelten Betrag erhöhen, wenn die Anforderungen an die Verbandskasse die vorhandenen Mittel übersteigen. Es sind ferner, sobald ein Streik vom Ausschuss als unbegründet bezw. eine Sperre als begründet erklärt worden ist, die Verbandsmitglieder hiervon zu benachrichtigen, welche dann ihrerseits verpflichtet sind, diejenigen Arbeiter, die die Arbeit eingestellt haben oder gesperrt sind, in ihre Betriebe nicht aufzunehmen.“

Unverhüllter ist wohl statutarisch der gewerkschaftliche Terrorismus einer Arbeitgebergruppe noch nicht festgelegt worden.

Der mit so mächtigen Befugnissen ausgestattete Ausschuss besteht aus dem Vorsitzenden, seinen drei Stellvertretern und 12 bis 20 weiteren Personen, die sämtlich in der Hauptversammlung zu wählen sind. In der Hauptversammlung besteht nicht Gleichheit des Stimmrechts. Das Stimmrecht ist vielmehr nach der Höhe des Jahresbeitrags abgestuft: der Reichste hat die meisten Rechte. Ein Jahresbeitrag bis 25 Mk. verleiht eine, von 26 bis 50 Mk. zwei, von 51 bis 100 drei, von 101 bis 200 vier Stimmen und für jede weitere 100 Mk. Jahresbeitrag eine Stimme mehr. Damit die kleineren ganz sicher von den Großen aufgefressen werden, ist ihnen gestattet, sich vertreten zu lassen. Der Beitrag der Verbandsmitglieder besteht in einem einmaligen Betrag von 25 Pf. pro Kopf der von ihm beschäftigten Fabrikarbeiter und in einem Jahresbeitrag von 50 Pf. für jedes angefangene tausend Mark der von der Schlesiener Textil-Verufsgenossenschaft bezw. Seiden-Verufsgenossenschaft als anrechnungsfähig ausgegebenen Lohnsumme.

Nach § 152 der Gewerbe-Ordnung sind diese Beiträge nicht nagbar. Jedes Hofft der Verbandspräsident wohl, daß die wirtschaftliche Macht der großen Firmen ausreicht, um die rechtswidrigen Vermögensverluste dem Verband und seinem wohlbezahlten Bureau zuwenden zu lassen. § 152 der Gewerbe-Ordnung stellt ausdrücklich jedem Teilnehmer einer Vereinigung zur Erlangung günstiger Lohn-

oder Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Entlassung der Arbeiter, den Austritt von solcher Vereinigung frei und untersagt jegliche Klage aus solcher Vereinigung. Die gesamte Neuorganisation des Verbandes stellt sich als eine Verbindung dar, die die Vollziehung dieses zweiten Absatzes des § 152 der Gewerbe-Ordnung und das Recht des Arbeiters, Arbeit unter den ihm günstigsten Bedingungen zu suchen, durch ungesetzliche Mittel zu entkräften sucht. Die Teilnahme an einer solchen Verbindung ist nach § 129 Str.-G.-B. mit Gefängnis bis zu zwei Jahren zu bestrafen. Indes — wenn zwei daselbe thun, so ist es nicht daselbe. Der Verband zur Terrorisierung der kleineren oder zur Rachgiebigkeit gegen Forderungen der Arbeiter geneigter Unternehmer und der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter, wird sogar suchen, sich in das Vereinsregister des Amtsgerichts zu Breslau eintragen zu lassen.

Immer dringlicher offenbart sich die Gemeingefährlichkeit des schrankenlos korrekten Unternehmertums, immer lebhafter die Notwendigkeit eines Schutzes der Arbeitskraft gegen schwarze Listen und ähnliche terroristische Beeinträchtigungen der persönlichen Freiheit des Arbeiters. Durch ausdrückliche Festlegung der zivilrechtlichen und strafrechtlichen Haftung solcher Versuche, den Interessen des eignen höheren Profits halber an der Verwendung seiner Arbeitskraft zu hindern.

Der Krieg in Ostasien.

Tokio, 10. März. Vom Admiral Kamimura, Chef des zweiten Reichswahrs, ist folgender Bericht über den Angriff auf Wladiwostok eingegangen. Wie vorher angeordnet, kam das Geschwader an der östlichen Einfahrt von Wladiwostok am Morgen des 6. März an und mußte noch die mit Eis bedeckte See passieren. Feindliche Schiffe wurden im äußeren Hafen nicht gesehen. Die japanischen Schiffe näherten sich den Batterien an der Nordostküste von einem Punkt außerhalb des Schutzbereichs der Batterien auf dem Balzan-Vorgebirge und der Wosporusstraße. Nachdem wir den inneren Hafen von 1 Uhr 50 Minuten an ungefähr 40 Minuten lang beschossen hatten, zog sich das japanische Geschwader zurück. Ich bin der Ansicht, daß die Beschädigung bedeutenden Schaden eingerichtet hat. Man sah Soldaten an Land, aber die russischen Batterien erwiderten das Feuer nicht. Um sechs Uhr nachmittags wurde schwarzer Rauch in der östlichen Einfahrt bemerkt, und ich glaubte, es rühre von den feindlichen Schiffen her, aber der Rauch verschwand allmählich wieder. Am Morgen des 7. März unternahm das japanische Geschwader eine Rekognoszierungsfahrt in der Amerikai-Bai und Strelow-Bai, aber es wurde nichts Ungeöhnliches bemerkt. Die Schiffe näherten sich um Mittag wieder der östlichen Einfahrt von Wladiwostok, aber es wurden weder feindliche Schiffe gesehen, noch schossen die Batterien. Das Geschwader ging dann nach der Possiet-Bai, aber da auch dort nichts vom Feind zu sehen war, zog es sich wieder zurück.

Dem „Reuterschen Bureau“ sind folgende Telegramme zugegangen:

Seyl, 9. März. Die Russen besetzten heute die koreanische Telegraphenstation Jongwon. Zwischen Koreanern und Russen hat, wie hierher berichtet wird, auf der koreanischen Seite des Jumen-Flusses ein Gefecht stattgefunden.

Tokio, 9. März. Hier wird berichtet, bei dem am 24. Februar unternommenen Versuch der Japaner, Port Arthur zu blockieren, seien russische Torpedobootzerstörer, als sie in den inneren Hafen zu entkommen versuchten, auf eine Mine gestoßen und gesunken. Acht von dreizehn russischen Kriegsschiffen, die im Hafen lagen, seien kampfunfähig gemacht worden. Das Hwangschin-Kan-Port von Port Arthur sei durch die japanischen Granaten zur Hälfte zerstört worden; nur drei Batterien seien jetzt brauchbar. An der Reparatur der russischen Schiffe arbeiteten 400 Chinesen und 400 Russen. Die russischen Streitkräfte in Port Arthur sollen etwa 2000 Mann betragen.

Jinkou, 9. März. Die Russen haben heute in Kantschwang zwei Belagerungsgeschütze und zwei Haubizen ausgeladen. Der englische Konsul forderte die englischen Frauen und Kinder auf, Kantschwang zu verlassen, ehe der Fluß eisfrei ist.

Japanische Vorschriften für Kriegsberichterstatter.

Die von der japanischen Heeresleitung erlassenen Vorschriften für Zeitungs-korrespondenten lauten nach einer Mitteilung des amerikanischen Gesandten in Tokio folgendermaßen: Kein Korrespondent darf irgend welche Nachrichten, selbst privater Natur, abschicken, bis sie von dem damit beauftragten Offizier geprüft worden sind. Der Korrespondent muß europäische Kleidung tragen und um den linken Arm ein Band anlegen, worauf in japanischen Schriftzeichen in roter Farbe der Name des von ihm vertretenen Blattes angegeben ist. Jeder Korrespondent darf einen Dolmetscher und einen Diener bei sich haben.

Bereits Hinrichtungen?

Von unserem russischen Korrespondenten wird uns mitgeteilt: Am 28. Februar hat in Batum auf dem Kaukasus eine regierungsfeldliche Demonstration stattgefunden, die sehr blutige verlaufen ist. Die Polizei wurde von der Menge überwältigt und der Gouverneur, der eine Anrede halten wollte, mußte sich schleunigst zurückziehen. Wie wir soeben erfahren, sollen mehrere verhaftete Teilnehmer dieser Demonstration dem Kriegsgericht vorgeführt, sechs von ihnen bereits zum Tode verurteilt und gehängt worden sein.

Es bleibt die Bestätigung dieser ungeheuerlichen Nachricht abzuwarten. Freilich sind im Jorenreiche die ungeheuerlichsten Dinge gerade die wahrscheinlichsten. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. März.

Regierungsfürge.

Schon seit längerer Zeit kann der aufmerksame Beobachter eine eigentümliche Gestaltung der Verhandlungen im Reichstage bemerken und zwar sowohl derjenigen im Plenum wie in gewissen Kommissionen. Insbesondere wird öfter in unmotivierter und provokatorischer Weise sowohl vom Regierungstische wie seitens der verschiedenen bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu Felde gezogen in Tönen, wie wir sie nur in der Zeit vor und während des Sozialistengesetzes zu hören Gelegenheiten hatten. Andererseits wird in auffälliger Weise das Centrum mit Liebenswürdigkeiten und Entgegenkommen überschüttet, obgleich gerade die Haltung des Centrum in der gegenwärtigen Session — wir erinnern nur an sein Vorgehen in der Budgetkommission — weniger als früher dazu Veranlassung zu geben scheint. Auch die unerwartete Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes spricht dafür, daß man in den regierenden Kreisen in eine andre, günstigere Situation zu gelangen trachtet. Das Bild wird vervollständigt, dergewärtigt man sich, daß der Ausfall der letzten Reichstagswahlen bei den Regierungen wie bei den herrschenden Klassen einen höchst unbehaglichen Eindruck erzeugte, worüber fast keine Reichstags-Sitzung einen Zweifel läßt, wenn man dabei auch lieber vom Dresdener Parteitag als vom 16. und 25. Juni spricht. Alles dieses zusammen betrachtet, läßt uns eine aus guter Quelle uns zugehende Nachricht als höchst wahrscheinlich ersehen, wonach man in den Kreisen der Reichsregierung sich mit dem Gedanken einer Auflösung des Reichstags trägt, den man, wenn irgend angängig, schon in diesem Frühjahr verwirklichen möchte. Man hofft alsdann, wenn dabei die Parole ausgegeben würde: Gegen die Sozialdemokratie! auch einen festeren Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien zu erzielen, wofür die Verhandlungen der laufenden Reichstags-Session allerlei Symptome ergeben haben.

Unsere Parteigenossen geben wir den Rat, auf dem Posten zu sein und ihr Pulver trocken zu halten! —

Der Reichstag

nach heute das Specialgesetz für die Augustenburger, das diese von der Pflicht gewöhnlicher Sterblicher befreit, in Civilprozessen vor dem Richter zu erscheinen und zu schwören, in dritter Lesung an. Wir blieben mit unserem Protest gegen diese Verletzung von Sonderrechten allein — nur der Däne Jensen schloß sich ihm an. Aber Stadthagen hatte Gelegenheit, die Hintergründe dieses Einbruchs in das bürgerliche Gesetzbuch aufzudecken. Es handelt sich um einen wahren Schulfall des Byzantinismus, der seine Verleumdung nicht nur in den thatsächlichen Angaben unsres Fraktionsredners fand, sondern auch in den servilen Ergebnissversicherungen der Stöckmann und Reventlow.

In der Beratung des Militäretats sind die Resolutionen über die Mißhandlungen im Heere an die Reihe gekommen. Die Budgetkommission will eine Einschränkung, zumal der systematischen Qualereien dadurch erreichen, daß die Vorgesetzten von Soldatenhindern, wenn ihnen Pflichtverstoß nachgewiesen werden kann, schärfer als bisher gefast werden. Die Freisinnigen beschränkten sich auf den allgemeinen Wunsch nach durchgreifenderen Maßnahmen der Verwaltung. Unsere Fraktion endlich entwickelte in ihrer Resolution ein festes, positives Programm, dessen Durchführung sicherlich die Brutalitäten des Kasernenlebens ganz erheblich einschränken würde. Das wies Genosse Meiß in seiner Jungfernrede überzeugend nach. In unsern Forderungen ist nichts enthalten, was nicht sofort durchführbar wäre. Sie zeigen einen festen Weg, der auf dem Gebiet der Militärmißhandlungen endlich einmal aus der Zone der Redensarten herausführt. Und doch fand dieser Antrag, der in ähnlicher Form in der bayerischen zweiten Kammer Annahme gefunden hat, keine Gegenliebe bei den Mehrheitsparteien.

Herr Gröber begnügte sich mit der Resolution der Budgetkommission, erklärte die Veröffentlichung der Strafen für zu zeitraubend und nannte den ständigen Hinweis auf das Verwehrrecht überflüssig, da die Soldaten dies Verwehrrecht befanntlich jetzt schon hätten. Rehnlich äußerten sich Nationalliberale und Konserervative, so daß sich Herr v. Einem der Wähe überhoben fühlte, sachlich auf unsere Vorschläge einzugehen.

In Summa: die Herren wollen den Pelz weiter waschen, ohne ihn nah zu machen. Nach außen hin suchte man diese Thatfache wie gewöhnlich durch Ansvirbelung einer Wolke von Staub und Unrat gegen unsre Partei zu verbergen. In die Dehreden gegen die Sozialdemokratie scheint jetzt Methode zu kommen. Heute war es ein Nationalliberaler, der nachfolger Baffermann im Jenaischen Wahlkreis, der sich in den bedürftigsten Scharmachereien erging. Herr Lehmann ist ein herzlich unbedeutender Mensch. Aber die unbeschreibliche Komik seiner im sächsischen Dialekt gehaltenen Rede kann über die Vertheidigung der Absicht nicht täuschen. Dieser liberale Mann

Tann die Zeit nicht erwarten, wo die Kröcher und Oldenburg Galgen bauen. Der konservative Herr v. Studij folgte seinen Spuren so eifrig nach, daß die beiden Reden sich zum Verwechseln ähnlich ausnahmen.

Einleitung und Schluß zu den heutigen Debatten gab ein Zwischenfall, der mit dem eigentlichen Thema in gar keinem Zusammenhang steht. Der bayerische Militärbevollmächtigte, Generalmajor v. Endres, griff auf eine Aeußerung des freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller-Reinigen aus der Generaldebatte zurück, die dem bayerischen Offiziercorps den Vorzug der höheren Bildung vor dem preussischen zugeschrieben hatte. Herr v. Endres sprach sehr pointiert und witzig, manchmal aber ins Ungezogene fallend, gegen den freisinnigen Abgeordneten, dessen Geist der Reichstanzler bewundert. Aber er machte gar zu viel Aufhebens nicht nur von Herrn Müller, dem er Schüring des Partikularismus in der Armee vorwarf, sondern auch von seiner Person. Ob sein Hochgefühl für die preussischen Kameraden von den maßgebenden Stellen Bayerns mit gleicher Intenität nachempfunden wird, kann dahin gestellt bleiben. Der bayerische Gesandte Graf v. Verchenfeld sah jedenfalls während der Rede mit einer Miene da, als hätte er Angst, es könnte ein Unglück passieren. Nun, wenn Herr v. Endres nicht bayerischer Generalleutnant wird, preussischer wird er sicherlich!

Des Angegriffenen, der erst später im Hause erschien, nahm sich Herr Bayer von der Süddeutschen Volkspartei mit großer Wärme an. Eine Antwort des Generals beschloß die Sitzung.

Der Etat der Entgleisungen.

Minister Budde ist über die Zurechtweisung, die wir ihm wegen seiner, für einen früheren Angefallenen der Firma Löwe höchst ungehörigen Ausfälle gegen die Socialdemokratie haben zu teil werden lassen, aufgebracht. Mit einem etwas gesüßten Pathos weitererte er am Donnerstag im Abgeordnetenhause bei der Fortsetzung der Beratung des Eisenbahnerverwaltung gegen den „Vorwärts“. Der Minister weiß, daß wir streng auf dem Boden des Gesetzes stehen, wenn wir auch den Eisenbahnern das Koalitionsrecht zugestanden wissen wollen, während er in seinem Streben, die Staatsarbeiter zu Staatsflaven zu machen, Gesetz und Verfassung gegen sich hat. Daß die preussische „Volkvertretung“ auf seiner Seite steht und jedem seiner Worte jubelnden Beifall spendet, spricht nicht für, sondern gegen ihn. Wenn hätte jemals das preussische Abgeordnetenhause die Rechte der Arbeiter gegen ihre Bedrücker vertreten?

Aus der Debatte ist, abgesehen von einigen Scharfmacher-Reden der Herren Felisch (L) und Fehren v. Jedlitz (R), die Rede des Renommier-Arbeiters des Centrum, des Abg. Brust, zu erwähnen. Dieser Vorstehende einer christlichen Arbeiterorganisation gewann es über sich, den Eisenbahnarbeitern und den Landarbeitern das Koalitionsrecht zwar nicht abzuspochen, es aber doch mit solchen Restriktionen zu umgeben, daß seine Forderung in Wirklichkeit einer Verhinderung des Koalitionsrechtes gleichkommt. Das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter und Landarbeiter bedarf nach Anschauung des Herrn Brust einer andern Regelung als das der gewerblichen Arbeiter; wohl sei auch diesen Arbeitern das Recht zum Streik zu gewähren, aber nur im äußersten Falle. Die Landarbeiter dürften zur Erntezeit nicht streiken. Man sieht hieraus, daß sich die Forderungen des Herrn Brust in nichts von denen der übrigen Reaktionen unterscheiden. Wenn wir weiter hinzusetzen, daß Herr Brust seine Entlassung von Eisenbahnarbeitern wegen ihrer socialdemokratischen Gesinnung für berechtigt erklärte, so genügt das zur Kennzeichnung der Gesinnung dieses Mannes, der sich noch immer als Arbeiterführer aufspielen mag. Er dürfte seine Rolle nunmehr ausgespielt haben, denn unsere Genossen werden den günstigen Agitationsstoff gegen die christlichen Gewerkschaften, den Herr Brust ihnen geliefert hat, im Interesse des Proletariats auszunutzen wissen. Herr Brust selbst hatte ja ein Gefühl für diese Wirkungen seiner Rede.

Im Laufe der weiteren Diskussion machte die Regierung in Bezug auf die Fänge der Bahnärzte das angeführte der Verzeibewegung wertvolle Zugeständnis, daß sie aus Gründen der Betriebssicherheit die freie Arztwahl nicht bewilligen könne. Wir sind gespannt darauf, ob im Falle eines Streiks der Bahnärzte die Eisenbahn-Verwaltung eingreifen werden, wie sie vielfach zu Gunsten der Ärzte gegen die Klassen eingegriffen haben.

Am Freitag soll der Eisenbahn-Etat zu Ende beraten und mit der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern begonnen werden.

Der noch immer ahnungslose Kriegsminister.

Schon gestern bemerkten wir, daß der Kriegsminister zu allerleht Ursache habe, vom hohen Pferd herab moralische Censuren zu erteilen, da sein Verhalten im Fall Arenberg alles eber verrate, als jene mutige Ehrlichkeit, die nach der älteren Romanliteratur jeden Träger der Epaukette auszeichnen soll.

In der That war das Verhalten des Herrn v. Einem ein sehr merkwürdiges. Als Genosse Ledebour am Sonnabend den Fall Arenberg zur Sprache brachte, schwieg Herr v. Einem, obwohl er schon hinreichende Veranlassung gehabt hätte, sich ganz genau und an der richtigen Stelle über den Fall zu orientieren. Am Montag rückte er mit dem privaten Gutachten des einen Sachverständigen heraus, obwohl es doch viel einfacher gewesen wäre, sich den schriftlich fixierten Wortlaut des amtlichen Gutachtens des ganzen Sachverständigen-Kollegiums zu verschaffen. Dies Gutachten hätte freilich dem Herrn Kriegsminister die Möglichkeit des Entschlupfens genommen. Am Dienstag ging Herr v. Einem abermals wie die Kacke um den heißen Brei herum, bis ihn am Mittwoch Genosse Wedel derartig stellte, daß kein Entrienen möglich war. Nach vier Tagen bequeme sich dann der Herr Kriegsminister zum Geständnis. Da erzählte er denn, daß er selbst derjenige Regimentskommandeur gewesen sei, der den tolen Prinzen eingestellt habe. Hätte es nicht in der Presse gestanden und hätte ihn Wedel nicht direkt danach gefragt, so würde er vermutlich auch jetzt noch den ganz Unbeteiligten gespielt haben!

Aber stand nun wenigstens am Mittwoch der Kriegsminister so mutig seinen Mann, wie er es gleich am ersten Tage hätte thun sollen? Keineswegs! Auch gestern noch suchte er einer vollen, rückhaltlosen Klarstellung auszuweichen! Auch gestern noch spielte er den Ahnungslosen.

Dah er selbst von den „Jugendünden“ des jugendlichen Verwahrlosten nichts gewußt hat, ist ja möglich, wenn es auch höchst sonderbar war, daß der leibliche Bruder so wenig von der Verbrechernatur des Entarteten wußte. Es mag das ja aber daran liegen, daß man sich in „edelsten“ Familien um nächste Blutsverwandte nicht kümmert, sondern die moralische Erziehung subalternen Bedienten überläßt, die mit den Sechzehnjährigen Sekt saufen und ihnen Dingen zuführen. Vom hohen Sodel eines so intimen und moralischen „Familienlebens“ herab läßt sich dann ja am besten auf die Socialdemokraten schimpfen, die ein so ideales Familienleben zerstören wollen!

Rehmen wir also einmal an: Herr v. Einem hat nichts gewußt und auch der Bruder des tobsüchtigen Prinzen hat nichts gewußt — haben denn nun aber auch die Regimentskameraden und Vorgesetzten nichts gewußt? Nach dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen-Kollegiums, haben sie darum gewußt! Und der Herr Kriegsminister hätte das ja zur Evidenz dadurch feststellen können, daß er einfach die in Betracht kommenden Offiziere um Auskunft ersucht hätte. Aber dann hätte Herr v. Einem die Rolle des Ahnungslosen ja am Mittwoch nicht mehr durchführen können. Er wollte also keine Klarheit. Bequemer schien es ihm, immer konditionell zu reden: „Wenn es den Kameraden, dem Regimentskommandeur u. bekannt war, dann hätten sie es melden müssen.“ Und dann schloß er pathetisch nach dem Stenogramm:

„Diese Fehler, meine Herren, sind nicht abzuleugnen, und sollen auch hier von meiner Stelle in keiner Weise in Schutz genommen oder abgelenket werden.“

Galt dies vernichtende Pathos nun eigentlich den konditionellen Fehlern oder den vom Kriegsminister für festgestellt erachteten?

Herrn v. Einem wird zweifellos noch Gelegenheit gegeben werden, sich endlich einmal klipp und klar darüber auszusprechen, und auch darüber zu berichten, welche Sätze die begangenen Fehler gefunden haben!

Deutsches Reich.

Laute Centrumshat

hat die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes in einem Teile der konservativen und nationalliberalen Zeitungen entseht. Diese Blätter schätzen die geistige Kraft ihres Protestantismus so jämmerlich ein, daß sie aus dem Fortfall einer Ausnahmebestimmung den Sieg des Katholizismus und Ultramontanismus entstehen sehen.

Einige Citate zeigen den Centrumshat dieser tapferen Protestanten. Allen voran jammert der fromme konservative „Reichsbote“:

„Hätte der Bundesrat das vor einem Jahre gethan, so hätte man es fastlich ebenso bebauern müssen wie heute, aber daß er es jetzt thut, nachdem der Oberkirchenrat, die preussische General-synode und der aus amtlichen Vertretern aller deutschen Landes-kirchen bestehende evangelische Kirchenaustrich sich im Interesse des kirchlichen Friedens in Deutschland gegen diese Aufhebung ausgesprochen haben, hat dieser Beschluß des Bundesrats eine geradezu verhängnisvolle Bedeutung; denn er beweist, daß dem deutschen Bundesrat das Wort der Vertreter der deutschen evangelischen Kirche nichts gilt — sondern daß ihm das Verlangen der katholischen Kirche und des Centrum höher steht. Diese Entscheidung wirkt für die Mitglieder der evangelischen Kirche wie ein Stich ins Herz, der tief verwundet und wie ein Schlag ins Gesicht der evangelischen Kirchenbehörden. Er beweist im Zusammenhang mit andern Thatfachen der letzten Zeit und insbesondere der Wiederzulassung der mit dem Jesuitenorden eng verbundenen marianischen Kongregation in unsern höheren Schulen, daß der Staat vor den Ansprüchen der römischen Hierarchie und des Ultramontanismus stetig zurückweicht, während derselbe die Fünftelle seiner Herrschaft über Deutschland hinwegreibt.“

Der „Reichsbote“ ist vor Schreck so verwirrt, daß er der Regierung den Ratsschlag giebt, den Reichstag gegen das Centrum aufzulösen.

Wenn das Centrum die Mittel für die Flotte, deren Notwendigkeit gerade jetzt der ostasiatische Krieg vor Augen stellt, verweigert, so sollte die Regierung den Reichstag auflösen, der Nation die Notwendigkeit der Flotte und die Befreiung aus dieser ultramontanen Zwangslage klar machen und diese beiden Punkte als Wahlparole proklamieren. Wir sind überzeugt, daß die Regierung mit einem solchen nationalen Programm, wie es schon lange ersehnt wird, die große Mehrheit der Nation um sich scharen und eine nationale Mehrheit gegenüber Centrum und Socialdemokratie bekommen würde. Der Mann dieser Zwangslage, welcher das Centrum und die Socialdemokratie zu herrschenden Parteien im Reiche macht, muß gebrochen werden.“

Die gründende „Deutsche Zeitung“ erklärt den Beschluß des Bundesrats als die denkbar schwerste Verleumdung des evangelischen Empfindens; er wolle „beinahe wie ein Alt-unrühmlichen Verrats“, eine Schmach gegen den Ultramontanismus sei verloren, da die amtlichen Führer Deutschlands die Fahne verlieren.“

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ sagt u. a.: „Vielleicht wird dieser Bundesratsbeschluß das Gute haben, auch die Blinden endlich sehend zu machen, ihnen endlich klar zu zeigen, wohin der Kurs des deutschen Reichs schiffes führt. In der weiten Welt zieht sich der deutsche Ar ängstlich vor jedem Culengetöse in sein enges Nest zurück. Im deutschen Reiche neigt sich die Krone, die einst Wismar dem Hohenzollernhause brachte, vor dem dreieckigen Götzein der Jesuiten. Mit brutalem Unverstand wird das gebildete, nationale Bürgerthum heider Konfessionen an die Wand gedrückt. Die am meisten für die Aufrihtung des Reiches gekon haben, werden verächtlich in die Erde geworfen und die Gnadenfonne der Regierung strahlt denen, die man einst „Reichsfeinde“ nannte.“

Der nationalliberale „Hannoversche Courier“ und die „Magdeburgerische Zeitung“ ergeben sich in gleicher Klage.

Aber selbst einzelne Regierungen sagen sich laut von dem Beschluß los. Es zeigt sich das erstaunliche Wahrzeichen bundesrathlicher Solidarität und Kollegialität, daß die „Leipziger Zeitung“, das offizielle Organ der sächsischen Regierung, mittelst, die sächsischen Stimmen im Bundesrat seien gegen die Aufhebung abgegeben worden.

So wächst in den Kreisen des protestantischen Furors nicht geringe Reizung, aus der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes einen „Kulturkampf“ zu entfachen. Das Centrum kam freilich diesem „Kulturkampf“ lächelnd entgegenzusehen, denn Gegner, die nur mit Ausnahmebestimmungen zu streiten wissen, hat es freilich nicht zu fürchten, und in der Abwehr solcher Gegnerschaft hat es auf seiner Seite eine Macht, die es parlamentarisch und außerparlamentarisch stützen wird — die Socialdemokratie. Es ist nicht unwichtig, was, wenn auch in theologischer Verkleidung, jüngst das Centrumsmitglied der bayerischen Abgeordneten-kammer Dr. Kohl in München sagte:

„Es ist eine Fügung der göttlichen Vorsehung, daß die Socialdemokraten in unser Zeit einen so großen Einfluß haben auf die Massen und die Politik, denn sonst hätten wir schon längst einen Kulturkampf, gegen welchen jener der 70er Jahre ein Kinderspiel wäre!“

Konservative Blätter entriisten sich gegen diesen Ausspruch, ohne seine Nichtigkeit bestreiten zu können. Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert den Widerspruch der Centrumspartei gegen ihr Parteimitglied. Aber das Centrum muß in allem seinem Socialistenhath sich gestehen, daß der Abgeordnete Kohl recht hat. Wollte man sich die Socialdemokratie aus der heutigen Politik hinwegdenken, so würde zweifellos der wildeste Kampf zwischen Centrum und Protestantismus ausbrechen. Nur weil die Socialdemokratie die Verwerflichkeit auch dieser Ausnahmebestimmungen im Volke rückhaltlos verurtheilt und im Parlament durch ihre Abstimmungen behandel hat, ist der „Kulturkampf“ vermittelst Ausnahmebestimmungen in Deutschland eine Unmöglichkeit geworden.

Eine parlamentarische Korrespondenz teilt mit, daß Graf von Bülow schon vor längerer Zeit dem Centrum Mitteilung gemacht hat, er habe eine Mehrheit im Bundesrat für Aufhebung des § 2; das Centrum möchte also auf erneute Einbringung des Jesuiten-

antrages verzichten. Die Mehrheit, heißt es, war damals aber noch keine sehr große, und es wurde deshalb vom Centrum dem Grafen v. Bülow der Rat gegeben, er möchte ruhig weiterarbeiten, bis er eine recht große Mehrheit hätte. Es soll nun in den letzten Wochen dem Reichstanzler gelungen sein, noch Baden und einige norddeutsche Kleinstaaten für die Aufhebung von § 2 des Jesuitengesetzes zu gewinnen, so daß sich im Bundesrat über 40 Stimmen für die Aufhebung gefunden hatten. Sachsen und Hessen sollen sich der Abstimmung enthalten haben. Die ganze Angelegenheit ist mit großer Heimlichkeit betrieben worden; nur Scherl erfuhr von der Sache, der zukünftige Sparminister und Minister für Volksaufklärung in Preußen.“

Diäten-Gerede. Es wurde wieder einmal behauptet, Graf Bülow habe erreicht, daß den Reichstags-Actis doch Diäten zugebilligt werden sollen. Doch das Dementi anderer Blätter erfolgte sofort. Graf Bülow ist höchstens mächtig genug, um die Aufhebung eines unbedeutenden Paragraphen des Jesuitengesetzes zu erlangen. Weiter reicht nicht.

Eugen Richters Abschied. Wir merketen vor einiger Zeit, daß Gelder gesammelt würden, um die „Freisinnige Zeitung“ wieder flott zu machen. Wir erwähnten auch, daß man die Geldgeber durch die Aussicht wech zu machen suchte, Eugen Richters Einfluß auf das Blatt würde vermindert werden. Jetzt wird nun unsere Ankündigung bestätigt.

Die „Freisinnige Zeitung“ siedelt aus der „Alliengemeinschaft“ Fortschritt“ in eine neugegründete „Verlagsanstalt Deutsche Presse, G. m. b. H.“ über und wird sich hinfort „Freie Deutsche Presse, Freisinnige Zeitung“ nennen.

Gleichzeitig erfahren wir, daß die Chefredaction aus den Händen Eugen Richters in die des Herrn Müller-Sagan übergehen wird. Damit ist gesichert, daß die „Freie Deutsche Presse“ bleiben wird, was die „Freisinnige Zeitung“ war, vielleicht noch um einige Grade größer: Das Musterblatt für tendenziös entstellte Auschnitte.

Die „Post“ fordert, daß der Wandjinnische Roman „Erstklassige Menschen“, wie der „Simplicissimus“, die „Zukunft“ und natürlich alle socialdemokratischen Schriften, vom Verkauf auf den Bahnhöfen ausgeschlossen werden soll. Es wäre nicht das erste Mal, daß sich Behörden durch die „Post“ Hege zu der Thorheit verleiten lassen, durch Bahnhofsverbote den sonstigen Absatz unangenehmer Litteraturzeugnisse doppelt zu fördern.

Goethe über militärischen Kadavergehorsam. Bei der Militärdebatte der letzten Tage wurde auch wiederholt über Goethe gesprochen, allerdings in einer nicht zur Sache gehörigen Weise. Man hätte ihn aber auch sehr zur Sache citieren können, nämlich seine Anschauungen über militärische Disciplin. Sein Egmont nämlich spricht am Schluß der Tragödie, als die spanischen Soldaten, treu dem Befehl ihres Königs, den Aufrihter zum Schaffot führen, verächtlich auf diese Wache zeigend, die Worte: „Und diese treibt ein hohles Wort des Herrschers, nicht ihr Gemüth!“

Diese Kehelei, die ganz socialdemokratisch die Kraft echter Disciplin im freien Willen, im Gemüth der sich frei Unterwerfenden erleutet, wird, wenn wir nicht irren, im Berliner Schauspielhause neuerdings geübt.

Das Centrum und der Fall Arenberg.

Die Centrumpresse — voran die „Germania“ — hat sich nicht nur über den Fall Arenberg völlig ausgeschwiegen, die Centrumsfraktion hat es nicht nur vorsichtig vermieden, auf diesen ungeheuerlichen Fall unsrer Kolonialpolitik auch nur mit einem Wort einzugehen, sondern das Centrum macht der Socialdemokratie sogar noch Vorwürfe, daß sie die standalöse Pflichtveräußerung der Centrumsfraktion ihrerseits durch energisches und wiederholtes Anschneiden des Falles auszugleichen versuchte. So mäkt heute wieder die „Germania“ über Babels gestrige Rede:

Nachdem er einige Fälle behandelt hatte, ging er wieder auf die Affaire des Prinzen Arenberg ein, ohne dessen Erwähnung wohl kein Socialdemokrat sich munter fühlt.“

Im übrigen unterläßt die Centrumpresse, specielle die sonst so zant- und leistungige „Germania“, konsequent alle Anzaphungen in Sachen Arenberg, die ihr reichlich auch von bürgerlichen Blättern zu teil wurden. Schrieb doch z. B. die „Deutsche Zeitung“ bereits vor mehreren Tagen:

„Durch alle Blätter von rechts nach links hallt es: Wie konnte der Mann Offizier werden? Wie konnte er Offizier bleiben? Wie konnte er in eine deutsche Kolonie geschickt werden? Und wie konnte man eine solche Forscher-Arbeit sachverständiger Kritiken veranlassen, um den verurteilten Prinzen aus dem Gefängnis, das er höchstens auf direktem Wege mit der Irrenanstalt hätte vertauschen dürfen, zu befreien? Die Antwort kann einstweilen nur nach einer Seite erteilt werden. Prinz Arenberg ist ein Better des auch kolonialpolitisch bekannten Centrums-Abgeordneten. Und dann: Der Centrums-Abgeordnete Justizrat am Rehnhoff ist kein Vormund und Sachwalter. Für das Centrum ist die Verbreitung dieser Angelegenheit durch seine Vertreter eigentlich eine böse Sache; denn der Abg. Lieber hat einst in Verbindung mit dem Abg. Wedel den Sturz des Dr. Betters auch aus Gründen des behaupteten Todesurteils „aus Eiferhuth“ herbeigeführt, das mit den schändlichen Begleiterscheinungen dieses „Wortes“ in keine Parallele zu setzen ist. Wie fanatisch über alle Massen trat damals das Centrum auf. Und jetzt? ...“

Dabei war der thörichte Versuch des Centrum, den Fall totzuschweigen, angefaßt die dümmste Taktik. Bekundete dies Schweigen doch am eindringlichsten das böse Gewissen des Centrum!

Atavidismus. Unter den starken Männern des Reichstags glänzt neuerdings neben den Herren v. Oldenburg und Kröcher der edle Herr v. Rippenhausen, Oberleutnant a. D., Rittergutsbesitzer, Ehrenritter des Johanniter-Ordens und Verfasser des berühmten Werkes „Ulox europaeus und seine Bedeutung als Futterpflanze für den Sandboden.“

Jetzt wechert sich nun ein Bruder des Herrn von Rippenhausen in einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ mit einigem Hohn dagegen, daß er von Adel sei. Dieser Rippenhausen läuft allerdings ohne das witzigste „v.“ durch das Dasein. Die ritterliche Art seines Bruders aber erklärt er wie folgt:

„Unser Ur-Ur-Urvoorfahren haben allerdings, wie man sagt, den Adel befaßen, aber seit dem dreißigjährigen Kriege gab es keinen adligen v. Rippenhausen, bis es oben Genanntem und meinem Bruder Major v. Rippenhausen gelang, das Adelsdiplom vom alten Kaiser Wilhelm durch Vermittelung hoher Personen wieder zu erlangen. Unser Vater war Apotheker in Marburg, ebenso der Großvater, Vorgänger waren Kaufleute u. Dies zur Orientierung. Ich habe keinen Sohn, somit war das „von“ für mich gleichgültig. Unse Mutter lebt noch in Eisenach.“

Das Junkertum des Herrn v. Rippenhausen ist danach recht jungen Datums und recht eigentlich aus der Apotheke bezogen. Offenbar aber haben die „hohen Personen“, welche Wilhelm I. rieten, den Rippenhausen aus dem Bürgerthum zu stoßen, auf den ersten Blick das Junkerblut durch die bürgerliche Verätschung hindurch gefühlt und seinen ungeliebten Atavidismus angemessen gewürdigt. Der heutige Rippenhausen paßt in der That ganz in die Zeit vor dem dreißigjährigen Kriege, und er heißt nur so, wie er ist. Das Geschlecht hat die ertragreiche, aber medle Willensherber-Epifode überstanden; die Klasse ist wieder durchgeschlagen.

Der alte Fritz ohne Obdach. Wilhelm II. hat bekanntlich ein Standbild Friedrichs II. den Vereinigten Staaten geschenkt. Dort aber hat man für Siegesallee keinen Sinn und so wird der alte Fritz recht ungalstlich aufgenommen. Neuerdings hat man sich, wie

Ebenso soll in einem anderen Wahlbezirk der Isolierraum ganz unzulänglich gewesen sein. Da in beiden Fällen Weiserehebungen angestellt werden sollen und die Majorität Eichhoffs keine bedeutende ist, wird die Wahl beanstandet.

Darauf beginnt die Kommission mit der Prüfung der Wahl des Fürsten Bismarck im dritten Wahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg, Jerichow I. und II. Bei der Hauptwahl erhielt Bismarck 10 430, Stadtverordneter Voigt-Gommern (Soz.) 8140, Mertens (fr.) 6180 Stimmen; in der Stichwahl Bismarck 14 665, Voigt 9742. Gegen die Wahl liegt ein umfangreicher Protest von sozialdemokratischer Seite vor. In 25 Orten sind die Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei trotz ihrer Einsprüche, daß die Wahl öffentlich sei, und trotzdem in mehreren Fällen telegraphische Entscheidungen des Landrats eingeholt und den betreffenden Wahlvorständen vorgelegt wurden, aus den Wahllokalen entfernt worden, zum Teil unter Androhung von Gewalt. In einem Orte sagte der Wahlvorstand, der Kreissekretär habe angeordnet, daß sich die Wahlvorstände Ausweispapiere von den Betreffenden über ihre Wahlberechtigung vorlegen lassen sollten. Trotzdem nun Steuerzettel, Militärpaß und sonstige Legitimationen vorgelegt wurden, entfernte man doch die, die sich so genügend legitimiert hatten. Uebrigens besagt § 9 des Wahlgesetzes: Die Wahlhandlung ist öffentlich. In einem anderen Orte sprach der Wahlvorstand von einem auf diese Vorkommnisse bezüglichen Erlaß. Von sozialdemokratischer Seite wurde auf das Systematische in diesem Vorgehen hingewiesen. Wegen vorgedachter Zeit mußte die weitere Verhandlung auf die nächste Sitzung — 15. März — vertagt werden.

Aus Industrie und Handel.

Königliche Kaufleute.

Während der verfloffenen Krise beteuerte die gesamte bürgerliche Presse unablässig, daß die erfolgten Zusammenbrüche nur die Folge schwindelhafter Manipulationen waren und mit Befestigung der verbrecherischen Thäter aus der auf den solidesten Grundlagen ruhenden Wirtschaftswelt ähnliche Fälle für die Zukunft ausgeschlossen sind. Die schwere Zeit der Krise war bei der nur zu leicht vergebenden Waise durch die kurze Zeit steigender industrieller Konjunktur schon aus der Erinnerung geschwunden, als der Ausbruch des russisch-japanischen Krieges der beginnenden Hauste-Periode ein schnelles Ende bereite, und mit ihr dem Märchen von der endgültigen Vernichtung der großen Industrie- und Finanzschwindler.

Nun besetzen die neuen mihischen Verhältnisse, schreibt die Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen „Plutus“, da erleben wir nicht etwa nur alle möglichen Fallissements aus verschuldeten Spekulationen, sondern es regnet Depotunterstellungen und schwindelhafte Bilanzauflösungen bei Industrie-Gesellschaften. Der neueste Fall dieser Art ist bei der Wedburger Ball-Industrie passiert. Der verstorbene Generaldirektor Kommerzienrat A. Silberberg soll die Inventuren gefälscht haben, und wie sich jetzt herausstellt, weist der Abschluß der Gesellschaft einen Verlust von ca. 700 000 und eine Unterbilanz von ca. 300 000 M. auf. Am Schluß des ersten Semesters hatte man noch von einem Gewinn von 100 000 M. gesprochen, und als schließlich entdeckt worden war, daß im Staate Dänemark etwas faul sei, kühlte sich weder der Vorstand noch der Aufsichtsrat beiraten, sofort den Aktionären davon Kenntnis zu geben. Man ließ es vielmehr erst darauf ankommen, daß ein etwas neugieriger Aktionär eine Anfrage hinsichtlich des Gewinnergebnisses stellte. Auch dann gab man noch keine klare Antwort, sondern schrieb: vielleicht lasse sich noch eine Unterbilanz vermeiden. Man vertrieb auf eine Weisheit, die die Treuhänder-Gesellschaft gerade im Begriff sei vorzunehmen. Während nun die Treuhänder-Gesellschaft revidierte, verlaufen an der Börse zwei Kaufstürme fortgesetzt die Aktien der Gesellschaft. Es hatten also einzelne eingeweihte Persönlichkeiten Zeit gefunden, sich gemächlich ihres Besitzes an solche Käufer zu entledigen, die nicht in der glücklichen Lage waren, im Aufsichtsrat des Unternehmens zu sitzen. Die Herren Aufsichtsräte, zu denen unter andern auch ein Kölner Justizrat gehört, haben also zunächst nichts von den Veruntreuungen des Generaldirektors gemerkt, und dann wollten sie sich auch nicht einmal dem finanziellen Risiko unterziehen, den selbst mitverschuldeten Schaden zu tragen. Die Aktionäre sollten recht energisch darauf dringen, daß ihnen im Wege der Regreßklage das schleunigst wieder abgenommen wird, was sie durch die frühzeitigen Aktienverkäufe sich erhalten zu haben glaubten.

Wie jetzt gemeldet wird, soll sich die Staatsanwaltschaft der Affaire angenommen haben, und sie wird gezwungen sein, nicht nur eine Aufklärung über die Geschäftsführung des verstorbenen kommerziell-rationalen Generaldirektors herbeizuführen, sondern sie wird festzustellen haben, woher die Verkäufe an der Berliner Börse stammen. Die vor der Bekanntmachung der Verluste ausgeführt worden sind.

Das große Sterben. Während in der Industrie bei sinkender Konjunktur die Ziffer der Fabrikbrände zunimmt, bricht auf der Börse mit eintretender Baisse bei obligatem Zusammenbruch waghalsigen Spekulanten eine Selbstmordepidemie aus. Seit geraumer Zeit weiß die Presse fast täglich zu berichten, daß ein Hauffier aus der Urtiefe des Börsenlebens in das stille Jenseits gewandert ist. Und wiederum weist die Börsen-Selbstmordepidemie einen neuen Fall auf. Am Mittwoch hat sich der Bankier Albert Jaffé, Mitinhaber der Firma A. Jaffé und C. Trier in Frankfurt a. M., erschossen. Den Grund bildet der durch starke Privat Spekulationen eingetretene Vermögensverfall. Vor einigen Jahren wurde das Vermögen Jaffés auf mehrere Millionen geschätzt.

Der Feinblechverband. Der Beirat des Feinblechverbandes beschloß in seiner letzten Sitzung folgende Verkaufspreise: 115 M. Grundpreis mit Frachtgrundlage Siegen bezw. Wiesbaden für 3 Millimeter starke und stärkere Bleche, ferner 121 M. Grundpreis mit Frachtgrundlage Thale für Bleche unter 3 Millimeter Stärke. Den Großhändlern wird der ihnen auf diese Preise zuzuführende Rabatt gewährt. Die Befestigung der Preise für stärkere Bleche auf 115 M. bedeutet gegenüber dem bisherigen Satze eine Ermäßigung, der Preis von 121 M. dagegen eine nicht unwesentliche Erhöhung.

Erhöhung der Trägerpreise. Mit seinem Uebergange in den Stahlwerks-Verband hat der Träger-Verband statt der bisherigen Frachtbasis Verbach die Frachtbasis Niedenhofen angenommen. Das bedeutet für ganz Nord- und Ostdeutschland eine Preiserhöhung um 1 1/2 M. und für Süddeutschland um 2 1/2 M. pro Tonne.

Das Buchhändler-Kartell wird in der nächsten Sitzung der Kartell-Enquete-Kommission, die erst Anfang April stattfindet, zur Verhandlung gelangen. Ursprünglich war die Besprechung des Grobblech-, Schienen- und Feinblech-Verbandes geplant.

Ausnahmetarif für Reichenspaltstein. Der kürzlich für die schlesische Steinbrüche nach dem Berliner Bezirk eingeführte Ausnahmetarif für Plastersteine, die zur Herstellung von Mauerwerk dienen, ist von heute ab auch auf die sächsischen Stein-Veranstaltungen ausgedehnt worden.

Angehändel Italiens im Jahre 1903. Der Gesamtwert des Angehändels Italiens gestaltete sich im Jahre 1903, verglichen mit 1902, wie folgt:

	Einfuhr	Ausfuhr
	1903	1902
Rohstoffe	601 751	665 235
Halbfabrikate	366 403	393 631
Fabrikate	378 778	354 537
Nahrungsmittel	401 490	362 340
Zusammen	1 898 422	1 775 743

	1903	1902
242 706	242 200	
497 391	558 071	
317 691	309 668	
404 075	362 673	
1 461 863	1 473 421	

Gewerkschaftliches.

Achtung Gewerkschaften!

Gemäß dem Beschlusse der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission vom 26. März 1903 und einem späteren Ausschlußbeschlusse soll in diesem Jahre am 18. März eine einheitliche Kranzniederlegung für die Märzgefallenen stattfinden. Dieselbe hat seitens des Ausschusses zu erfolgen. Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission.

Das Einigungsamt des Berliner Gewerkschafts hatte sich gestern mit einer Differenz zwischen den Bauarbeitern und deren Arbeitgebern wegen einer Tarifieränderung zu befassen. Es handelte sich um eine Aenderung des § 6 des Tarifvertrages betreffend Neuregelung der Vergütung von Jahrgeld und Jahressatz. Die aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestehende Schlichtungskommission für das Gewerbe hatte sich über den fraglichen Passus in einer Sitzung am 18. Februar bereits völlig geeinigt; dagegen erkannte die Arbeitgeber-Versammlung die bezüglichen Abmachungen ihrer Vertreter in der Schlichtungskommission nicht an, es kam deswegen zu erheblichen Herwürfen unter den Arbeitgebern. Die Folge davon war, daß die Gesellen die vertraglich vorgeschriebene Entscheidung des Einigungsamtes antriefen. Zur Verhandlung waren Vertreter der Arbeitgeber jedoch nicht erschienen. Nach Prüfung der ganzen Sachlage und unter Würdigung dessen, daß die Schlichtungskommissions-Mitglieder der Arbeitgeber die in Frage kommenden Vorschläge der Gesellenvertreter früher durchaus gebilligt haben, fällt das Einigungsamt unter dem Vorsitz des Direktors v. Schulz folgenden Schiedspruch:

„Der Wortlaut des § 6 des Tarifvertrages vom 6. Mai 1903 kann leicht zu Differenzen führen. Aus diesem Grunde empfiehlt das Einigungsamt den Parteien die Annahme des von der Schlichtungskommission am 18. Februar d. J. hierüber von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gefassten Beschlusses.“

Achtung Konditionen! Die Differenzen bei der Firma Kurz u. Co., Engel-Ufer 4, wurden in einer Betriebsversammlung im Beisein des Fabrikanten und der Organisationsleitung beigelegt. Die Arbeit ist wieder aufgenommen. Centralverband der Konditionen. Mitgliedschaft Berlin.

Zu dem **Tischlerstreik** von Steglitz und Groß-Lichterfelde wird berichtet: Nachdem am Freitag, den 4. März, eine Kommissions-Sitzung zu dem Streik Stellung genommen hatte, in welcher auch von den Meistern gewisse Zugeständnisse gemacht wurden, fand am Dienstag, den 8. März, zu demselben Zweck eine Versammlung der Arbeitgeber statt. Am Mittwoch ward dann den Arbeitern seitens des Vorsitzenden vom Arbeitgeber-Schutzverbande folgender Weispruch mitgeteilt:

„Die heute abend gegen 8 Uhr im „Abrechtshof“ hier selbst tagende Generalversammlung der Mitglieder des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Die Forderung der Gesellen betreffend Zahlung des Maschinen-geldes seitens der Meister wird abgelehnt; desgleichen wird jede Mehrforderung der Tischlergesellen abgelehnt.

Dieser Beschluß ist zur Kenntnis der Gesellschaft zu bringen.“

Die dieser Beschluß zu stände gekommen ist, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis; er ist aber um so verwerflicher, als die Arbeitgeber in der Kommission unter Leitung des Vorsitzenden vom Arbeitgeber-Schutzverband die Forderung betreffend Zahlung des Maschinen-geldes anerkannt hatten, auch bei den Preisen eine Verständigung erzielt worden war. Entweder haben die Herren es nicht sehr genau mit der Vertretung des Kommissionsbeschlusses genommen oder sie besitzen nicht den geringsten Einfluß auf ihre Kollegen. Die Gesellen sind entschlossen, so lange auszuharren, bis die Herren Meister sich zu einer Aenderung ihrer selbstherrlichen Diktation entschließen können.

Der Streik der Kranzfahrer, Anschleifer und Hilfsarbeiter der Firma Borfig in Tegel ist am Mittwoch durch Verhandlungen beigelegt.

Die **Ventilnehmer und Maschinenarbeiter** in Lankenswalde befinden sich nun zwei Wochen in Ausruhm, nachdem sich die Meister ihren Forderungen gegenüber ablehnend verhalten hatten. Verlangt wurde Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 54 Stunden pro Woche und Aufhebung des Accord- und Stundenlohnes. Die Arbeiter haben sich dazu veranlaßt, weil sich die Wohnungsverhältnisse und der Lebensunterhalt am Orte denen der Vororte von Berlin und in Berlin in letzter Zeit immer mehr und mehr angepaßt haben, dagegen die Löhnerhältnisse denen der obigen Orte nicht im geringsten gleichkommen. Außerdem kommt noch in Betracht, daß die in Frage kommenden Meister ihr ganzes Abgabegeld in Berlin und Umgebung haben. Durch die billigen Arbeitskräfte ist es ihnen möglich, die Unternehmer in Berlin bei Abschüssen immer zu unterbieten, worauf von Berliner Unternehmern bei Lohndifferenzen stets hingewiesen wird. Eine Unterhandlung, von den Unternehmern angeregt, fand bereits statt, scheiterte aber. Die Situation ist gänzlich da fast sämtliche Streikende organisiert sind und man aus der Anknüpfung einer bald wieder stattfindenden Verhandlung schließen kann, daß die Unternehmer auf die gestellten Forderungen eventuell eingehen würden. Zugang ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die **Gewerkschaften Nürnbergs** haben im vergangenen Jahre einen erfreulichen Aufschwung genommen. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter betrug im Jahre 1902 11 042 und ist im vorigen Jahre auf 12 229 gestiegen. Von den Arbeiterinnen waren 1902 1049, 1903 1182 organisiert. Die Steigerung von Quartal zu Quartal war eine gleichmäßige, der Mitgliederwechsel war nicht so groß wie in vorausgegangenen Jahren. Der Mitgliederstand blieb ziemlich stabil. Von den 45 in Nürnberg bestehenden Gewerkschaften haben nur sechs einen Verlust von zusammen 33 Mitgliedern gehabt, die übrigen hatten nur eine Vermehrung zu verzeichnen, u. a. die Flakscher 226, die Formier 117, die Handels- und Transportarbeiter 62, die Holzarbeiter 358, die Maurer 248, die allgemeine Zahlstelle der Metallarbeiter 415, städtische Arbeiter 116, Steinbrücker 105 usw. Bemerkenswert ist, daß fast überall eine Zunahme des Mitgliederstandes zu verzeichnen ist, obwohl die meisten Gewerkschaften ihre Beiträge beträchtlich erhöht haben. Es dürfte die Vermutung zutreffend sein, daß höhere Beiträge einen stabileren Mitgliederstand zur Folge haben und daß die Reservierung verschiedener Unterzweigszweige die Stabilität günstig beeinflusst.

Ausland.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie.

Wichtige Veränderungen sind in Bezug auf den Stand der Bewegung in der letzten Zeit nicht eingetreten. In Antwerpen steht den Arbeitern fortwährend eine größere Zahl von Mühlen zur Verfügung, als sie aus ihren eigenen Reihen beziehen können. Sie haben dem Vorstand des Niederländischen Verbandes mitgeteilt, daß jetzt 80 Mühlen wiederum Amsterdamer Kollegen überlassen werden können. Eine dementsprechende Zahl von Schleifern und „Verstellern“ (solcher Arbeiter, die den Schleifern die Steine in die zum Schleifen erforderliche Vorrichtung stellen oder „verstellen“) hat sich bereits in Amsterdamer Verbandsbureau gemeldet, um in den nächsten Tagen nach Antwerpen auszuwandern.

Soziales.

Eine **Enquete** über die Bekämpfung der Meierkrankungen. Die amtlich mitgeteilt wird, wird das östereichische Handelsministerium durch das Arbeitsstatistische Amt Erhebungen über die Entstehung und Verbreitung der Meierkrankungen und ihre Bekämpfung durchführen lassen. Es sollen zunächst die technischen Einrichtungen und Betriebsweisen jener Unternehmungen untersucht werden, bei denen

Meierkrankungen in größerer Zahl vorkommen. Ferner sollen auch die Wirksamkeit und der Erfolg der bisher angewendeten Methoden für die Verhütung der Meierkrankungen überprüft werden. Mit der Durchführung dieser Erhebungen dürfte eine Spezialkommission betraut werden, die die Erhebungen in erster Linie in den Blei und Weispräparate erzeugenden Betrieben und nur nebenbei auch in den Blei- und Weispräparate verwendenden Betrieben vornehmen wird. Daraus soll sich dann eine Enquete anschliefen, in der das von dieser Kommission beschaffte Material ergänzt werden soll. Diese Enquete soll nach Bedarf in mehrere Teil-Enqueten für einzelne Gruppen verwandter Betriebe zerlegt werden. Durch diese Art der Arbeitsteilung soll die Heranziehung der Vertreter der Gewerbe sowie wissenschaftlicher Fachmänner und Repräsentanten der beteiligten Verbände, zum Beispiel der Krankenkassen, erleichtert werden.

Die **Errichtung eines Lebigenheims** in Jülich ist von den dem bürgerlichen Parteien angehörigen Stadträten zum zweiten Male zu Fall gebracht worden. Der Magistrat hatte neuerdings einen Beschluß gefaßt, wonach die Stadt einen Bauplatz unentgeltlich zur Verfügung stellt, ferner 15 000 M. von dem Leihhausüberschuß als flüssiges Kapital hergibt, während die mittelständische Versicherungsanstalt zu den Aufkosten 150 000 M. gegen niedrige Zinsen beisteuert. Es sollte ein Haus mit 100 einzelnen Zimmern errichtet werden. Das Gemeindefakultät verweigerte aber wiederum die Projektionskosten mit 500 M., dafür stimmten nur die Sozialdemokraten und zwei Demokraten. Gegen den Plan wurde ins Feld geführt, daß erst die Ergebnisse der Wohnungserhebung abgemartet werden müßten, von der etwa der siebente Teil aufgenommen ist. Dabei wurden 225 Ledige in Logis gefunden, die bei Anwendung des in Aussicht stehenden Wohnungsgebietes gezwungen sein dürften, sich eine andre Wohnung zu suchen — schon Beweis genug dafür, wie schlecht die Wohnungsverhältnisse in Jülich beschaffen sein müssen und wie notwendig eine derartige Einrichtung wäre.

Fleischsteuerung in Oberschlesien. Für den ober-schlesischen Industriebezirk ist eine Fleischsteuerung im Anzuge. Die Zufuhr von Rindern und Schweinen aus dem inneren Rußland nach den Grenzstädten hat sich ganz erheblich verringert. Das ist sowohl der Mangel an Rußland auch an Futtermitteln zuzuschreiben, durch welche die russischen Bauern zu einer bedeutenden Reduzierung des Viehbestandes gezwungen wurden, wie auch dem Umstande, daß die Militärverwaltung infolge des russisch-japanischen Krieges große Viehanläufe macht. Das Rindfleisch ist in Rußland schon jetzt so hoch im Preise, daß es von der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr gekauft werden kann. Und wenn die preussische Regierung die Vieheinfuhr aus Oestreich nicht in größerem Umfange wie bisher zuläßt, können auch die Arbeiter des ober-schlesischen Industriebezirks bald kein Fleisch mehr kaufen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhause.

Wien, 10. März. (B. Z. B.) Zur Verhandlung steht die Angelegenheit des Abg. Jro, welcher die Gesellen beleidigt haben soll. Der Mißbilligungsausschuß stellt durch den Berichterstatter den Antrag, eine Mißbilligung nicht auszusprechen, da Jro den Ausdruck „lauter Verbrecher in Abrede stelle und sage, daher mit dem Ausdruck: „Nehmen Sie die Peitsche für die Gesellen“ figurlich energische Maßnahmen gegen die obstruierende Jungezechen-Partei verlangt habe. Der ezechische Abgeordnete Graf Sternberg tritt für die Ehre des ezechischen Volkes ein und ermahnt die Gesellen, sich mit den Ungarn zu verbinden, damit das Gedeihen des ezechischen Volkes nicht weiter durch Abgeordnete gestört werde, die in der Politik nichts anderes suchen als Vorkaufstriche. Redner wird wegen dieses Ausdruckes zur Ordnung gerufen. Der altschlesische Abgeordnete Hoyer verlangt, man solle den Gesellen endlich mit Hilfe der deutschen Nachbarn die Ridelhaube auf den Kopf schlagen, dann würden sie gezwungen werden, deutsch zu reden und deutsch zu lernen. Der Generaldeputierter Stransky wirft Jro vor, von ihm gebrauchte Ausdrücke wiederholt nicht aufrecht erhalten zu haben und antwortet auf wiederholte Zurufe „frecher Jude“ mit der Bemerkung, daß Jro früher sein Ehrenwort gebrochen habe. (Inhaltender, kirmender Widerspruch bei den Altschlesien.) Zwischen diesen und den Gesellen kommt es zu persönlichen Konflikten. Schließlich wird der Antrag des Mißbilligungsausschlusses in namentlicher Abstimmung mit 131 gegen 1 Stimme angenommen. Am Schluß der Sitzung beantragt der Jungezechen-Schnal die Einsetzung eines Mißbilligungsausschlusses gegen die Abgeordneten Stein und Herzog wegen der Jurise „Taschendiebe“, „hant sie to!“, diese Lumpen kehlen alles Geld aus dem Sad“. Nächste Sitzung morgen.

Keine Seeschlacht vor Wladiwostok.

Petersburg, 10. März. Der stellvertretende Stabschef der Flotilla Wladiwostok telegraphiert unter dem gestrigen Datum: Die Nachricht des Reuterschen Bureaus, daß zwischen dem Wladiwostoker Kreuzergeschwader und einem japanischen Geschwader eine Seeschlacht stattgefunden haben soll, beruht auf keiner Erkundung.

In den Grund gebahrt.

Petersburg, 10. März. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Nach einer gestern in Port Arthur eingegangenen Mitteilung des „Courrier de Tientsin“ wurden bei dem Nachtangriff der japanischen Flotte auf Port Arthur am 24. Februar 5 Brander und mehrere Torpedoboote in den Grund gebahrt. — Die Meldung aus Rußland vom 4. d. Mts., daß die russischen Truppen sich auf der Linie Jianjang-Haichang zurückziehen, ist unbegründet und von Rußland feindlicher Seite verbreitet worden.

Auf der sibirischen Bahn.

Tamof, 10. März. (B. Z. B.) Bei der Station Jurka ist ein in der Richtung nach Irkutsk gehender Militärzug entgleist. Vier Wagen wurden zertrümmert; ein Kosak kam um Leben, sieben wurden schwer und fünf leicht verwundet.

Schwarze Blattern-Erkrankung.

Salzwedel, 10. März. (B. Z. B.) Der Domänenpächter Hinpan auf Dambel ist an den schwarzen Blattern erkrankt; er wurde sofort isoliert.

Paris, 10. März. Dem „Temps“ zufolge hat der als Kanzleischreiber im Marineministerium beschäftigte Matrose Martin ganz zweifellos den Versuch unternommen, dem japanischen Marineattaché Schriftstücke zu liefern, aber man glaubt nicht, daß er das Vorhaben ausführen konnte. — Ein Abendblatt meldet unter Vorbehalt, daß ein die Unterseeboote betreffendes geheimes Schriftstück verschwunden sei. — Die japanische Gesundheitsverwaltung erklärt übrigens die Behauptung für unrichtig, daß ihr Militärattaché irgendwo in die Angelegenheit verwickelt sei.

Paris, 10. März. (B. Z. B.) Der Marineminister lehnt es ab, irgendwelche weitere Angaben in der Angelegenheit des verhafteten Schreibers Martin vom Marineministerium zu machen und erklärt, dies sei jetzt Sache der Gerichtsbehörde, wenn es überhaupt nötig sei, zu machen. Man versichert jedoch, daß die in den Bureaus des Ministeriums angelegte Untersuchung hinsichtlich des Verfalls von Material gegen Martin geliefert habe dafür, daß er dem japanischen Marineattaché angeboten habe, Dokumente zu liefern. Man scheint die Gewißheit erlangt zu haben, daß er noch keine Mitteilungen gemacht hat. Martin leugnet jede Schuld. Gegen Abend war hier das Gerücht verbreitet, der japanische Marineattaché habe im Laufe des Tages Paris verlassen, doch ist dieses Gerücht vollständig unbegründet.

London, 10. März. Dem Reuterschen Bureau wird aus Petersburg gemeldet, daß nach einer Depesche aus Port Arthur von heute die japanische Flotte vergangene Nacht 12 Uhr vor dem Hafen erschienen sei und mit Unterbrechungen bis 8 Uhr morgens die Festung beschossen habe.

Reichstag.

54. Sitzung. Donnerstag, 10. März 1904, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Lieberding, v. Einem. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung der Vorlage über die Rechtsstellung des herzoglich holsteinischen Fürstenhauses.

Dazu liegt vor ein Antrag Singer (Soc.), wonach die Bestimmungen der Vorlage nicht angewendet werden sollen auf Rechtsverhältnisse, die vor Inkrafttreten des Gesetzes entstanden sind.

Abg. Stadthagen (Soc.):

Auch von dem Standpunkte dessen aus, der die bestehenden Sonderrechte der ehemaligen hannoverischen, kurhessischen und heilich-nassauischen Fürstengeschlechter anerkennt, liegt keine Veranlassung zu diesem Entwurf vor. Das holsteinische Fürstenhaus war nicht souverän. Widmark hat seiner Zeit mit vollem Recht die Souveränität dieses Geschlechts bestritten. Ich weise hin, auf die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die schleswig-holsteinische Frage vom 1. Dezember 1863, vom 1. Juni 1865 und vom 20. Dezember 1866. Eine Souveränität tritt auch nicht dadurch ein, daß ein Mitglied dieses Hauses mit dem Mitglied eines souveränen Hauses inzwischen verheiratet worden ist.

Am schärfsten ist es, daß dies Gesetz ein Gelegenheitsgesetz ist. Es will zweifellos in bestehende Rechtsverhältnisse zu Ungunsten der Justiz eingreifen. Die Vorlage verstößt ja auch gegen die Grundzüge der sogenannten Königstreu. Was sollen die Schleswig-Holsteiner eigentlich denken? Es wird ihnen hier durch Reichsgesetz erklärt, daß das holsteinische Fürstenhaus eigentlich doch ihr angestammtes Herrscherhaus sei.

Nedner geht dann auf den belamten Fall der Hofdame der verstorbenen Herzogin Amalia von Schleswig-Holstein ein. Dieser Dame wurden beim Tode der Herzogin, die sie zur Erbin eingesetzt haben soll, nicht nur das Eigentum der Herzogin, sondern auch ihre eigenen Schmucksachen usw. weggenommen. Der Konsul in Kairo hielt es für seine Aufgabe, den Prinzen, nicht die wehrlose Frau zu schützen. Schließlich wurde sie verhaftet und tagelang widerrechtlich ihrer Freiheit beraubt. Als sie nach Deutschland zurückkehrte, um ihr Recht zu verfolgen, wurde ihr, einer deutschen Frau, einem deutschen Mädchen, in Deutschland ein Ausweisungsbefehl erteilt! Das Gericht hat nun ein strafrechtliches Vorgehen gegen Herzog Ernst Günther abgelehnt, weil es nicht erwiesen war, daß er den Auftrag zur Freiheitsberaubung gegeben habe. Hingegen schwebt noch der Prozeß, den Herzog Ernst Günther privatistisch verantwortlich zu machen für den Vermögensschaden, den sie erlitten hat. Die Hofdame klagte ferner gegen die Erben der Prinzessin Amalia auf die ihr aus dem Vermögen der Prinzessin weggenommenen 50 000 M. und die Schmuckgegenstände, die ihr eigenes Vermögen ausmachten. Sie verlangt ferner Ersatz für das, was sie zum Unterhalt der Prinzessin Amalia aufgewendet hat. Zu dem Prozeß haben die Schwester und Tante des Herzogs Günther den verlangten Eid geleistet, er selber hat sich geweigert und hat erklärt, sich keinerlei gerichtlichen Zwangsmitteln zu fügen. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt kommt ein Gesetzentwurf, der ihn in dieser Widerrechtlichkeit bekräftigt. Das Heroldsamt hat nicht erklärt, daß der Herzog zu den Souveränen oder Souveränähnlichen gehört. Da der Herzog nicht Redakteur ist, gegen den man ungederterweise die Pressensperre anzuwenden pflegt (Heiterkeit), so hätte das Gericht wohl gerechterweise diese angeordnet; jetzt aber wird der Herzog in seinem rechtswidrigen Streben durch ein Gesetz unterstützt, das ist eine Gelegenheitsjustiz, die schlimmste Kammerjustiz, die je vorgekommen ist. Man will darauf hinaus, einer in ihrem Rechte schwer verletzten Dame die Rechtsmittel zu nehmen. Aber abgesehen von den Prozeßen, greift der Gesetzentwurf in die Schuldverhältnisse ein, die bisher entstanden sind, und da es möglich ist, daß lebende Mitglieder des Augustenburger Fürstenhauses eine große Anzahl von Gläubigern haben, könnte diesen die Rechtsverfolgung und insbesondere die Zwangsvollstreckung bedeutend erschwert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte Sie nochmals, den Gesetzentwurf abzulehnen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Lieberding:

Ich will nur eine der wichtigsten Unrichtigkeiten des Vordrucks berichtigen. Er sagte, die Vorlage will in eine Anzahl Prozeße, die zur Zeit gegen das herzoglich holsteinische Haus schweben, eingreifen. Das ist inhaltlich unrichtig. Es schweben zur Zeit zwei Zivilprozesse, der eine richtet sich gegen den Nachlaß der verstorbenen Prinzessin Amalia. Das herzoglich holsteinische Haus hat auf diesen Nachlaß verzichtet und seine Mitglieder sind infolgedessen persönlich an dem Ausgang des Prozesses nicht mehr beteiligt. Der zweite Prozeß richtet sich persönlich gegen den Herzog zu Schleswig-Holstein. Es handelt sich hier um einen Erbschaftsprüfung. In diesen Prozeß wird durch den Entwurf nicht eingegriffen werden; er wird auch den Gang weiter geben, den er genommen hat. Ebenfalls unrichtig ist, daß auf Grund dieses Gesetzes der Klägerin die zur Zeit ihr zustehenden Rechtsmittel entzogen werden würden.

Abg. Dr. Stodmann (Sp.): Wenn das Gesetz wirklich in bestehende Rechtsverhältnisse eingreife, so würde auch ich eine Kommissionberatung für notwendig halten. Ist es aber mehr als eine rein formale, äußerliche Bestimmung, daß Herzog Ernst Günther fortan durch Unterschreiben der Eidesformel einen Eid leisten können? Die Qualität des Eides wird dadurch in keiner Weise geändert. Es kommt hier nicht darauf an, ob die preussischen Kronjuristen seiner Zeit dem holsteinischen Hause die Souveränität haben absprechen wollen, sondern darauf, daß das Volk in seiner großen Mehrheit einst das herzoglich holsteinische Haus als sein angestammtes Fürstenhaus anerkannt hat. Dafür sollte doch gerade Herr Stadthagen Sinn haben. Wir Schleswig-Holsteiner würden das Zustandekommen der Vorlage mit Freuden begrüßen. Den Antrag Singer bitte ich abzulehnen. (Bravo! rechts.)

Abg. Kirch (C.): Ich kann mich dem Staatssekretär und Dr. Stodmann anschließen. Den Antrag Singer verstehe ich nicht; ich hätte wohl einen Antrag verstanden, wonach die Vorlage auf schwebende „Rechtsstreitigkeiten“ keine Anwendung finden soll. Aber unter dem Ausdruck „Rechtsverhältnisse“ kann doch alles Mögliche verstanden werden.

Abg. Graf Reventlow (wirtsch. Vereinigung): Herr Stadthagen hat die Interessen der Kammerfrau, des „deutschen Mädchens“, wie er sie nannte, verteidigt. Nun, dies „deutsche Mädchen“ hat die Schwäche der alten Prinzessin sehr gut auszubedenken verstanden. Wir Schleswig-Holsteiner würden in der Annahme des Gesetzes eine Wilderung für manche Gärten der geschichtlichen Entwicklung erkennen. Ich weise mich von hiesiger Streberet frei, aber ich muß doch meine Freude darüber aussprechen, daß dem Hause, aus dem die Kaiserin entstammt, die sich überall der höchsten Verehrung erfreut —

Präsident Graf Vossler: Ich bitte den Herrn Abgeordneten, daß die allerhöchsten Personen nicht in die Debatte zu ziehen. Er hat das zwar in sehr taktvoller und liebenswürdiger Weise getan. Wenn ich das aber zuließe, könnte ich nicht verhindern, daß von anderer Seite dasselbe etwa in weniger taktvoller Weise geschähe. (Heiterkeit.)

Abg. Graf Reventlow (fortfahrend): Ich bitte um Entschuldigung. Ich habe mich da verlesen. Wir Schleswig-Holsteiner würden die Annahme der Vorlage freudig begrüßen.

Abg. Jessen (Däne): Wie gestern durch die Zeitungen bekannt geworden ist, scheidet die Linde Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg aus dieser Vorlage aus, da der Herzog von Glücksburg präsumtiver Thronfolger von Oldenburg werden wird. Die Vorlage beschränkt sich nunmehr auf die Augustenburger. Wenn ich mich gegen die Vorlage aussprechen wollte, könnte es so aussehen, als wenn wir dänischen Schleswiger an den Augustenburgern kleinlich Rache dafür nehmen wollten, daß sie sich einst gegen unser Vaterland gewandt haben. Ich will nur protestieren dagegen, daß Herr Dr. Stodmann sagte: „Wir Schleswig-Holsteiner.“ Herr Stodmann, dieser Vorkämpfer der angefallenen Fürstentümer, ist in Lüneburg geboren, also ein geborener Republikaner. Herr Stodmann hat weder nach seiner Abstammung noch nach seinem Wahlkreis ein Recht, von „wir Schleswiger“ zu sprechen. Er sprach von der deutschen Geschichte Schleswig-Holsteins. Aber ein solches Land hat es nie gegeben. Das kommt mir so vor, wie wenn man den bekannten großen dänischen Hund „deutsche Dogge“ nennt. (Heiterkeit.) Jetzt verbreitet man schon die Legende, Schleswig-Holstein sei 1864 von der Fremdherrschaft befreit worden. (Sehr richtig! rechts.) Aber die Mehrzahl der Einwohner Schleswigs hat sich gegen diese „Befreiung“ gestäubt. (Widerpruch rechts.) Nein! Na, dann lesen Sie einmal die Zahlen von der Reichstagswahl 1867 in Schleswig durch! Preußen war einfach von seinem alten Grundbesitz ausgegangen: Das müßte wir heissen (Große Heiterkeit), befreien wollte Preußen niemanden. Ich habe mich bemüht, hier der Stimme der nüchternen und einfachen Wahrheit Gehör zu verschaffen.

Abg. Hinzburg (L.): In Uebereinstimmung mit dem Abg. Stodmann treten wir gegen den Antrag Singer und für die Vorlage ein. (Bravo! rechts.)

Abg. Stadthagen (Soc.):

Gegenüber Herrn Stodmann bemerke ich, daß unser Antrag das Gesetz keineswegs wieder aufhebt; er will nur die wohltervorbenen Rechte sichern. Nehmen Sie ihn ab, so ist's uns auch recht; dann können Sie uns später nicht die „wohltervorbenen Rechte“ entgegenhalten. Freilich besteht der Unterschied zwischen uns, daß wir die der Wählerbeweiser, Sie die der Reichsbeamten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Für ein „angestammtes Fürstenhaus“ in Schleswig-Holstein ist das deutsche Volk nie eingetreten. Es wollte freie Männer auf freiem deutschem Grund! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen waren die Konserwativen und die Regierung. Es kamen die Schmach von Dänisch, der Londoner Vertrag. Stehen Sie (nach rechts) aber auf dem Boden des angestammten Fürstenhauses, so nehmen Sie die Ausweisungsbefugnis gegenüber den Schleswigern zurück!

Der Staatssekretär hat meine Angaben, die ich aus Zeitungen hatte, durchaus bestätigt. Auch an dem Nachlaßprozesse hat der Herzog Ernst Günther ein großes Interesse, denn wenn der Nachlaß insuffizient ist, so haftet er für 8000 Mark Unterhaltskosten, die für die Prinzessin Amalie von der Hofdame ausgegeben worden sind. Weder ich, noch der Staatssekretär entscheiden, wer mit seinen Angaben recht hat, sondern das Gericht. Die Schmach bleibt bestehen, daß die Dame auf Veranlassung des Herzogs Ernst Günther von Herrn v. Blumenthal ausgewiesen worden ist. Einer der Herren behauptete es als eine rein formale und gleichgültige Aenderung, ob der Eid mündlich oder durch Unterschrift geleistet werde. Na, wenn die Eidesform so gleichgültig ist, warum geben Sie nicht jedem das Recht den Eid durch Unterschriften zu leisten? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Redakteur im öffentlichen Interesse sein Zeugnis verweigert, dann wird er verhaftet. Hier aber wird der Herr, der sein Zeugnis verweigert, nicht verhaftet, sondern ihm zu Liebe wird das Gesetz geändert, um seinem Widerstand Nachrang zu geben. Wir werden gegen das Gesetz stimmen, weil wir gegen Sonderrechte sind. Hier handelt es sich um ein besonders schlecht fundiertes Sonderrecht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Uns sind die Angehörigen des Augustenburger Hauses Bürger wie alle Bürger. Aber sie sollen nicht Vorrechte erhalten, die die Rechte anderer beeinträchtigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Stodmann (Sp.): Herr Jessen hat von Dänemark als seinem Vaterlande gesprochen. Mein Vaterland ist Deutschland und ich muß mich eigentlich wundern, daß Herr Jessen als Däne überhaupt im deutschen Reichstage sitzt! (Bravo! rechts.) Daß mein Geburtsort durch einen schmalen Grenzstreifen von Schleswig-Holstein getrennt war, wird mir wohl nicht das Recht nehmen, hier als Vertreter Schleswig-Holsteins zu sprechen! (Weisfall rechts.)

Abg. Mattsen (natl.) bestätigt, daß Herr Stodmann in Schleswig-Holstein sehr beliebt sei.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Singer wird abgelehnt und die Vorlage unbedändert gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des Militärretats fortgesetzt. Das Wort erhält

Bayrischer Generalmajor v. Endres:

Es war mir sehr unangenehm, den letzten Verhandlungen im Reichstag fern bleiben zu müssen. Ich war auf Befehl Sr. königlichen Hoheit des Prinzregenten von Bayern nach Hannover kommandiert, um an der Beerdigung des Generalfeldmarschalls von Waldersee teilzunehmen, unter dessen Kommando vor wenigen Jahren preussische und bayrische Offiziere zusammen gefochten haben. Da nun in Hannover wieder bayrische und preussische Generale zusammenkamen und wir uns von der Zeit unterhielten, in der wir gemeinsam für unser Vaterlandes Einigung gekämpft haben, erfürten wir von der Keuzerung Dr. Müller-Meinungen, das bayrische Offiziercorps sei gebildet als das preussische. Dieser Ausspruch paßte in das ganze Milieu, in dem wir uns befanden, sehr schlecht.

Wir alle, Reichskanzler, Reichstag und Bundesrat, haben die Aufgabe, für des Vaterlandes Wohl zu sorgen; alle unsere Reden dienen nur diesem einen Zweck. Ich weiß nicht, ob Dr. Müller-Meinungen glaubt, daß er durch jene Keuzerung seinem Vaterlande genügt hat. Ich weiß es nicht, er wird's wohl wissen; er ist ja ein geistreicher Mann. (Große Heiterkeit rechts.) Ich weiß nicht, wie ein deutscher Staatsmann (Heiterkeit) es mit seiner Ueberzeugung vereinbaren kann, im Parlament eines föderativen Staatswesens die verschiedenen Kontingente dieses Staatswesens gegeneinander auszuspielen. Ich weiß es nicht, er wird's wohl wissen; er ist ja ein geistreicher Mann. (Erneute schallende Heiterkeit.) Das weiß ich von Reichskanzler, der erlaubt es mir. (Große Heiterkeit.) Kommt denn Dr. Müller-Meinungen nicht die Geschichte seiner eignen Partei? Nach dem Frieden von Villafranca, wo das deutsche Nationalgefühl so tief stand, wie fast noch nie, vereinigte sich eine Schaar groß denkender Leute unter der Führung des herrlichen Mannes Bennigsen zu dem Nationalverein. Aus dem Nationalverein ist auch die Partei des Dr. Müller-Meinungen entsprossen. Wie kam Dr. Müller-Meinungen als Abgeordneter der freisinnigen Partei das alte Geispenz des Partikularismus, das gerade jeder Nationalverein so heftig bekämpft hat, wieder auferstehen lassen? Ich weiß es nicht, er wird's wohl wissen; er ist ja ein geistreicher Mann! (Stürmische Heiterkeit.) Dr. Müller-Meinungen hätte sich sagen müssen: Wir haben, weiß Gott, der inneren Kämpfe genug, es ist nicht notwendig, auch noch dies alte Geispenz wieder aufzurufen zu unserem Schaden, zu unserer Schand! (Weisfall rechts.)

Zunächst ist Dr. Müller-Meinungen legitimiert, als Richter über bayrische und preussische Offiziere aufzutreten? Es handelt sich um Bildung. Ja, Bildung ist ein sehr unbestimmter Begriff, abhängig von der Zeit, der Nationalität, von der philosophischen Anschauung, der geschichtlichen Entwicklung. Man kann die Bildung vielleicht definieren als die Harmonie zwischen Wissen, Herz und Charakter. Wir hatten einen Mann für gebildet, der seine Persönlichkeit nicht weiter in den Vordergrund schiebt, als es die Bedeutung der eignen Persönlichkeit verlangt. (Stürmische Heiterkeit.) Wir hatten einen Mann für gebildet, bei dem das Herz so auf dem rechten Fleck sitzt, daß er in den großen Fragen des Vaterlandes nicht nach seiner persönlichen Eitelkeit fragt; wir heißen einen Mann gebildet, der so viel von jener vornehmen, sympathischen Weisheit hat, daß er auch die Meinung und die Ideale des andern achtet. Wenn ich Bildung so fasse, so habe ich in meinem Leben eine Menge einfacher Leute im Arbeiterfelle gefunden, die ich für hochdenkend und vornehm halte; aber ich habe auch Leute gefunden, die Humanaum und Unberührt abfolviert hatten, die von sich sagen können: „Heiße Doktor, heiße Magister gar!“ (Große Heiterkeit) und die ich doch nicht für gebildet halte. (Sehr gut! rechts.) Bildung ist nicht ein Produkt der Schule, sondern des Lebens.

Wenn nun Bildung ein so komplizierter, schwierig zu fassender Begriff ist, wie schwierig ist es dann erst, große Kategorien gegen einander abzumessen nach dem Grade der Bildung? Es handelt sich um 25 000 Offiziere, zwischen die Dr. Müller-Meinungen sich hineinstellt und als Richter sagt: „Die sind gebildet und die nicht.“ (Wider-spruch links.) Oder: „Die einen sind mehr gebildet, die andern weniger.“ Um ein solches Urteil fällen zu können, muß man in zehntausende Herzen, Lebensanschauungen, Familienverhältnisse und Sorgen hineingeblickt haben; um das Bildungsniveau großer Kreise gegen einander abzumessen, ist Zurückhaltung und Weisheit, Vorsicht im Urteil und das Zurückdrängen der eignen Leidenschaftlichkeit geboten, es gehört dazu eine tiefgründige Herzensbildung, ich möchte sagen: der Zauber der harmonischen Ausgeglichenheit. Es fällt mir nicht im Traum ein, die Frage aufzuwerfen, ob Dr. Müller-Meinungen diesen Zauber in sich trage. (Heiterkeit rechts.) Ich bin zu bescheiden, um auch nur über eine einzige Persönlichkeit ein verachtendes Urteil zu fällen. (Abg. Dr. Ruggen (fr. Sp.) ruft: Der ist nicht immer bescheiden, der es von sich sagt!) Es ist auch nicht immer der geistlich, der von sich selbst sagt, er sei geistlich. (Große Heiterkeit rechts.) Was das bayrische Offiziercorps heute ist und bedeutet, hat es neben der Fürsorge seiner höchsten Herren den preussischen Kameraden zu danken. Das muß einmal vor dem Reichstoge ausgesprochen werden. Ich habe auch nichts dagegen, wenn es bis über die Grenzen dringt. Was ich hier sage, erfährt man in München so genau, wie Sie es hier hören! (Auf links: Man wird sich dort nicht darüber freuen!) Wenn ich die Verantwortung dafür auf mich nehme, so zeige ich nur, daß ich ein fürchterlicher Mann bin. (Bravo! rechts.) Ich weiß, daß ich hier etwas aus dem gewöhnlichen Rahmen heraustrete, aber wenn und etwas im Inneren bewegt, so sprengt es die äußere Form. Ich empfinde es heute als Pflicht, als treuer bayrischer Soldat mit heißer Dankbarkeit aller jener Förderung zu gedenken, die ich selbst in meinem Streben von preussischen Kameraden, von der preussischen Kemeverwaltung und dem allergnädigsten Herrn empfangen habe. Als es sich 1876 für die bayrische Regierung darum handelte, ein Offiziercorps zu schaffen, das sich in die Organisation der allgemeinen Wehrpflicht einfügte, da hat uns die preussische Regierung und der allergnädigste Kaiser alle reichen Quellen geistigen Lebens, die in der preussischen Armee sprudelten, mit äußerster Vorurteilslosigkeit zugänglich gemacht; wir durften jene Quellen lernen bis tief hinein in jene geheimsten Archive, wo die weltbewegenden Pläne eines Volkes lagern. Es wäre eine brutale Undankbarkeit von Seiten der bayrischen Armee, wenn sie jetzt ein Lob in Empfang nehmen wollte, das auf Kosten ihrer preussischen Kameraden gependelt wird. (Bravo! rechts.) Wie kam Dr. Müller-Meinungen die bayrischen Offiziere, die er für gebildeter hält als die preussischen, für so ungebildet halten, daß sie ein solches Hoch annehmen? Was weiß überhaupt Dr. Müller-Meinungen von den inneren Verhältnissen der Armee, von den tausend geistigen Fähigkeiten, die hinüber und herüberfließen? Er steht an der Oberfläche, an den Uniformen. (Heiterkeit.) Wenn Dr. Müller-Meinungen ein so kluger Mann wäre, wie — — — (Heiterkeit) man glaubt, so hätte er zweifellos in der Diskussion die Wege der Keinen Kritik nicht verstanden, denen er gewachsen ist. (Sehr gut! rechts), er hätte sich nicht auf ein Gebiet begeben, wo er an unser Allerheiligstes, an unsre Zusammengehörigkeit rührte. Einen Armeepartikularismus giebt es nicht. (Lebhafter Weisfall.)

Dr. Müller-Meinungen sagte, ich hätte ihn nicht verstanden. In allgeminer ist er doch für einen leidlich vernünftigen Mann ganz verständlich. (Heiterkeit.) Aber nicht ich habe ihn in der Angelegenheit des Verfallter Vertrages nicht verstanden, sondern Dr. Müller-Meinungen selbst hat immer noch nicht die Grundfrage, auf der ich aufstehe, erforschen können: das Schlupfprotokoll der Verfallter Verträge. Möge er sich das nächste Mal besser präparieren. (Lebhaftes Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Beim Kapitel Militär-Justizverwaltung hat die Kommission sieben Militärgerichtschreiberstellen gestrichen und beantragt folgende Resolution:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zur Verhütung von Soldatenmishandlungen, insbesondere der systematischen Mishandlungen, darauf hinzuwirken, daß in den Fällen des Militär-Strafgesetzbuches § 147, welche die schuldhafteste Verachtlung der Beaufsichtigung von Untergebenen mit Freiheitsstrafe und Dienstentlassung bedroht, gegen die für die Disziplin verantwortlichen Vorgesetzten die Strafverfolgung unmissverständlich eingeleitet wird.

Zu demselben Titel beantragen die Abgg. Auer und Genossen (Soc.) folgende Resolution:

Um den Militär-mishandlungen nach Möglichkeit entgegenzutreten, möge der Reichskanzler dahin wirken, daß

- a) die wegen Mishandlung von Soldaten durch Urteile der Militär- und Marinegerichte erfolgten Verstrafungen allmonatlich den Mannschaften der Armee und Marine zur Kenntnis gebracht werden,
- b) bei dieser Gelegenheit die Angehörigen des Heeres und der Marine jedesmal auf ihr Beschwerderecht hingewiesen werden,
- c) die wegen Mishandlung Untergebener rechtskräftig verurteilten Angehörigen des Heeres und der Marine aus dem Dienst entlassen werden.

Die Abgg. Ablas und Genossen (fr. Sp.) fordern, daß in Anbetracht der durch die große Zahl der festgestellten Soldatenmishandlungen hervorgerufenen Beunruhigung weiter Volkstheile Gesetzgebung und Verwaltung durchgreifendere Maßregeln gegen die Mishandlungen und den Mißbrauch der Amtsgevalt ergreifen.

Abg. Gröber (C.):

Die Deffektivität des Militär-Gerichtsverfahrens ist erst so kurze Zeit durchgeführt, daß aus den Gerichts-verhandlungen noch kein Schluss nach der Richtung gezogen werden kann, daß die Mishandlungen sich gegen früher vermehrt hätten. Innerhalb haben die Verhandlungen eine Reihe von außerordentlich schweren Fällen von Mishandlungen zu Tage gebracht, die uns veranlassen müssen, mit aller Entschiedenheit gegen die Mishandlungen vorzugehen. In dem schwersten Falle sind einem Unteroffizier 1500 Mishandlungen nachgewiesen worden (Hört! hört! im Centrum.) Es handelt sich hier um systematische Quälereien. Der Betroffene ist zu fünf Jahren und Degradation verurteilt worden. Daß die Militärverwaltung sich auf's Ernstlichste

Bemüht, die Mißhandlungen zu verhüten, erkennen wir an. Empfehlen würde es sich, die vielen Befehlsbefugnisse, welche die Offiziere nur nervös machen, nach Möglichkeit einzuschränken. Was den Antrag Kuer anlangt, so ist dessen erster Teil wohl schwer ausführbar. Eine Belehrung der Soldaten über ihr Beschwerderecht geschieht bereits jetzt mehrmals im Jahre. Die letzte Forderung endlich ist eine Sache der militärgerichtlichen Urteile, auf die der Reichsfiskus keinen Einfluß hat. Die Resolution der Kommission nimmt auf § 147 des Militär-Strafgesetzbuchs Bezug. Dieser Paragraph kommt in der Praxis fast gar nicht zur Anwendung. Bei 647 Verurteilungen wegen Mißhandlung in Preußen ist der Paragraph im Jahre 1902 nur in 26 Fällen zur Anwendung gekommen. Es ist aber zweifellos, daß in sehr vielen Mißhandlungsfällen die Vorgesetzten Kenntnis von den Mißhandlungen gehabt haben müssen. Wir sollten deshalb dem Vorschlag der Kommission zustimmen, der das wirksamste Mittel gegen die Mißhandlungen bedeutet. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Weis (Soz.):

Man hat behauptet, uns gegenwärtige Stellung zum Militarismus sollte uns verhindern, irgend welche Verbesserungsvorschläge zu stellen. Dagegen muß ich entschieden protestieren. Wir haben die Pflicht als Vertreter der großen Masse des Volkes (Dho! rechts.) zu betonen, daß wir die Söhne des deutschen Volkes in der Armee gefügigt wissen wollen gegen alle Mißhandlungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer wie ich selbst Soldat gewesen ist, hat ein Urteil darüber, wie es in den Kasernen zugeht, während die Herren der Rechte, die als Offiziere oder Einjährige gedient haben, dem Kasernenleben meist vollkommen fernstehen. Auch auf dem Exerzierplatze kommen ja Mißhandlungen vor, wenn der die Aufsicht führende Offizier nicht genügend acht giebt. Als ich in Stolzenz diente, hatten wir einen Offizier, der sich der größten Beliebtheit bei den Mannschaften erfreute, weil er auf dem Exerzierplatze nicht duldete, daß ein Soldat auch nur angerührt wurde. Die meisten Mißhandlungen kommen aber in den Kasernen vor und besonders da, wo sich infolge der Lage der Kasernen die Unteroffiziere recht unter sich fühlten. Der Herr Kriegsminister hat sich ja neulich sehr entschieden gegen die Mißhandlungen ausgesprochen, aber er hat die Wirkung seiner Worte abge schwächt dadurch, daß er erklärte, kleine Söße und Ohrfeigen sollten nicht als Mißhandlungen angesehen werden. Auch Herr v. Estorff jagt ja in seinem Buche, daß erst, wenn die Soldaten mit der Klopfpeitsche aus dem Bett gejaßt würden, sie sich beleidigt fühlen könnten. In der That beweisen die ergangenen Urteile, daß Ohrfeigen sehr gering bestraft werden. So wurde ein Feldwebel, der bereits wegen Mißhandlung verurteilt war, mit 16 Tagen Arrest bestraft, weil er seine Untergebenen geohrfeigt hatte, ebenso ein Unteroffizier, der einen Soldaten derartig geohrfeigt hatte, daß das Trommelfell platze, und er zwei Monate im Lazarett zubringen mußte. Wir bezweifeln, daß die Militärverwaltung alles gethan hat, um diesen Mißhandlungen entgegenzutreten. Noch immer giebt es durchaus ungeeignete Menschen unter den Unteroffizieren. Und dabei wird von Anfang an in dem Rekruten das Gefühl der Abhängigkeit und Furcht erweckt, wenn man ihm nach der Entleidung die Kriegskarte vorliest. In fast jedem Artikel werden Todesstrafe, Justizhaus und Gefängnis bis zu unabsehbarer Dauer angedroht. Das genügt, um einen mutigen Mann zu machen, ihm die Lust der Beschwerde zu nehmen. Und gerade Ihre „braven Jungen vom Lande“, Herr Kriegsminister, werden am meisten mißhandelt, weil ihre Arbeit sie schwerfällig gemacht hat. Wir sagten mein Unteroffizier, der neun Jahre in der preussischen Armee gedient hatte, ich sei der erste Soldat, den er noch nicht durchgeprügelt habe. Wenn Sie also Ihr Remonmee wahrnehmen wollen, dann befehlen Sie die Mißhandlungen, Herr Minister!

Von all den Kriegsartikeln sprechen nur zwei von Beschwerden: Art. 22 verbietet dem Soldaten, mit Kameraden gemeinsam sich zu beschweren oder während des Dienstes eine Beschwerde vorzubringen. Und Artikel 23 stellt wissenschaftlich oder fahrlässig falsche Beschwerde unter Strafe. Deshalb fordern wir, daß die Soldaten immer wieder auf ihr Beschwerderecht hingewiesen werden. Und die Bestrafungen sollen bekannt gemacht werden, um ihnen den Erfolg der Beschwerde klarzumachen und die Mißhandelnden abzuschrecken. Zu dem gleichen Zwecke wird z. B. sämtlichen Berliner Mannschaften mitgeteilt, wenn ein Soldat wegen Verweigerung des Honneurs gegenüber dem Stadtkommandanten bestraft worden ist. Die verlangte Belehrung brauchte nicht, wie Herr Gröber meinte, tagelang in Anspruch zu nehmen. Zwei Stunden beim Appell allmonatlich würden genügen, um aus allen Urteilen das Wesentliche zu verstehen. Dann würde bis in die entlegensten Garnisonen die Sache vor neuen Mißhandlungen verdrängt werden. — Herr Gröber meinte, daß schon jetzt die Rekruten auf ihr Beschwerderecht aufmerksam gemacht werden. Aber eben viel zu selten! Das Bewußtsein von diesem Recht muß ihnen in Fleisch und Blut übergehen. Selbst eine Beschwerdepflicht bei Mißhandlungen wäre nichts Neues. Wenn Sie unsere letzte Forderung annehmen, so sind wir überzeugt, daß die Mißhandlungen mit der Zeit verschwinden werden.

Wir können diejenigen nicht als Erzieher in der Armee weiter dulden, die durch Mißbrauch ihrer Macht beweisen haben, daß sie sich für diese Aufgabe nicht eignen. Die bayerische Kammer hat sich mit einem ganz ähnlichen Antrag befaßt. Der bayerische Kriegsminister hat sich zu der Tendenz des Antrages durchaus zustimmend geäußert, und die bayerische Kammer hat diesen von sozialdemokratischer Seite stammenden Antrag dann auch angenommen. Aber die Erste bayerische Kammer, in der die Herren sitzen, die schon durch die Geburt ihre Qualifikation als Befehlshaber erbringen, hat den Antrag abgelehnt. Doch der Minister, der ehemalige General v. Fries erkannte auch dort an, daß die Strafen für Militärmißhandlungen verschärft werden müßten. (Hört! hört!) Ich hoffe, Sie werden unseren Antrag annehmen und damit die Soldaten darauf hinweisen, daß sie nicht zu slavischem Gehorsam verpflichtet sind. Disziplin muß in jeder Organisation sein, aber die Disziplin darf den Soldaten nicht verpflichten, sich als Prigelgenosse gebrauch zu lassen. Man hat uns vorgeworfen, unsere Kritik wolle verhehlen. Auf dem Gebiete der Soldatenmißhandlungen werden wir in der That unangenehm weiter gehen, bis aus der letzte Soldatenkinder aus der Armee heraus ist. Das Volk, das die Kosten des Militarismus zu tragen hat, fordert als sein Recht, daß seine Söhne und Brüder nicht weiter mißhandelt werden. Beweisen Sie durch Annahme unseres Antrags, daß es Ihr ernstester Wille ist, die Mißhandlungen zu beseitigen. Vermögen Sie das nicht, so beweisen Sie damit nur, daß Ihr ganzes System, das den Soldaten zu slavischem Gehorsam zwingt, ein unzeitgemäßes ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lehmann (natl.): Wir sind alle einig in der Beurteilung der Soldatenmißhandlungen, aber auch darin einig, daß die völlige Beseitigung derselben stets ein frommer Wunsch bleiben wird, solange die Armee aus Menschen besteht und nicht aus einer Hammelherde, wie es im Zukunftsstaat sein mag. (Heiterkeit.) Auch wir verlangen strenge Strafen für Schinderereien der Mannschaften. Die Offiziere haben große Rechte, aber auch große Pflichten. Natürlich kann der Ton auf dem Kasernenhof nicht derselbe sein wie in einem Mädchenpensionat. (Heiterkeit.) Und gestern wurde Herr v. Oldenburg nach dem Parlamentsbericht der „Nationalzeitung“ von den Sozialdemokraten zugerufen „Großsünder“ (Heiterkeit.) Wenn das hier im Reichstage geschieht, dann möchte ich Sie mal draußen sehen. (Heiterkeit.) Hier habe ich die Schimpfliste von Dresden (Redner zeigt ein längliches Blatt Papier vor), darin steht unter anderem Lügner, Schuft, Denunciant, Verräter. Davon können noch die Unteroffiziere lernen. (Große Heiterkeit rechts.) Die Soldatenmißhandlungen sind zum großen Teil zurückzuführen auf Verrohung und Verwilderung unserer Jugend durch die sozialdemokratische Presse. Junge Leute zwischen vierzehn und zwanzig Jahren, die nur sozialdemokratische Zeitungen lesen, müssen ja irren werden an Gott und Menschheit. Es ist viel zu hart, Unteroffiziere, die sich nach länger

tadellos Dienstzeit infolge passiven Widerstandes einmal zu einer Mißhandlung haben hinreichend lassen, gleich zu entlassen. Die Sozialdemokratie treibt zur Revolution. Auch der Reichsfiskus ist dem gegenüber zu sorglos. (Einzelne Ausrufe: Sehr richtig! rechts.) Kurz nach der Rede des Reichsfiskus im Dezember vorigen Jahres wurde in der „Neuen Zeit“ Graf Bülow mit Calonne verglichen, der das französische Volk vor der Revolution über die Gefahr hinwegzutäuschen suchte. Der Artikel enthält den Satz: „Es ist ein Irrtum, sich einzubilden, daß Revolutionen immer nur unter den historischen Voraussetzungen entstehen können, die damals in Frankreich bestanden haben.“ Es wird also in der sozialdemokratischen Presse ganz offen mit der Möglichkeit einer Revolution geredet. Wir müssen unser Unteroffiziercorps vor sozialdemokratischer Verführung schützen und den Kampf gegen die internationale revolutionäre Sozialdemokratie siegreich bestehen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Kriegsminister v. Einem: Auf die Resolution Kuer will ich nicht eingehen, nachdem Herr Gröber und der Herr Vorredner beklagt haben, daß sie dieselbe ablehnen. — Der Soldat hat jetzt nicht mehr beim Unteroffizier oder Feldwebel die Beschwerde anzubringen, sondern beim Hauptmann, und dieser hat die verdammte Pflicht und Sündigkeit, jeder derartigen Beschwerde nachzugehen bis in die letzten Konsequenzen. — Wir haben ja heute Herr Weis als einen Mann von außerordentlich tiefem Pflicht- und Rechtsgelühl kennen gelernt. Während seiner Militärzeit aber hat er offenbar von diesen Gefühlen nur einen recht platonischen Gebrauch gemacht. Er hat den Kameraden, von dem er uns erzählte, ruhig mißhandeln lassen, trotzdem er sogar die Sympathie seines Lieutenants hatte. Warum ist er denn nicht zu ihm gegangen und hat ihm gesagt: Was sind Sie für ein Unmensch, warum mißhandeln Sie den Mann so. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Hier aber hat der Brunnenquell aller Liebe, der von jedem sozialdemokratischen Herzen zu seinen Nächsten fließt, versiegt. (Heiterkeit.) Wenn Herr Weis wirklich die große Energie und tiefe Liebe hätte, dann war es seine Pflicht, diese Dinge zur Anzeige zu bringen. Sein Kamerad wird von Herrn Weis nicht jagen können: „Ich hatt' einen Kameraden, einen bessern findst Du nicht.“ (Heiterkeit, sehr gut! rechts.) Er hat sich selbst und seiner Sache durch seine heutige Rede keinen guten Dienst geleistet. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Staudt (L.): Bei der Bescheidenheit der menschlichen Natur ist es vollkommen ausgeschlossen, daß in einer so großen Armee die Mißhandlungen ganz aufhören. Vorgebracht sollten hier nur die Fälle werden, wie sie Herr Gröber anführte, in denen zweifellos der § 147 zur Anwendung hätte kommen müssen. Die Resolution der Kommission trifft durchaus das Richtige, ihr stimmen wir zu. Dagegen bedeutet die Resolution Abtich ein Mißtrauensvotum gegen die Heeresverwaltung, zu dem wir keinen Anlaß haben, ebenso werden wir gegen die sozialdemokratische Resolution aus dem von Herrn Gröber angeführten Gründen stimmen. (Bravo! rechts.)

Die Sozialdemokratie bringt die Soldatenmißhandlungen nur aus agitatorischen Gründen vor. Sie will das Volk vor der Armee einwerfen durch Forderung der Disziplin. Wenn die Sozialdemokratie von Idealen spricht, so ist das einfach — Ionisch. Wie ihr selbst giebt es die schlimmste Tyrannei, Beschimpfungen und Gemütsrohheiten! Wie beschimpft sie selbst die sozialdemokratische Elite gegenseitig! Im allgemeinen nehmen wir ja viel zu sehr von den Sozialdemokraten Notiz; die Herren erzählen uns ja immer dasselbe. Möge die Heeresverwaltung unbelästigt um sozialdemokratische Demunziationen ihren Weg gehen! (Bravo! rechts.)

Abg. Bayer (südd. Volksp.):

Ich habe meinen Ohren nicht getraut, als ich die Ausführungen des bayerischen Generalmajors von Endres hörte; so bestrebend waren sie nach Inhalt und Ton. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich kann mir die Rede des Herrn v. Endres nur dadurch erklären, daß er bei der Rede des Dr. Müller-Reinigen nicht anwesend war. Herr v. Endres ist das Opfer einer besageneren Verwechslung geworden: Dr. Müller-Reinigen hat von der längeren Vorbildung der bayerischen Offiziere auf den Gymnasien usw. gesprochen. Herr v. Endres aber meinte die Herzens- und moralische Bildung. Es handelte sich hier um rein technische Meinungsverschiedenheiten über die Ausbildung der Offiziere. Herr v. Endres sprach in einer Weise, wie ich sie noch nie im deutschen Reichstage gehört habe. (Lebhafte Zustimmung links.)

Mit seiner Silbe hat Dr. Müller-Reinigen den Partikularismus geschürt oder die bayerische gegen die preussische Armee aufgebracht. (Sehr richtig! links.) Aber fast jeder Satz des Herrn v. Endres schloß mit einer höhnischen persönlichen Anspielung des Dr. Müller-Reinigen. Wir ist es ja persönlich leid um Herrn v. Endres. Die Presse hat ihm gerade in den letzten Tagen häufig die Eigenschaft zugelegt, die er dreimal dem Dr. Müller-Reinigen abgesprochen hat. Nun ist er, fürchte ich, dieser für ihn günstigen Entwicklung selbst in den Weg getreten. Unzweifelhaft ist, daß wir sorgen, daß die Debatte in dem Ton geführt werde, der bisher üblich war. (Sehr richtig! links.)

Nach ein Wort über die Militärmißhandlungen. Ich habe nie begreifen können, wie ein und derselbe Vorgesetzte oft lange Zeit hindurch Mißhandlungen begehen kann; man ist in der Kammer doch so eng beisammen. Vorgesetzte, die dergleichen nicht sehen, sollten behandelt werden wie solche, die nicht sehen wollen. Die Urteile der Militärgerichte sind vielfach viel zu milde. (Sehr richtig! links.) Wichtig wäre es, wenn das Beschwerderecht erleichtert würde. Heute ist das Mißtrauen des Soldaten, der sich beschwert, zu groß, versteht er das geringe in der Form, so hat er sich sein ganzes spätere militärische Leben verdorben. Der jetzige Begriff der Disziplin und Manneszucht ist nicht mehr haltbar. (Sehr richtig! links.) Eine Folge dieses Systems ist es, daß oft ganze Jüge von Mannschaften an der Grenze des Reineides schwanken und sie direkt überschreiten, nur weil sie sich fürchten die Wahrheit zu sagen. Zum mindesten müßte man dafür sorgen, daß die Beschwerdeführer vor späteren Verfolgungen geschützt werden, indem man sie in eine andere Abteilung versetzt. Minderwertige Subjekte müßten rechtzeitig aus dem Heere entfernt werden. Man sollte aber auch nicht an die Unteroffiziere zu hohe Anforderungen stellen und ihre Autorität nicht durch Abstraffung vor der Front untergraben.

Man hat hier von seiten der Rechten mit ziemlichem Eifer gegen den dem gefährlichen Gedanken des Bürgerkrieges gespielt und offen davon gesprochen, daß die sozialdemokratischen Führer in nicht allzu ferner Zeit mit Hinte und Galgen bedient werden müßten. Das macht uns wahrlich keinen großen Ruhm nach außen hin. (Sehr wahr! links.) Man sollte nicht mit solchen Gedanken und Worten, die von so außerordentlicher Tragweite sind, spielen. (Lebhafte Bravo! links.)

Bayerischer Generalmajor v. Endres: Herr Bayer hat die Differenz zwischen Dr. Müller-Reinigen und mir auf das technische Gebiet beschränken wollen. Nach dem mir vorliegenden Bericht einer freimüthigen Zeitung hat er aber gesagt, daß bayerische Offiziercorps stände auf einer viel höheren Bildungstufe als das preussische. Ich konnte nicht vermuten, daß damit gesagt sein sollte, der Besuch der Prima sei entscheidend für die Zahl der Mißhandlungen. (Heiterkeit rechts.) Gerade etwas derartig Unmögliches wollte ich Dr. Müller-Reinigen nicht zumuten.

Wir leben in einem föderativen Staate. Das Wesen der Föderation ist das Vertrauen der Regierungen untereinander. (Sehr richtig! rechts.) Jeden Versuch, hier, ich will nicht sagen: Zwietracht zu säen, aber die eine Regierung zu loben, die andre zu tadeln, muß ein pflichtgetreuer Vertreter der verbündeten Regierungen mit aller Energie juridisch weisen, deren er fähig ist. Denn es handelt sich um eine Existenzfrage. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Schließlich hat Herr Bayer noch erwähnt: „Ich fürchte, der Herr Generalmajor hat sich in seiner Entwicklung selbst geschadet.“ Ich bin ein fertiger Mann; bei mir kann von Entwicklung und Ehrgeiz für die Zukunft gar keine Rede sein. Ich bin nicht abhängig von der Stimmung, die die Presse mir gegen

über einnimmt, ich bin ein Mann, der seine Pflicht thut, sonst nichts! (Lebhafte Beifall rechts.)

Darauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 6/11 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

38. Sitzung, Donnerstag, 10. März 1904, 11 Uhr.

Am Ministerische: Duda.

Die zweite Lesung des Eisenbahn-Gesetzes wird bei den Fortdauernden Ausgaben (Ziel Befolgungen) fortgesetzt.

Abg. Bruck (L.):

Herr Goldschmidt hat dem Herrn Minister einen Vortragsentwurf gemacht, weil er 27 Eisenbahnarbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Organisation entlassen hat. Im allgemeinen kann ich es aus Gründen der allgemeinen Gerechtigkeit nicht billigen, daß Arbeiter ihrer politischen Überzeugung willen gemahregelt werden. Was das bedeutet, haben speziell die industriellen Arbeiter des Ruhrreviers in den Zeiten des Kulturkampfes erfahren. In dem von Herrn Goldschmidt angeführten Falle scheint die Sache allerdings etwas anders zu liegen. Wenn die Leute in der That bei Eingehung ihres Vertragsverhältnisses mit aller Deutlichkeit darauf aufmerksam gemacht worden sind, daß ihre Zugehörigkeit zu einer sozialdemokratischen Organisation nicht geduldet werden könne, so kann dem Vorgehen des Herrn Ministers eine gewisse Konsequenz und Berechtigung nicht abgesprochen werden. Trotzdem möchte ich den Herrn Minister bitten, nicht ohne Not zu scharf vorzugehen, weil besser als durch aggressive Mittel durch Aufklärung und Abheilung der berechtigten Klagen der Sozialdemokratie entgegenzutreten wird. — Ueber das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter im allgemeinen kann ich mich nur den Ausführungen der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ und den meines Fraktionsgenossen v. Savigny anschließen. Ebenso unterschreibe ich, was Herr Gerold über das Koalitionsrecht der Landarbeiter gesagt hat. Gewiß ist das Gesetz von 1854 veraltet, aber bei einer Neuregelung dieser Materie kann doch den Landarbeitern das Recht, während der Ernte zu streiken, nicht gewährt werden. Das Koalitionsrecht der Landarbeiter und der Eisenbahnarbeiter, das glaube ich auch im Namen meiner Fraktion sagen zu können, muß anders geregelt werden wie das Koalitionsrecht der gewerblichen Arbeiter. Hier muß das Einzelinteresse hinter dem Gesamtinteresse zurücktreten. Auch diesen Arbeitern soll das Recht des Streiks als letztes Mittel gewährt werden. Aber nur für den äußersten Fall, den Eisenbahnern nicht im Falle eines Krieges, den Landarbeitern nicht zur Zeit der Ernte, das heißt nicht da, wo das allgemeine Interesse in Frage kommt. Ich weiß ja, daß die Sozialdemokratie mir aus dieser Stellungnahme einen Streik zu drehen versuchen wird. Aber das kann mich in meiner Stellungnahme nicht behindern. Redner wünscht des weiteren, daß der Minister in Bezug auf das ungehinderte Weiterbestehen des Erzieher Eisenbahnerverbandes eine beruhigende Erklärung abgeben möge. Dieser Verband habe stets in loyaler und gemüthlicher Weise die Verbesserung der Lage seiner Mitglieder erstrebt und habe auch überreiche Kasseneinrichtungen geschaffen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Felsch (Konf.):

wendet sich gegen die Konsumvereine der Eisenbahnbeamten. Wenn diese nicht ohne die Prämien der Konsumvereine auskommen können, so sollte man ihre Gehälter erhöhen. Redner wendet sich hierauf in längeren Ausführungen gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter.

Abg. Dr. Schult-Vothum (natl.) wünscht, daß die Eisenbahnverwaltung mit aller Energie dem Eindringen der Mächte des Auslandes in die Kreise der Eisenbahner entgegenzutreten möge.

Abg. Zehr. v. Zeditz und Neufeld (freil.):

Wir schulden dem Herrn Minister großen Dank, daß er auf dem Gebiete der Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen es nicht bei schönen Worten hat bewenden lassen, sondern zu wirklichen Thaten übergegangen ist. Ich freue mich, daß sogar Herr Kollege Bruck die Berechtigung der Entlassung sozialdemokratischer Eisenbahnarbeiter anerkannt hat. Nichts könnte die Macht der Sozialdemokratie mehr stärken, als wenn es ihr gelänge, in den Kreisen der Eisenbahner Einfluß zu erlangen. (Sehr richtig! rechts.) Die Eisenbahner sind gewissermaßen die Vorgarde unserer großen Heere, und es ist Pflicht der Eisenbahnverwaltung, im Interesse der Sicherheit des Staates von dieser Vorgarde alle zerfetzenden Einflüsse fernzuhalten.

Abg. Dr. v. Dirksen (frl.):

Auf dem Heimarbeiterskongress hat Frau Mara Zetlin behauptet, es gebe Hunderte von Eisenbahnbeamten, die nicht existieren könnten, wenn ihre Frauen nicht 90 Pf. bis 1 Mk. täglich durch Heimarbeit verdienen. Ich nehme an, daß das eine der gewöhnlichen sozialdemokratischen Uebertreibungen ist, immerhin wäre eine Gehaltsaufbesserung für diese Beamten durchaus angebracht ist. (Bravo! rechts.)

Minister Duda:

Herr Bruck hat gesagt, er könne nur dann die Entlassung der sozialdemokratischen Eisenbahnarbeiter billigen, wenn ich nicht nur von dieser Stelle, sondern auch sonst über meine Stellung zu dem sozialdemokratischen Verbands keinen Zweifel gelassen hätte. Ich konstatiere, daß durch Ausschlag in allen Werksstätten die Arbeiter davon unterrichtet sind, daß das Halten des „Werkstags“ und eine Beteiligung an den Bestrebungen des sozialdemokratischen Verbandes nicht geduldet werden würde. Schwäche ist in solchen Fällen der größte Fehler, den man zeigen kann, es muß mit aller Energie vorgegangen werden. (Lebhafte Bravo! rechts.) Was den Erzieher Verband anlangt, so verfolgt derselbe durchaus annehmbare soziale Ziele, ich sehe ihn freundlich gegenüber. Er darf aber nicht ein Monopol für sich in Anspruch nehmen. Der Kasseler Verband verfolgt genau dieselben wirtschaftlichen Ziele. Die Beteiligung der Eisenbahnangestellten an Konsumvereinen kann ich ihnen, wie bereits betont, nicht verbieten. Wer übrigens sehen will, welche Unkenntnis ich in sozialen Fragen besitze, der lese den heutigen Artikel des „Vorwärts“ über die gestrigen Verhandlungen. Ich möchte diesem Artikel nicht die Ehre zu teil werden lassen, ihn hier zu verlesen, aber es ist doch nötig, daß Sie sich unterrichten, wie unfähig ihr Minister ist und wie auch die sämtlichen übrigen Herren, leider auch der Abgeordnete Goldschmidt (Heiterkeit) beurteilt worden. Ich habe mich gegen nichts anderes gewendet als gegen eine einseitige Aufhebung des Kündigungsrechts. (Sehr wahr! rechts.) Die Sozialdemokraten verlangen, daß ein Eisenbahner, der in ihren Gewerkschaften aufgenommen ist, eigentlich unkündbar ist, während die Eisenbahner selbst jeden Augenblick das Recht der Kündigung in Massen für sich in Anspruch nehmen. Das ist offen ausgesprochen in dem Wort: Koalitionsrecht ohne Streikrecht ist Unflut. Es ist eigentlich, wie sich die Begriffe ändern. Früher galt der Kontraktbruch als Ausschlag der Untreue, heute bezeichnet man die Streikbrecher als verächtliche Menschen. Daran haben aber die bürgerlichen Parteien mit schuld, wenn sie der Sache nicht klar auf den Grund gehen und mal unter das Koalitions-mantelchen, das in Dresden einige Risse bekommen hat, heruntergucken wollen. Verbänden, die wirklich das Wohl der Arbeiter verfolgen, habe ich nie etwas in den Weg gelegt, aber die Sozialdemokraten befördern nicht das Wohl der Arbeiter, sie verhöhnen jede Maßnahme der Staatsregierung zum Wohl der Arbeiter. Alles was hier für die Arbeiter gethan ist, ist ohne die Mitwirkung eines einzigen Sozialdemokraten geschehen. Es kann den Eisenbahnarbeitern nicht oft genug gesagt werden, daß ihre schärfsten Vertreter die Sozialdemokraten sind. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Hierauf wird ein Schlußantrag gegen die Stimmen der Freistimmigen angenommen. Auf der Rednerliste stehen noch etwa 30 Abgeordnete.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Oeser (frl. Vpt.):

Ich konstatiere im Namen meiner politischen Freunde, daß uns durch den Schluß der Diskussion die Möglichkeit verwehrt worden

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Rechtlicher Abonnement. Ihre Mutter steht leider ein Rechtsanspruch nicht zu. Vielleicht erreicht sie durch eine Einrede an das Kriegsmilitärtribunal...

Ich im Freium. Der Name eines vorerbfähigen Kindes von dem Ehemann der Mutter erzeugen Kindes ist sofort umzuwandeln, auch erhält das Kind die vollen Rechte eines ehelichen Kindes...

Witterungsüberblick vom 10. März 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Parameter, Windrichtung, Wetter. Lists weather data for various stations like Solzweide, Hamburg, Frankfurt, München, Wien, Baparanda, Götterburg, Ulberben, Paris.

Wetter-Propgnose für Freitag, den 11. März 1904.

Table with 2 columns: Marktpreise von Berlin am 9. März 1904, and various commodity prices like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

Theater.

Freitag, 11. März. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Nigard's Hochzeit. Schauspielhaus. Jugend von heute...

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)...

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Freitagabend 8 Uhr: Lumpacivagabundus. Belle-Alliance-Theater. (Belle-Alliancestr. 7/8)...

Cirkus Busch.

Cirkus Busch. Komischer Gala-Abend. Neu!! Neu!! Das letzte Wort! Miss Jackson Schleife und Todessprung...

Frühels Allerlei-Theater.

Frühels Allerlei-Theater. Früher Badmann, Schönhauser Allee 148. Sonntag 5 1/2 Uhr: Harburger Sänger...

Elisabeth Schiller.

Elisabeth Schiller geb. Melang nach kurzem, schweren Leiden verstorben ist. Am 11. März 1904.

Theater.

Freitag, 11. März. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Nigard's Hochzeit. Schauspielhaus. Jugend von heute...

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)...

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Freitagabend 8 Uhr: Lumpacivagabundus. Belle-Alliance-Theater. (Belle-Alliancestr. 7/8)...

Cirkus Busch.

Cirkus Busch. Komischer Gala-Abend. Neu!! Neu!! Das letzte Wort! Miss Jackson Schleife und Todessprung...

Frühels Allerlei-Theater.

Frühels Allerlei-Theater. Früher Badmann, Schönhauser Allee 148. Sonntag 5 1/2 Uhr: Harburger Sänger...

Elisabeth Schiller.

Elisabeth Schiller geb. Melang nach kurzem, schweren Leiden verstorben ist. Am 11. März 1904.

Theater.

Freitag, 11. März. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Nigard's Hochzeit. Schauspielhaus. Jugend von heute...

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)...

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Freitagabend 8 Uhr: Lumpacivagabundus. Belle-Alliance-Theater. (Belle-Alliancestr. 7/8)...

Cirkus Busch.

Cirkus Busch. Komischer Gala-Abend. Neu!! Neu!! Das letzte Wort! Miss Jackson Schleife und Todessprung...

Frühels Allerlei-Theater.

Frühels Allerlei-Theater. Früher Badmann, Schönhauser Allee 148. Sonntag 5 1/2 Uhr: Harburger Sänger...

Elisabeth Schiller.

Elisabeth Schiller geb. Melang nach kurzem, schweren Leiden verstorben ist. Am 11. März 1904.

Theater.

Freitag, 11. März. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Nigard's Hochzeit. Schauspielhaus. Jugend von heute...

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)...

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Freitagabend 8 Uhr: Lumpacivagabundus. Belle-Alliance-Theater. (Belle-Alliancestr. 7/8)...

Cirkus Busch.

Cirkus Busch. Komischer Gala-Abend. Neu!! Neu!! Das letzte Wort! Miss Jackson Schleife und Todessprung...

Frühels Allerlei-Theater.

Frühels Allerlei-Theater. Früher Badmann, Schönhauser Allee 148. Sonntag 5 1/2 Uhr: Harburger Sänger...

Elisabeth Schiller.

Elisabeth Schiller geb. Melang nach kurzem, schweren Leiden verstorben ist. Am 11. März 1904.

Theater.

Freitag, 11. März. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Nigard's Hochzeit. Schauspielhaus. Jugend von heute...

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)...

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Freitagabend 8 Uhr: Lumpacivagabundus. Belle-Alliance-Theater. (Belle-Alliancestr. 7/8)...

Cirkus Busch.

Cirkus Busch. Komischer Gala-Abend. Neu!! Neu!! Das letzte Wort! Miss Jackson Schleife und Todessprung...

Frühels Allerlei-Theater.

Frühels Allerlei-Theater. Früher Badmann, Schönhauser Allee 148. Sonntag 5 1/2 Uhr: Harburger Sänger...

Elisabeth Schiller.

Elisabeth Schiller geb. Melang nach kurzem, schweren Leiden verstorben ist. Am 11. März 1904.

Theater.

Freitag, 11. März. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Nigard's Hochzeit. Schauspielhaus. Jugend von heute...

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)...

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Freitagabend 8 Uhr: Lumpacivagabundus. Belle-Alliance-Theater. (Belle-Alliancestr. 7/8)...

Cirkus Busch.

Cirkus Busch. Komischer Gala-Abend. Neu!! Neu!! Das letzte Wort! Miss Jackson Schleife und Todessprung...

Frühels Allerlei-Theater.

Frühels Allerlei-Theater. Früher Badmann, Schönhauser Allee 148. Sonntag 5 1/2 Uhr: Harburger Sänger...

Elisabeth Schiller.

Elisabeth Schiller geb. Melang nach kurzem, schweren Leiden verstorben ist. Am 11. März 1904.

Theater.

Freitag, 11. März. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Nigard's Hochzeit. Schauspielhaus. Jugend von heute...

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)...

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Freitagabend 8 Uhr: Lumpacivagabundus. Belle-Alliance-Theater. (Belle-Alliancestr. 7/8)...

Cirkus Busch.

Cirkus Busch. Komischer Gala-Abend. Neu!! Neu!! Das letzte Wort! Miss Jackson Schleife und Todessprung...

Frühels Allerlei-Theater.

Frühels Allerlei-Theater. Früher Badmann, Schönhauser Allee 148. Sonntag 5 1/2 Uhr: Harburger Sänger...

Elisabeth Schiller.

Elisabeth Schiller geb. Melang nach kurzem, schweren Leiden verstorben ist. Am 11. März 1904.

Theater.

Freitag, 11. März. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Nigard's Hochzeit. Schauspielhaus. Jugend von heute...

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater)...

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Freitagabend 8 Uhr: Lumpacivagabundus. Belle-Alliance-Theater. (Belle-Alliancestr. 7/8)...

Cirkus Busch.

Cirkus Busch. Komischer Gala-Abend. Neu!! Neu!! Das letzte Wort! Miss Jackson Schleife und Todessprung...

Frühels Allerlei-Theater.

Frühels Allerlei-Theater. Früher Badmann, Schönhauser Allee 148. Sonntag 5 1/2 Uhr: Harburger Sänger...

Elisabeth Schiller.

Elisabeth Schiller geb. Melang nach kurzem, schweren Leiden verstorben ist. Am 11. März 1904.

Nochmal die Landwehr.

Herr Karl Weibrecht erucht uns um Aufnahme des nachstehenden Abwehr-Artikels. Wir entsprechen hiermit dem Ersuchen, ohne uns einer Beurteilung des Verfassers zu eigen zu machen.

Herr Weibrecht schreibt: Gegen meine Vorlegung im „Vorwärts“ über die vom Kriegsminister herabgesetzte Landwehr der Befreiungskriege richteten sich zwei lange Artikel des „Tag“, worin ein pseudonymer Herr mich „berleumdender Bespottung“ der Junkeroffiziere bezichtigt und der staunenden Welt ein Licht über die trostlose Landwehr aufstehen möchte, welche zu rühmen nur „die ganze Sophistik eines Weibrechts“ vermag. Obgleich ich der Redaktion des „Tag“ auf der Stelle einen Widerlegungsausspruch sandte, wird dieser erst nach sechs Wochen abgedruckt und zwar auf die Hälfte gestrichen. Für den Angriff hatte man sofort in zwei Nummern Raum gehabt, für die Abwehr nicht. Dies wird um so bedauerlicher, als man statt dessen in besagten sechs Wochen Raum bekam, zwei Auslassungen des Archivars v. Pflug-Hartung abzudrucken, die augenscheinlich dem pseudonymen Angreifer zu Hilfe kommen sollten. Eine davon bezog sich auf die Opfer des Abels im Siebenjährigen Krieg, um die „Voreingenommenheit gewisser Kreise“ gegen diese edlen Junker zu zerstreuen.

Nichts liegt mir fern, als die Verdienste des Militärabels um die preussische Monarchie zu bekennen, wobei man jedoch seine Hingebung unter Friedrich dem Großen fälschlich als eine an und für sich bestehende, vom Willen losgelöste Erscheinung aufweist. Nur das Genie des Königs nötigte dem Adel solche Leistung ab, und all jene Zehntausende braver „Gemeiner“ und „Kerls“, die namenslos und unbekannt ihr allerdings nicht blaues Blut fürs Vaterland vergossen, betätigten ganz die gleiche Blüthenzeit. Ebenso muß gerechte Forschung heute über die Legende von 1806 informieren hinaus sein, als man die persönliche Bravour der „Junker“ bei diesem Zusammenbruch ihres Kaiserthums trotz der schmachtvollen Festungsoperationen nicht immer gering anschlagen darf, aber das nämliche gilt auch hier wieder für die schlecht geführten Mannschaften, die oft sogar ihre feigen Führer beschpöten. Und was wirklich Nützliches geschah, ward vom bürgerlichen Gneisenau und der Bürgerschaft von Kolberg, vom schlesischen Landsturm Bögums vollbracht. Um die nationale Erhebung der Befreiungskriege machten sich nur zwei Adelige besonders verdient: die Brüder Grafen Dohna. Nur wohl, der eine von ihnen starb als Landwehrführer an gebrochenem Herzen, weil er bei Belagerung von Danzig, das er nur mit verzehrender Sorge und Aufopferung den Klauen der russischen „Vefreier“ entriß, klar erkannte, daß man nur vom Regen in die Traufe kam.

Zurückführt ein treffliches neueres Werk von Holzhausen „Napoleon und Heine“ eine Reihe Dokumente dafür bei, daß schon vor 1815 tiefste Enttäuschung eintrat, und die Völker merkten, wofür sie so ungeheure Opfer brachten, von wem man sie befreit hatte. Im preussischen Volksheer von Ligny und Waterloo, dem demokratischen, das je in einer Monarchie entstand, war nur noch die eine Hoffnung lebendig, daß man durch neue Siege und Opfer endlich doch noch Erfüllung gerechter Ansprüche Preußens erobern werde. Als man aber bei den Engländern die gleiche Erfahrung machte wie bei den Russen, da trat bitterste Erkenntnis ein, daß die sogenannten Befreiungskriege nur der Wiederaufrichtung der Reaktion, der Obmacht des Metternichschen Systems, der russischen und englischen Welt Herrschaft gegolten hatten.

Die Junker aber suchten für ihre Vefreier. Und bezüglich ihrer Opferfreude im Siebenjährigen Krieg muß man auch noch erhebliche Abstriche machen. Wenn v. Pflug-Hartung jammert, daß der König Unterstützungsgelüste des Adels hart ablehnte, so wird ein weitlicher Kenner jener Verhältnisse dies psychologisch begreiflich finden. Der große Herrscher hatte nicht nur sein Geld nötiger, um seinen für ihn völlig unrentieren Bürgeren, Arbeitern und Bauern aufzubehalten, sondern er hatte auch Erfahrungen gemacht, die vielleicht seine schroffe Parteilichkeit in Rechtsfragen, wo bei ihm grundsätzlich der Edelmann gegen den Mann aus dem Volke Unrecht bekam, mit beeinflussten. Gerade in Kreisen des hohen Adels, die im Prinzip Heinrich ihr Haupt der Mißbegünstigten fanden, meldeten sich Bankrott und unpatriotische Bestimmung, während das arme treue Volk mit heldenmütiger Hingebung für seinen geliebten Alten Frieden soht und Kamenlos duldete.

Obgleich v. Pflug-Hartung jene Redereien eines pseudonymen Gegners „vortrefflich“ fand, hat er diesen jedenfalls so „vortrefflich“ ad absurdum geführt, daß man versucht sein muß, an verkappte Ironie zu glauben. Da sieht man aber, was man heute dem urteillosen Publikum bieten darf! Oder sollten die Leser des „Tag“ wirklich selber bemerkt haben, daß die andre Auslassung des oben genannten Archivars, nämlich Ausgrabung einer unbedarften Kabinettsorder von 1815, einfach alles niederschmettert, was die Gegenpartei vorbringt, und geradezu triumphierend meine Behauptung zum Siege führt? Die geistliche Unterdrückung und Mißachtung der Landwehr lag nämlich derart in den Verhältnissen begründet, daß sogar noch im letzten Kriegsjahre, wo nach schwerem Einzelkampf die Landwehr schon längst so gut wie die Linie, der König sich gezwungen sah, eine donnernde Philippika an die Junkeroffiziere zu richten, daß er mit Mißfallen die vorläufige Verabreichung der Landwehr rügen müsse! Brauchen wir weiter Zeugnis?

Katzenell dreht mein Gegner die Sache wieder in einer Form zurecht, die den herben Wortlaut meiner wahrheitsgemäßen Feststellung ins „un glaubliche“ zuspitzt: man hätte „absichtlich“ die Landwehr ruiniert, „weil“ die Junkeroffiziere es so haben wollten. Das wäre Unfassen. Niemand meinte ich einfach, daß man die Linie überall bevorzugte und das Schicksal der Landwehr mehr als stiefmütterlich behandelte, weil sie eben als bloßer Ballast galt, mit dem Einzuzügen, daß den Junkern dieser Ruin der Landwehr höchstens angenehm war, um ihrer Voreingenommenheit neue Nahrung zu geben. Nun, sogar der Verfasser gesteht an einer Stelle zu, daß die Soldaten mit Spott und Hohn auf die Landwehr herabsahen, und sei er für Einzelheiten auf Friccius verwiesen.

Gleich anfangs machte er sich bequem, indem er mir den nie geteilten Wahn unterstellt, als ob die Landwehr an und für sich „eine führende Rolle“ gespielt hätte. Angesichts der Massen alliierter Linientruppen schloß sich dies selbst dann aus, wenn die gesamte Landwehr in der Feldarmee verwendet worden wäre. Sie hat aber zur Hälfte bei Einschließung der Festungen oder zu den hochnotwendigen Stappenzwecken herhalten müssen und diesen wichtigen Dienstzweig zufriedenstellend erledigt, wie die Belagerung von Danzig, Magdeburg, Bittenberg usw. darthut, was Verfasser natürlich ignoriert. Auch sind seine Fiktionen nur ein Spiel mit Worten, denn ich habe die Sollstärke unter Waffen berechnet, nun kommt er irreführend mit der Iststärke dazwischen. Auch hier aber stimmt seine Vorrechnung nicht, denn da Linie und Reserve nur 96 700 Mann Sollstärke betragen, so kämen bei „192 434“ Mobilien (nach seiner Angabe) ohnehin noch rund 96 000 auf die Landwehr, wovon 10 000 freiwillige Jäger und Nationalkavallerie abzuziehen. Wenn also nach seiner Angabe die Feldarmee nur 101 764 Mann betrug und davon die Landwehr doch noch 85 000, so müßten nur noch rund 87 000 Linie, Reserve, Jäger der Feldarmee angehört haben, was deren Mobilisierungsfähigkeit ein trauriges Zeugnis ausstellen würde! Nun lenkt er ferner geistlich von der Hauptache ab, wenn freiwillige Jäger, Freicorps, Nationalkavallerie äußerlich von der Landwehr unterschieden sollen, obgleich ausdrücklich zugestanden wird, daß sie „die schlechte militärische Ausbildung mit ihr gemeinsam hatten“. Ja, noch mehr: es befanden auch die Reserveregimenter (41 000 Mann) nach üblichen Militärgebräuchen aus Militär, da sie nur einen bis drei Monate Drill hinter sich hatten. Somit steht Weibrechts Behauptung im Widerspruch, gegen die sich der Kriegsminister wandte, glänzend gerechtfertigt da:

Ja, in der That bestand das Heer der Befreiungskriege zu vier Fünfteln aus Militäern.

Zwischen diesen „Militäern“, d. h. Militärsoldaten und den alten Regimenten bestand nun im Gefecht von Anfang an kein Unterschied, und leistete zum Beispiel die 6. Reserve offenbar bei Bachau mehr als die 1. Westpreussische Linie. Und was erzählt man uns da von der schwächlichen Adverbefähigkeit der Landwehr, die sie als Auszubeh der Wehrfähigen unfähig machte, mit der Linie — auch mit den „Kämpfern“? — zu rivalisieren? Kennt man nicht Napoleons Ausspruch, im Kriege verhalte sich moralische Kraft zur physischen wie 3:1? Von den mangelnden Körperkräften der Landwehr haben freilich die französischen Leichenhäuser bei Hagelberg, Demewitz, auf Grimmaer Steinweg, Ligny, Blancefort in stetem Handgemenge nichts bemerkt! Wenn dem aber so wäre, was folgte daraus? Erstens, daß seelische Energie die Körperkraft aufwiegt, zweitens, daß also eine Miliz, die nicht bloß aus Auszubeh bestände, noch viel Größeres leisten würde!

Bezüglich der Gefechtsleistungen überließ mich der Verfasser erfreulicherweise der Mühe, noch einmal das glänzende Bild der Waffenkisten unserer Landwehr zu entrollen. Denn er giebt zu, daß sie bei Bartenburg, Bachau, Mödern und Leipzig ruhmvoll foht, ja daß sie später „keinen Unterschied zwischen Linie und Landwehr“ erkennen ließ: so unüberwindlich war eben die von mir neulich und sonst schon oft aneinandergereichte Thatsachenreihe. Unsere Erinnerung mühte sich aber sehr täuschen, wenn wir nicht noch vor zehn Jahren im „Militär-Wochenblatt“ einmal gelesen hätten, daß auch 1815 der Anteil der Landwehr verschwindend gering gewesen sei. Jedenfalls liest man stets nur von der Bravour des Leibregiments bei Bartenburg, statt der Landwehrbataillone Sommerfeld und Cottulinski zu gedenken. Wie angeht seines eignen Zugeständnisses Verfasser spotten darf, es werde mir nur klar werden, warum der Kriegsminister ein Eingehen auf ihre Schlachttätigkeit unterließ, begreife wer mag, da es sich doch dabei nicht bloß um den August 1813 handelt.

Daß bei Kulm schlesische Landwehr ausriß, bedeutet gar nichts. Denn Prinz August würde wohl nicht die Fahne der 2. schlesischen Linie ergriffen haben, wenn diese Linientruppe nicht gleichfalls geschwankt hätte! Die Preußen wurden eben überall durchbrochen und die ganze erste Wucht der verzwiefelt Ausgung suchenden französischen Masse fiel auf die Landwehr. Auch daß bei Goldberg ein Bataillon vom 6. Landwehr wich, will nichts sagen, wenn eine so junge schlecht gerüstete Truppe gleich zum erstenmal in ein so überaus ungünstiges Gefecht verwickelt wird. Daß die beiden andern Bataillone vom 6. Landwehr gestochen seien, wird nicht gemeldet, und ist das Weichen jenes einen Bataillons überhaupt der einzige Vorgang im ganzen Kriege, der einigermaßen schlechte Haltung dieses Landsturmes (den „Landwehr“ im heutigen Sinne war es doch nicht) belegt. Ueber's Gefecht von Hagelberg wollen wir uns nicht streiten, da ich aus ganz andern Gründen es nicht für so wunderbar halte, wie bisherige Darstellungen meinet, nämlich insolge genauerer Untersuchung der französischen Stärke — nur sechs Bataillone — und miserablen Verhaltens der Sachsen und Westfalen.

Hierbei meldet meines Wissens Major Friedrich nichts, auf dessen bisher erschienenen ersten Band über den Feldzug von 1813, in welchem wir hochwichtige Dinge, z. B. genaue Verlustausweise vermissen, sich der pseudonyme Verfasser beruft. Dagegen sei festgehalten, daß die Führung der preussischen Berufssoldaten gegenüber dem erprobten Girard mehr als mangelhaft und Girards Artillerie überlegen war, die jungen Landwehren aber nicht mal den Trost hatten, zu schießen, weil wegen des Regens ihre schlechten Gewehre nicht losgingen. Bedenkt man nun, daß sie gegen 1000 Tote und Verwundete verloren, so wird man ihrem unerhördeten Einbruch mit Kolben und Bajonet volle Achtung zollen, auch dann, wenn man alle bisherigen Angaben über Girards Stärke als falsch und die Uebermacht der Landwehr als thatsächlich erlernt. Dagegen bleibt die Leistung des Corps Laurentien bei Demewitz ungeschmälert bestehen. Vielleicht belehrt Major Friedrich uns demnach eines Besseren? Aus welchen Quellen? Denn auch die französischen z. B. die Historiques der Division Morand melden übereinstimmend, daß Corps Bertrand und Division Durutte das um die Hälfte schwächere Corps Laurentien nicht zu überwinden vermochten, während Bülow's zunächst anlangende Brigade Thüman die Landwehr nicht entlastete.

Daß nicht Friccius' Landwehr das Grimmaische Thor bei Leipzig erlitt, soll nun der kommende zweite Band des Major Friedrich beweisen. Dielem lächerlichen Vorfall entzieht meine Darstellung im „Tag“ von vornherein den Boden, worauf hier kurz verweisen sei.

Da es giebt viel Unwahrscheinlichkeiten, die sogar wie Fälschungen aussehen. Aber nicht nur bei der Landwehr. Man vergleiche z. B. die Verlustangaben der Regimentengeschichte für 16. 18. Oktober 1813, wonach die Linienregimenter des Corps Kleist (mit Ausnahme des 1. Westpreussischen, wo die Verhältnisse stimmen) fast durchweg weniger verloren als die Landwehr, die also viel aufopfernder gefochten haben müßte, sobald man nämlich die Linienregimentsangaben von der Gesamtsumme der Brigadeverluste abzieht und mit der (gleichfalls handgreiflich unrichtigen) Gesamtverlustangabe des Corps Kleist vergleicht.

Oder man vergleiche die oft lächerlichen Angaben der Regimentengeschichten für Ligny mit den offiziell festgestellten Brigadeverlusten und diese sodann mit der heute noch überall nachgeschriebenen amtlichen Verlustziffer 12 000, über die schon Hauptmann Berndt („Die Zahl im Kriege“) sich lustig macht und sie auf 18 000 erhöhen will, während die wahre Ziffer 23 000 (excl. 8000 Fahnenflüchtiger) Tote, Verwundete, Vermisste beträgt! Wollte man hier z. B. die lächerliche Verlustangabe der 19. Linie für bare Münze nehmen, so müßte man folgern, daß es ausrück und dem heldenhaften 4. Westfälischen Landwehrregiment die Verteidigung von Ligny überließ! Da wir aber nicht so rasch und beweislos mit dem Absprechen bei der Hand sind, wie Militärs über Landwehr, so folgern wir einfach, daß das 19. Regiment seinen Verlust falsch angab, voilà tout. Was dies belegen soll? Daß man so hochwichtige Fragen nicht mit allgemeinen Phrasen erledigen kann, sondern stets bis ins kleinste erörtern muß. Von den Behauptungen meines Herrn Gegners bleibt nicht eine bestehen, sobald man auf den Grund geht. Zu solchen Redensarten zähle ich auch seine apodiktische Bemerkung über den amerikanischen Secessionskrieg und Gambettas Aufgebote, wo er ganz einseitige Militärgenüsse als etwas historisch Feststehendes ausspielt.

Und was bleibt als Gesamtergebnis? Wenn die Landwehr noch im August 1813 miserabel, im September aber schon ausgezeichnet und im Februar 1814 der Linie ebenbürtig war, was alles der Pseudonyme zugeht, so treibt er damit nur Wasser auf die Mühle der Milizfreunde. Daß die konstituierten Napoleons nur drei Monate, zuletzt 1814 nur drei Wochen Dienstzeit hinter sich hatten, hat sie das gehindert an ihren reichen Thaten?

Partei-Nachrichten.

Wieder eine Konfiskation des „Kvanti“. Die letzte Montagnummer des „Kvanti“ wurde zur Abwechslung wieder einmal konfisziert, man weiß nicht genau, ob wegen einer Bemerkung über die Königin Margherita oder wegen einer Reiz über die Ausgaben des königlichen Hauses. —

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Verleumdung des Magistrats von Goldberg (Schlesien) wurde der verantwortliche Redakteur der „Brandenburger Zeitung“, Genosse Alb. Meyer, zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte die geringe Verletzung des Turmwächters der Stadt gerügt und bei der Gelegenheit dem Magistrat Mangel an Fürsorge in sozialen Ein-

richtungen vorgeworfen. Es wurde festgestellt, daß des Turmwächters Einkommen etwas über 600 M. jährlich in Geld und Naturalien besteht, davon kommen jedoch etwa 180 M. aus einer Invalidenrente und Trübsalgebern und gegen 100 M. von einer Kirchengemeinde für Glöckläuten. In der Wächterthätigkeit muß die Frau den Mann unterstützen.

Es wurde deshalb kein Mangel an sozialer Fürsorge angenommen und Meyer wurde bestraft.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

9. Sitzung vom Donnerstag, den 10. März 1904, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung nach 1/2 Uhr.

Die Versammlung tritt sofort in die Spezialberatung des Stadthaushalts-Etatés für 1904 ein. Dieselbe beginnt mit dem Specialetat der Krankenhäuser.

Dazu liegt ein Antrag Antr. 1 vor: Die Versammlung erucht den Magistrat, in Bezug auf die Löhne, die Arbeitszeit und Wohnverhältnisse der in den städtischen Kranken- und Irrenanstalten beschäftigten Wärter, Wärterinnen und Arbeiter Vorkehrungen zu treffen, die den betreffenden Arbeiterkategorien verbesserte Arbeitsbedingungen zu bringen geeignet sind.

Vom Staatsauszubeh wird folgende Resolution zur Annahme vorgeschlagen:

Die Versammlung erucht den Magistrat:

1. Auszubeh ortsangehörige, hier zur Steuer nicht veranlagte Kranke nur in dringend notwendigen Fällen in die städtischen Krankenhäuser und in andre zur Gesundheitspflege bestimmten Einrichtungen aufzunehmen, soweit die Stadtgemeinde nicht durch gesetzliche Bestimmungen zu deren Annahme verpflichtet ist.
2. Im Falle der notwendigen Aufnahme den wirklichen Selbstkostenpreis, wie er sich aus den jährlichen Durchschnittsberechnungen ergeben hat, vergüten zu lassen und den Tarif dementsprechend zu ändern.
3. Diese Verränderung im laufenden Jahre vorzubereiten, so daß sie schon für den Etat 1905 in Kraft tritt.

Stadtv. Heumann (Soz.): Ich bin beauftragt, namens meiner Freunde aufs schärfste gegen die Resolution des Staatsauszubehs Front zu machen. Das einzig Erfreuliche daran für uns ist das Eingeständnis, daß die Mißstände auf dem Gebiete unsres Krankenhauses so akut geworden, daß wir, um da heranzukommen, zu verzwiefelten Schritten greifen müssen. (Widerspruch und Zustimmung.) Das war nicht immer so. Erst vor 3-4 Jahren hat der Vorkührer der Mehrheit unter lebhaftem Beifall ausgeführt, daß die socialdemokratische Behauptung von der Krankenhäusnot eine Verächtigung sei, um die Bevölkerung aufzuheben. Die Haupt- und Residenzstadt Berlin, die größte und reichste Kommune Deutschlands (Kopfschütteln des Oberbürgermeisters) würde auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege mit dem Antrage ein Verfahren einleiten, welches notwendigerweise zu den schärfsten Gegenmaßnahmen führen muß. Die Entscheidung darüber darf auch nicht in der Hitze des Augenblicks getroffen werden; dazu hätte es der ruhigen Erörterung in dem Auszubeh bedurft, welcher sich mit der Frage der Bildung von Zweigverbänden auf dem Gebiete von Groß-Berlin beschäftigen soll. Eine Krankenhäusnot besteht mehr oder minder in allen größeren Städten. Durch den Antrag zwingen Sie die andern Städte, das gleiche Verfahren gegen Berlin einzuschlagen, und es wird dadurch vielleicht unabsehbarer Schaden für die öffentliche Gesundheitspflege verursacht. Nur in dringend notwendigen Fällen soll die Aufnahme erfolgen, nach der Interpretation im Auszubeh in Fällen der Lebensgefahr. Der Annahme ohne Ablesung durch den Assistenzarzt da jour muß doch ein umständliches Verfahren über den Unterzubehwohnort zc. vorangehen; darüber hat man im Auszubeh kein Wort verloren. In „Friedrichshain“ und am „Urban“ wurden 1900 geleistet: Verpflegungstage an Berliner 426 000 gegen 83 000 an Auswärtige gleich 7,7 Proz.; 1901: 443 000 gegen 25 000 = 5,7 Proz. Von diesen 5-7 Proz. müssen doch diejenigen abgezogen werden, welche zwar auswärts wohnen, aber in Berlin arbeiten und hier den Krankenhäusern angehören. So bleiben von den 5-7 Proz. höchstens 2-4 Proz. übrig. Mehrere unsrer westlichen Vororte sind doch auch im Begriffe, große Krankenhäuser zu errichten. Das Ergebnis des Antrages würde also ein ganz minimales sein. Das Virchow-Krankenhaus soll im Herbst 1905 vollendet sein, dann werden wir zu erheblich besseren Zuständen gelangen. Bis dahin wird man eventuell neue Baracken aufstellen müssen. Im Wege Ihres Antrages aber ist kein Erfolg zu erzielen; ebenso wenig wie durch Ihren Antrag, das Honorar für die auswärtigen Taubstummen auf mehr als das Doppelte zu erhöhen. Mit der Politik dieser Anträge gegenüber andern Gemeinden können wir uns nicht befremden. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtv. Weigert: Die Unhaltbarkeit unsres Krankenhauses ist von keiner Seite zugegeben. Die Stadt Berlin baut ihre Krankenhäuser für ihre Kranken. Der Antrag ist auch kein Novum, man hat seit 1895 ähnlich verfahren, nur die Verpflegungstage sind auf 2,50 M. bisher belassen worden. 1902 sind 2820 auswärtige Kranke = 8,4 Proz. bei uns verpflegt worden, mit 79 000 Krankentagen.

Stadtv. Prof. Landau (A. L.): Ich darf nach dieser Erklärung hoffen, daß der Magistrat dieser Resolution nicht zustimmen wird. Es würde in weiten Kreisen sehr bebauert werden, wenn Berlin so rigoros vorginge und so bösen Reklamationen führen. Auch die andern Gründe des Kollegen Heumann fallen daneben sehr ins Gewicht. Soll denn das einige Deutschland wieder differenziert werden?

Stadtv. Wallach (A. L.): Kann diese Haltung Landaus nicht begreifen. Die Vororte haben ihre Verpflegungen nicht erfüllt, aber Berlin laden sie aus. Das können wir uns nicht bieten lassen. Deutschland ist durchaus einig und wir auch. Wir haben keine Krankenhäusnot zugegeben; es soll bloß ein Mißstand abgestellt werden, der uns sehr geschadet hat. Vor Replikation, die abzuwarten sind, fürchten wir uns nicht.

Stadtv. Antr. (Soz.): Ich ergriffe das Wort zu der von meinen Freunden im Staatsauszubeh eingebrachten Resolution, die dort abgelehnt worden ist. Hat denn die Verwaltung von Berlin alles gethan, um ein tüchtig ausgebildetes Pflegepersonal zu schaffen und zu erhalten? Ich komme zur Verneinung dieser Frage; die Herren vom Magistrat werden natürlich das Gegenteil behaupten. Ohne auf die Vergangenheit einzugehen, kann ich nur sagen, daß die Stadt Berlin nicht nur nicht ihre Pflicht gethan hat (Hufe: Oho!), dieses „Oho“ können Sie sich eripieren. (Große Heiterkeit und Lachen.) Im Gegenteile, sie hat durch schlechte Behandlung und schlechte Bezahlung (Wiederholtes Oho!) die besseren Elemente aus den Krankenhäusern herausgetrieben. Die Stadt Berlin hat sich nicht geschämt zu thun, was die ostpreussischen Junker thun: das Wärterpersonal unter die Gesundheitsordnung zu zwingen. Wenn das geschehen konnte, ist es doch selbstverständlich, daß alles, was noch auf ein tüchtig ausgebildetes Personal ankommt, sich aus den städtischen Krankenhäusern zurückzieht. Die Verhältnisse sind ja in den letzten Jahren verbessert worden, aber wesentlich auf das Drängen meiner Freunde hin. (Lebhafter Widerspruch, Zustimmung bei den Socialdemokraten.) An der Hand des in den Staatsauszubeh gegebenen Materials, welches nicht voll mit meinem Privatmaterial übereinstimmt, ist festzustellen, daß die Gehälter zwischen 25 und 36 M. für Wärter, zwischen 25 und 40 M. für Wärterinnen schwanken. Das sind doch recht minderwertige Vergehungen für einen solchen schweren, aufopferungsvollen Dienst. Die Dienstzeit des Pflegepersonals

dauert zwischen 14 und 15 Stunden. Da thut die Gemeinde etwas, was man anständigen Leuten nicht zumuten darf. (Vorleser Langerhans rät diese Ausdrucksweise.) Die Befestigung war früher herzlich schlecht, sie ist heute besser geworden, aber sie ist nicht so, wie ich sie wünsche (Gelächter), und wie sie das Pflegepersonal wünscht. Ich gebe ohne weiteres zu, und daraus werden Sie die Loyalität meiner Ausführung erkennen, daß sie an Nährwert den Anforderungen entspricht; das Essen soll doch aber nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Gemütsmittel sein. (Heiterkeit.) Wäre das Essen so schmachtig, wie es vor einigen Jahren der Magistratsvertreter rühmte, warum erhalten dann die Schwestern andres Essen als die Wärter? Die Schwestern haben den sogenannten zweiten Tisch; Berlin ginge gewiß nicht zu Grunde, wenn es auch den Wärtern den zweiten Tisch gäbe. (Städt. Wallach: den ersten!) Ich hätte nichts dagegen. Was die Behausungen betrifft, so sind die ganz miserablen Schlafstätten in Roabit aufgegeben und ein anständiges Haus gebaut aber wir haben doch noch Behausungen, wie sie nicht sein dürfen. Im Krankenhaus Friedrichshain sind Pfleger im Keller untergebracht, zwei Meter unter dem Boden; die Wohnungen sind feucht und von Schwaben und andrem Ungeziefer besetzt. (Hul hu!) Ja Ihnen würden solche Wohnungen auch nicht recht sein. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß das Pflegepersonal mit den Kranken in den Krankenhäusern übernachtet, also von Auße keine Rede sein kann. Disziplin muß auch in den Krankenhäusern sein, und zwar strenge Disziplin, aber in dieser Beziehung geschieht das Gute zu viel. Die Wärter haben ein halb Dutzend Vorgesetzte, auch die Oberärztin und selbst die Schwestern machen sich an, die Wärter wie Hausknechte zu behandeln. Das Pflegepersonal hat auch angefangen, sich zu organisieren; Hand in Hand damit hat nun eine Gefinnungsschwärmerlei Platz gegriffen, der Chilianierung des Betreffenden und schließlich die Entlassung folgte. Man hat sich der unzufriedenen Elemente zu entledigen gesucht. (Sehr gut!) Ja, das ist die Politik der Scharfmacher, der Junker, und der Magistrat hat sich dieser Politik angeschlossen, indem er ebenfalls an der Verdrängung des männlichen Pflegepersonals durch die Schwesternhülfe arbeitet. Mit größerer Offenheit und Aufrichtigkeit als Herr Weigert hat das der Oberbürgermeister zugegeben. Man beruft sich darauf, daß die Schwesternpflege besser sein soll als die durch das männliche Pflegepersonal. Das ist nicht richtig. Eine Konferenz von ärztlichen und Verwaltungs-Autoritäten hat nach langer Beratung zwar die weibliche Pflege an sich als die bessere bezeichnet, schließlich aber ein gemischtes Personal für das Beste erklärt. Sie aber wollen das männliche Personal aus den Krankenhäusern herausheben; das gegenwärtige Pflegepersonal mag schlechter sein als die Schwestern, aber daran sind Sie doch selbst schuld, weil Sie keine unruhigen Elemente, sondern ein ruhiges, gefügiges und billiges Werkzeug haben wollen. (Große Unruhe.) Das wagen Sie nicht auszusprechen, es ist aber so. Ist denn aber das weibliche Personal wirklich besser? Ich befreite das. Die manuelle Geschicklichkeit zur Krankenpflege hat mit dem Geschlecht des Pflegepersonals recht wenig zu thun. Der ideale Sinn, das tiefe Gemüt, die hohe Geistesbildung ist bei dem Manne genau so vorhanden wie bei den Frauen. Ich habe doch in meinem Leben auch schon viele Frauen kennen gelernt (Stürmische Heiterkeit), und an manchen davon auch weniger gute Eigenschaften entdeckt, auch an Pflegerinnen. Das weibliche Personal soll eine weichere und zartere Hand haben; ist das richtig, dann heraus mit den männlichen Kerzern aus den Krankenhäusern! (Heiterkeit.) Etwas Rücksicht muß doch auf die männlichen Kranken genommen werden, und diese sind durchaus nicht so entzündet von den Schwestern. Auf die sittliche und moralische Seite der Schwesternpflege will ich nicht eingehen, nicht darauf, daß junge Mädchen von 20 Jahren viele Verrichtungen in Krankenhäusern machen, die im gewöhnlichen Leben aller Sittlichkeit Hohn sprechen, nicht darauf, ob sie männlichen Kranken Abhilfe geben, ob sie Band- und Schenkelmassagen an ihnen vornehmen sollen. Jedenfalls ist es noch sehr die Frage, ob Geheimrat König mit seiner Behauptung von der Geschlechtslosigkeit der Kerze und des Pflegepersonals durchweg recht hat. (Wachsende Unruhe.) Wenn Sie das nicht hören wollen (Stürmische Ausrufe: Nein!), so haben Sie das ja auch nicht nötig; aber mich belommen Sie hier nicht weg. Ist es richtig, daß das gemischte System das einzig zutreffende ist, so müssen Sie unsre Resolution annehmen. Geschieht das nicht, so werden wir Jahr für Jahr wiederkommen und versuchen müssen, durch den Druck der öffentlichen Meinung endlich auch Magistrat und Versammlung zu zwingen, befriedigende Zustände herbeizuführen.

Oberbürgermeister Kirchner: Ich muß das Verdienst ablehnen, ausgesprochen zu haben, daß das männliche Krankenpflegepersonal entfernt werden soll. Das ist mir nicht im entferntesten eingefallen. Ich habe gesagt, wir haben das Bestreben, das männliche Personal möglichst durch weibliches zu ersetzen, und ich habe weiter erklärt, daß das männliche, soweit erforderlich, bleiben soll, und daß auch für dessen Ausbildung das Nötige geschehen soll. Daß es möglichst durch weibliches ersetzt wird, halte ich aufrecht, weil wir das weibliche Personal für geeigneter halten. Das hat auch der Vorredner nur bestätigt. Die Erfahrung bestätigt es auch; in der Privatpflege zieht man sich lieber eine Pflegerin als einen Pfleger zu. Nicht um die Pfleger aus den Krankenhäusern zu entfernen, sondern im Interesse der armen Kranken, denen ich eine bessere Pflege wünsche, habe ich diesen Ausdruck gethan. (Beifall.)

Stadtrat Weigert: Herr Antrid hat vor zwei Jahren ein Nachbild von unsren Krankenhäusern entworfen, wo jede Lichtseite festste. Heute hat er große Fortschritte zugehen müssen. Die Krankenhausverwaltung hat aber ununterbrochen Fortschritte gemacht. Die Löhne sind verbessert. Den Nährwert der Nahrung hat er ebenfalls anerkannt, Delikatessen können wir nicht verabreichen. Selbstverständlich kann eine dem individuellen Geschmaack angepaßte Nahrung in einem großen Krankenhause nicht verabreicht werden; es wird immer eine Art Kasernenkost sein. (Städt. Antrid: Über die Schwestern!) Die Wohnungsverhältnisse sind auch in Roabit sehr verbessert worden, die Wärter haben jetzt ein Haus, wie es auch den verdohtensten Ansprüchen genügen wird. (Aufe: Na, na! und Ja, ja! Heiterkeit.) Im Krankenhause Friedrichshain sind thatsächlich Kellernwohnungen; die stammen aus einer Zeit, wo in Berlin im Souterrain noch häufig Wohnungen angelegt wurden; sie sind gut, gesund und nett eingerichtet. Die Direktion ist bemüht, immer mehr Wärtern Gelegenheit zum Wohnen außer dem Hause zu geben. Von 121 sind 47 in Kellern untergebracht; das Räumen der Keller geht langsam, aber bestimmt vorwärts. Disziplin muß vorhanden sein. Sie wird gewahrt, aber nicht mehr. Von Chilianierungen und Drangsalierungen keine Spur. Vom 1. April ab sind Arbeitsauschüsse an den Krankenhäusern eingerichtet. Niemand ist ein Wärter oder Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie entlassen worden. Die Fälle, welche Herr Antrid im Auge hat, betreffen Leute, welche sich gegen die Disziplin vergangen haben. Die Schwestern beschäftigen wir im Interesse der Kranken, weil deren Behandlung für die Kranken zuträglich ist, nicht um die Konkurrenz der Wärter zurückzuführen. Im ganzen können wir mit dem Zeugnis, welches Herr Antrid uns ausgesprochen hat, nicht gerade unzufrieden sein. (Beifall.)

Stadtrat Straßmann: Im Punkte der Löhne haben wir von einer Reihe von Kommunen Auskunft erbeten; es zeigt sich, daß nur in Frankfurt a. M. die Löhne höher sind als hier, aber dort ist auch die Lebenshaltung durchweg viel teurer als in Berlin. In Herzberge und Wuhlgarten sind nur die Wollwachen in den Krankenhäusern selbst; das Personal wohnt in besonderen Häusern. In Dalldorf soll es baldigst ebenso eingerichtet werden. Die Speisung soll auch thümlichst abwechslungsreich hergerichtet werden. Die Schwesternschule hat nicht etwa den Zweck, alle männlichen Wärter herauszuwimmeln.

Städt. Dr. Nathan (soc.-fortsch.): Die Ausführungen vom Magistratsratlichen berühren mich in hohem Grade sympathisch. Die Kerze stehen überwiegend zu der Ueberzeugung, daß die weibliche Pflege den Vorzug verdient. Es hat lediglich das zu geschehen,

was für unsere Kranken das zweckmäßigste ist, und die Krankenpflege ist eine Hauptaufgabe der Frauen.

Der Antrag des Ausschusses würde bloß der Ausfluß einer Volksthit der Radefische sein und schließlich auf Berlin zurückzuführen. Groß-Berlin ist doch auch ein einheitliches hygienisches Gebiet. Wir wünschen, daß der Magistrat bei seiner Gepflogenheit verbleibe, und daß der Auswahlantrag abgelehnt werde.

Städt. Rosenow (R. V.) spricht für die Weisheit seiner Freunde gegen die hinfällige Mauer, welche die Staatsauschuss-Resolution um Berlin ziehen würde.

Städt. Haberland (R. V.) vertritt den Standpunkt, daß man mindestens den Richterangehörigen, die mit Berlin nichts zu thun haben, den Ertrag der Selbstkosten auferlegen soll.

Städt. Wallach: Wenn wir in diesem Tempo fortfahren, so werden wir mit dem Etat nicht fertig. (Unruhe.) Ich ziehe gar keine hinfällige Mauer, wir wollen bloß von denjenigen, zu deren Aufnahme wir nicht verpflichtet sind, die Selbstkosten erstattet haben. Die Resolution soll ja bloß dem Magistrat eine Unterlage geben.

Oberbürgermeister Kirchner: Die Nummern 1-3 des Ausschusses enthalten nichts neues, es sind bloß Resapitulationen gefühliger Vorleserinnen. Nach diesen können verfährt der Magistrat und darf gar nicht anders verfahren. Hier zu statuieren, daß jeder Kranke aufzunehmen sei, könnte zu unglaublichen Konsequenzen führen. Die Kränke, die Kränke, zu deren Aufnahme man verpflichtet ist, abzuschließen, besteht bei den kleinen Gemeinden schon so stark, daß man sie nicht noch besonders reizen darf, indem man Berlin als den Ort hinstellt, wo jeder aufgenommen wird. Ich bin weit entfernt, nach der Gefinnung des Wärters zu fragen, habe auch nichts gegen Gewerkschaftsbeteiligung; solchen Bestrebungen aber, die ihre Ziele erreichen wollten durch Verheerung der Kränke gegen einander oder durch gewaltsamen Umsturz der bestehenden Rechtsordnung, müßte auch die städtische Verwaltung entgegenzutreten! (Bewegung. Auf: Wudde wird seine Freude haben!)

Städt. Gaffel (R. V.) weist auf die größeren Opfer Berlins im Vergleich zu den Vororten hin und fürchtet sich ebenso wenig wie Wallach vor Repressalien. Obwohl entschiedener Gegner der Sozialdemokratie, hält er doch die Gefinnung des Einzelnen nicht für einen Grund gegen einen städtischen Angestellten einzusetzen, wenn der Betreffende mit seinem Amte nicht in Konflikt kommt; der Oberbürgermeister habe sich da sehr verschwonnen und unklar ausgedrückt.

Oberbürgermeister Kirchner: Ich habe ausdrücklich jedem seine Gefinnung freigegeben, gestatte ihm auch, für seine Gefinnung einzutreten, auch daß er sich im Wege der Koalition oder des Gewerkschafts mit andern vereinigt. Damit erkenne ich auch jede gefühlige Vethätigung der Gefinnung als berechtigt an. Ich habe mich gerichtet gegen die gegenseitige Verheerung der Stände (Auf: Wer thut denn das?), gegen den gewaltsamen Umsturz. Vergleichen kann kein Verwaltungsbeamter dulden. Ich spreche da aus der Praxis heraus. Diese Bestrebungen werden in den Kreisen der bei uns beschäftigten Arbeiter von gewisser Seite gefördert. Im Krankenhause Friedrichshain haben wir einen Pfleger und eine Pflegerin entlassen müssen, da bekommen wir von dem Vorstand des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten ein Schreiben (Medner verliest dasselbe), in dem es heißt, daß der Verband sich seiner Mitglieder annehmen müsse, daß um nochmalige Prüfung der Sache und um Zurücknahme der Kündigung gebeten wird, daß man eventuell gezwungen sei, nach dem Grundsatze: „So Du mir, so ich Dir“ zu verfahren, daß man öffentlich gewisse Verfehlungen unterer Aufsichtsorgane mitteilen werde. (Bewegung.) Wenn solche Drohungen mit Denunziationen an uns kommen, muß einem solchen Eingreifen in die Verwaltung mit aller Energie entgegenzutreten werden. (Lebhafte Zustimmung.) Solches Verheeren und Angreifen der bestehenden Ordnung kann sich eine Verwaltung nicht gefallen lassen. Solchen Bestrebungen gegenüber müssen wir alle eins sein und da läßt sich ich selbst die Herren von der sozialdemokratischen Partei ein. Das können Sie nicht wünschen, daß so die Verwaltung unmöglich gemacht wird. (Wiederholter Beifall.)

Städt. Singer (Soc.): Der Oberbürgermeister hätte besser gethan, seine erste Rede mit diesem Schreiben einzuleiten, denn ich kann begreifen, daß dieses Schreiben Mißfallen bei ihm erregt hat. Wenn einer von uns gefragt wäre, ob er mit dem Schreiben um die Intervention des Bürgermeisters gleichzeitig diesen Schluß andringen sollte, würden wir ihm den allerentschiedensten Rat gegeben haben das zu unterlassen. Denn es geht nicht an, eine solche Drohung daran zu knüpfen, daß man eventuell die Verwaltung attackieren und sich rächen werde. Namens aller Kollegen auf diesen Vänten und namens der übergroßen Mehrheit der Partei erkläre ich, daß dieses Verfahren von uns nicht gebilligt wird. Wie weit die Beschwerde gerechtfertigt ist, kann ich nicht beurteilen. Es handelt sich um zwei Leute, die angeklagt wegen Versehen entlassen sind, die ihre Kollegen als solche nicht betrachten können. Ich bin selbst mit dem Fall bekrant worden, und auf meinen Rat ist der Oberbürgermeister ausgegangen worden. Soweit ich mich erinnere, sind die Leute entlassen worden, weil sie dem Verbands angehört und sich mit einer Beschwerde an die Verwaltung gewendet haben. — Das plötzliche Auftreten des Oberbürgermeisters war eine Art Zufaretritt, er ging mit einer Attade vor, als hätten ihn die Vorbeeren des Ministers Wudde nicht ruhen lassen. (Große Heiterkeit), als müße er hier im Rathhause das Echo aus dem Reichstag ertönen lassen, wo Regierung und Scharfmacher in trautem Verein seit Wochen nichts weiter thun, als auf die Sozialdemokratie, die Klassenverheerende und Ordnung umstürzende, zu rathionieren. (Zuruf des Städt. R. V. r. e.) Herr Körte scheint auch auf seinem höheren Niveau zu stehen, denn auch er ruft den Dresdener Parteitag heran. Wie dankbar müssen Sie uns sein, daß wir den Dresdener Parteitag gehabt haben, wie schätzwoll Ihre sonstigen Argumente, daß Sie gar nichts andres vorzubringen wissen! (Zuruf des Städt. Vorredners Goldschmidt.) Sie, Herr Goldschmidt, dürfen in diesem Konzert nicht fehlen. (Große Heiterkeit.) Sie sind ja jetzt dabei, sich in die Reihen der ärgsten Scharfmacher zu stellen. — Wirklich teilt uns der Oberbürgermeister mit, wie einer im Krankenhause Klassen verheeren und Ordnung stürzen kann. Ein Beispiel von Unfug ist mir allerdings gegenwärtig, das betraf aber ein altes Keiserrecht der Krankenhäuser. Bis 1900 waren die Wärter der Gefinde-Ordnung unterworfen, und die Entlassung konnte ohne Angabe von Gründen erfolgen. Diese Rechtsordnung umzufahren, hat sich das Personal bemüht und mit Recht bemüht, und durch die Abänderung der betr. Verordnung ist die Berechtigung dieses Kampfes anerkannt worden. Aus der zweiten Rede des Oberbürgermeisters muß ich folgern, daß er auch auf das außerdienstliche Verhalten der Angestellten Einfluß üben will, denn im Dienste ist doch keine Agitation, außer vielleicht Unterhaltung, denkbar, und wenn er auch die verbieten will, müßte er schon summe Leute anstellen. Konform den großen Vorbildern in Reich und Staat scheint der Oberbürgermeister das Scharfmachertum auch in die Stadtverwaltung übertragen zu wollen. Sollte er vielleicht im Herrenhause angesteckt sein? (Große Heiterkeit.) Hoffentlich ist er gegen den Aufsteckungsstoff der schlimmsten Reaktion immun. Ist sein heutiges Auftreten mehr als der Ausfluß eines momentanen Aergers, so müssen wir dem entgegenzutreten, denn es macht das theoretisch anerkannte Koalitionsrecht thatsächlich illusorisch. Wie diese Rede auf die Unterbeamten wirken wird, wird sich bald zeigen; da wird man sich bemühen, entsprechend dem neuen Sinne, der von oben pfeift, zu handeln. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Städt. Rosenow bedauert ebenfalls, daß der Oberbürgermeister aus dem Briefe Anlaß zu einer so sehr mißzuverstehenden Rede habe nehmen können. Die städtische Ordnung umzufahren, sei doch nicht so leicht, oder wolle man den städtischen Arbeitern auch die Streikmöglichkeit beschneiden?

Städt. Gaffel: Die zweite Rede des Oberbürgermeisters schafft ja einige Beruhigung. In der Abwehr der Anschuldigung gegen

die Disziplin werden wir alle mit ihm sein. Aber als Angehöriger der entschiedenen Liberalen muß ich den Grundsat, daß die Gefinnung für Anstellung usw. eines Mannes gleichgültig ist, auch der städtischen Verwaltung gegenüber aufrecht erhalten.

Städt. Goldschmidt (R. V.) schließt sich Rosenow und Gaffel an und betont gegen Singer, daß er mit seinem Zwischenruf auf die in Dresden angenommene Resolution gezielt habe, die eine Provokation der gesamten bürgerlichen Gesellschaft gewesen sei.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Antrid wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, desgleichen in namentlicher Abstimmung die Nr. 1 der Ausschussresolution mit 62 gegen 49 Stimmen; Nr. 2, die nach den Vorschlägen von Haberland umredigiert werden soll, wird angenommen, ebenso Nr. 3.

Städt. Leid (Soc.): Für die Seelforge werden in den Krankenhäusern ganz verschiedene Aufwendungen gemacht. Friedrichshain giebt 5500, Roabit 1800, Urban 1500, Gitschiner-Straße 300 R. aus. Im Friedrichshain ist ein Geistlicher fest angestellt. Woher diese überraschende Ungleichheit, da doch z. B. in Roabit und Friedrichshain die Belegung nahezu dieselbe ist? Mir persönlich wäre es ja lieber, wenn der ganze Betrag zu Gunsten der Volksbibliotheken verwendet würde. Das gleiche Verhältnis liegt bei den Ausgaben für den Unterricht kranker Kinder vor. In Roabit wird doppelt so viel gezahlt wie in Friedrichshain, während die Kinderzahl in Roabit am niedrigsten ist. Es wäre doch wünschenswert, wenn der Magistrat sich auf diesen Gebieten die Aufstellung einheitlicher Grundätze angelegen sein ließe.

Der Etat für das Krankenhaus Friedrichshain wird darauf genehmigt.

Vorweggenommen wird dann die Vorlage betreffend den Verkauf eines an der Schlüter-, Rommsen- und Riebuhrstraße in Charlottenburg gelegenen (für das neue dortige städtische Theater bestimmten) Grundstück. Die Vorlage gelangt unverändert zur Annahme.

Die Etats für die Krankenhäuser Roabit, Urban, Gitschinerstraße, Kaiser und Kaiserin Friedrichs-Kinderkrankenhaus passieren ohne Debatte.

Auch bei dem Spezialetat „Polizeikosten im allgemeinen (Duispolizei) und Feuerlöschwesen“ ergeht sich keine Diskussion.

Um 1/10 Uhr wird die Beratung abgebrochen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Montag, den 14. März, abends 8 Uhr, findet bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35, eine öffentliche Versammlung des Wahlvereins statt. Reichstags-Abgeordneter Buchwald spricht über: „Innere und äußere Kolonisation“. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Teltow-Charlottenburg. Die Kassierer der Wahlvereine, wie überhaupt die Parteigenossen des Kreises, welche noch Listen für die Crimmitschauer-Beber in Händen haben, werden ersucht, diese Listen auf schnellstem Wege an den Unterzeichneten abzuliefern, an den ebenfalls Anfragen, Briefe und Gelder zu adressieren sind. W. Geberhard, Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Telephon: Charlottenburg 4006.

Mahlsdorf. Allen Genossen zur Nachricht, daß am Sonnabend, mittags von 11-1 Uhr, die Wahl zur Gemeindevertretung (dritte Klasse) vollzogen wird. Trotz der nicht gerade günstigen Zeit wird es Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters sein, zur Wahl zu gehen, damit die sozialdemokratischen Kandidaten, der Gärtner Albert Trappe und der Bauunternehmer August Wehlig siegen. — Genossen, macht auf der Arbeitstelle die Mahlsdorfer Kollegen hierauf aufmerksam. Das Wahlkomitee.

Nieder-Schönhausen. Die Gemeindevertreterwahl in der dritten Abteilung findet am Mittwoch, den 16. März, von 12-5 Uhr im Liedemitschen Lokal statt. Es ist Pflicht jeden Wählers, besonders aber eines jeden Parteigenossen, sich rechtzeitig einzufinden. Wenn jeder seine Schuldigkeit thut, ist der Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten sicher.

Nieder-Schönhausen. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung zur Gemeinderatswahl. Treffpunkt bei Schäfer, Waldowstraße 64c Marthastraße.

Pantow. Sonntagfrüh 8 Uhr Flugblattverbreitung zur Gemeinderatswahl von folgenden Lokalen aus: Weiselsack, Kaiser Friedrichstr. 71; Abendroth, Wühlentstr. 25; Dreßler, Florastraße 33; Wolf, Dollanstr. 23.

Lichtenberg. Am Sonnabend veranstaltet der Wahlverein sein diesjähriges Stiftungsfest im Lokal von Hörslich, Frankfurter Chaussee 120. Es werden nur erste Kräfte mit, u. a. die Konzert-sängerin Anni Bremer und das Popsche Doppel-Quartett sowie das Berliner Sinfonie-Orchester. Es dürfte so den Mitgliedern und deren Freunden ein genußreicher Abend geboten werden. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der Wahlverein am Sonnabendabend 8 1/2 Uhr im Kanterischen Lokale, Verlimerstr. 10, eine Versammlung abhält, in welcher ein Vortrag gehalten wird. Gäste haben Zutritt.

Königs-Wusterhausen. Am Sonntagmittags 2 1/2 Uhr, tagt im Alten Schützenhause bei Wedhorn eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik.“ Referent: Genosse Max Kiesel-Berlin. Alle Genossen und Genossinnen werden ersucht, für einen regen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen. Der Einberufer.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Wenn die zweite Lesung des Stadthaushalts-Etats in dem Tempo weitergeht, in dem sie gestern begonnen hat, dann kann das die längste Etatberatung werden, die man je im Rathhause erlebt hat. Als gegen 1/10 Uhr die Sitzung geschlossen wurde, war nicht mehr erledigt als die Etats der Krankenhäuser, und alles übrige mußte auf die nächste Sitzung verschoben werden.

Die fast vierstündige Debatte hatte sich hauptsächlich um zwei Punkte gedreht: um eine im Staatsauschuss gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommene Resolution über die Erleichterung der Aufnahme auswärtiger Kranker und um eine im Staatsauschuss von den Sozialdemokraten beantragte, aber von den Freisinnigen abgelehnte Resolution über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Pflegepersonals. Für die erste Resolution ersuchte der Ausschuss über dessen Beratung der Stadtverordnete Louis Sachs berichtete, das Plenum um Zustimmung. Die zweite Resolution war von der sozialdemokratischen Fraktion im Plenum erneut beantragt worden.

Die Debatte wurde eröffnet durch unsern Genossen Heilmann, der scharf protestierte gegen die Absicht, die Aufnahme auswärtiger Kranker zu erleichtern. Heilmann bezeichnete das, was die vom Ausschuss angenommene Resolution forderte, als einen Schlag gegen das Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege, als eine Gewaltmaßregel, die unwürdig der Stadt Berlin sei. Das einzig Ertruliche dabei sei das, daß man mit diesem Plan endlich zugebe, wie arg der Mangel in den städtischen Krankenhäusern sei, den man so lange zu vertuschen gesucht habe. Auf die wirkungsvollen Ausführungen des sozialdemokratischen Medners antwortete als Vertreter des Magistrats Stadtrat Weigert mit dem Versuch, den peinlichen Eindruck dieser Ad-

schloßen Gewaltspolitik abzuschwächen. Aus den Reihen der Mehrheit erhob dann ein Fachmann, der Stadt. Dr. Landau („Alte Linke“), seine Stimme gegen die geplante Maßregel, aber sein Fraktionskollege, Stadt. Wallach, der sich als Vater der Resolution bekannte, vertrat den Wahlbürger-Standpunkt, daß Berlin gegenüber den Nachbarorten keine Rücksichten zu üben brauchte.

Zu der im Ausschuss abgelesenen Resolution über das Pflegepersonal sprach Genosse Antrid. Auf den Västen der Freisinnigen begann man mit lärmenden Unterbrechungen, als Antrid erklärte, Berlin habe wenig gethan, sich ein gutes Pflegepersonal zu schaffen und zu erhalten. Was an der Lage des Personals gebessert sei, sei gebessert worden nur auf Betreiben der Socialdemokratie. Die kürzlich vom Oberbürgermeister ausgeplauderte Absicht, die Wärter allmählich durch Schwestern zu ersetzen, entspringe nur dem Wunsch, ein gefügigeres Personal zu haben. Gegen Antrid traten nicht weniger als drei Mitglieder des Magistrats nach einander auf den Plan. Oberbürgermeister Kirchner suchte seiner Bemerkung über die Schwesternfrage eine harmlosere Deutung zu geben und pries im übrigen die größere Befähigung der Schwestern. Stadtrat Weigert griff Antrids Aeußerung, daß die Lage des Personals etwas gebessert sei, eifrig auf und ergänzte sie durch eine übertreibende Schilderung. Stadtrat Straßmann wiederholte nur die Ausführungen seiner Kollegen. Stadt. Nathan („Social-Fortschrittler“) sprang in der Schwesternfrage Herrn Kirchner bei, erklärte sich gegen die Resolution über die auswärtigen Kranken und sagte zur Resolution über das Pflegepersonal nichts.

Mit den Ausführungen der Stadtverordneten Rosenow („Neue Linke“) und Haberland („Alte Linke“), die wenigstens die Erhaltung der vollen Selbstkosten den auswärtigen Kranken auferlegt wissen wollten, schien die Debatte ruhig zu Ende gehen zu sollen, als Herr Kirchner noch einmal das Wort ergriff und durch einen heftigen Ausfall gegen die socialdemokratischen Gemeinde-Arbeiter einen neuen Streit entfachte. Herr Kirchner sprach von Verhütung der Massen, von gewaltsamem Umsturz der bestehenden Rechtsordnung. Derartige Vorfälle, so erklärte der Oberbürgermeister unter säkularischem Veisfall der freisinnigen Mehrheit, werde die städtische Verwaltung unter den Gemeinde-Arbeitern mit allen Mitteln bekämpfen. Kein Mensch im ganzen Saale begriff, was dieser urplötzlich Ausbruch oberbürgermeisterlichen Grummies zu bedeuten hatte und selbst Herr Cassel äußerte Verwunderung. Erst als Herr Kirchner einen Brief vorlas, durch den von Gemeinde-Arbeitern unter Drohungen ein Druck auf die Krankenhäuserverwaltung auszuüben versucht worden war, löste sich das Rätsel. Die Antwort unseres Genossen Singer ließ freilich den Oberbürgermeister bald erkennen, daß er, offen herausgesagt, eine großartige Dummheit begangen und sich selber eine lässliche Niederlage bereitet hatte. Singer tabelte mit aller Engherzigkeit das Vorgehen der betreffenden Gemeindearbeiter und getheilte dann den Versuch Kirchners, diesen Einzelfall zu einer scharfmascherischen Socialistenhege zu benutzen. Herrn Kirchners Gesicht wurde lang und länger, als auch seine freisinnigen Freunde ihn preisgaben.

Die Resolution über das Pflegepersonal wurde abgelehnt — dafür stimmten nur die Socialdemokraten —, die Resolution über die auswärtigen Kranken wurde in ihrem zweiten Teil angenommen. Um 1/2 konnte der Vorsitzler Langerhans konstatieren, daß man nun mit dieser „Vorbemerkung zum Etat“ fertig sei. Das Wort nahm darauf noch unser Genosse Leib, um auf die merkwürdigen Ungleichheiten der Bezahlung der in den Krankenhäusern thätigen Pastoren und Lehrern hinzuweisen, namentlich auf den Umstand, daß das Friedrichshain-Krankenhaus einen Geistlichen mit 5500 M. besoldet. Die Etats der vier Krankenhäuser wurden dann angenommen.

Die Kunst unter Wilhelm II.

Im letzten Heft des „Kunstwart“ befindet sich noch ein Beitrag von Adenarius zur Kunstdebatte des Reichstags voll Bedauern darüber, daß sich der Kunstgeschmack des Kaisers vor neueren Talenten so verschließen konnte:

„Ich will“, soll Wilsof gesagt haben, „mit dem Kaiser über alles reden, nur nicht von der Cession.“ Hohe Offiziere sollen gelegentlich ihre Bedauern ausgesprochen haben, sich nicht in neuer Art einzurichten zu dürfen: der Kaiser könne sie einmal besuchen, und er brachte das als eine Opposition gegen sich. Da Wilhelm II. die Säle der Cession nicht betritt, oder wenn sich's nicht vermeiden läßt, schnell ohne Aufenthalt durchschreitet, so kennt er von ihr aus eigener Anschauung nicht viel. Wie ist seine unbedingte Abneigung gegen sie zu erklären? Gegenwärtigen wie uns die Neben und Handlungen des Fürsten, die ihn mit bildender Kunst in Verbindung setzen, von Anfang an, so finden wir außerordentlich stark bei ihm die alte Auffassung von der Wichtigkeit des Stoffes, von der Kunst als Dienerin, sei es der kirchlichen, sei es der vaterländischen und, besonders, des dynastischen Interesses. Wenn er das Genie Menzel feierte, so feierte er doch auch das Talent des Berner, und schließlich magt sich die Annahme zu weit, daß er Berner, den Hohenzollernmaler, mehr als Menzel ehren würde, wenn Menzel nicht Hohenzollern, sondern dem Kaiser unumgängliche Persönlichkeit verkehrlich hätte. Zu diesem Elemente des kaiserlichen Kunstgeschmacks kommt als zweites, so viel wir sehen, die Freude am Festlichen, Brantvollen, Rhetorischen, in irgend einem Sinne Dekorativen, wobei Wilhelm II. die Grenzen nach dem bloß Theatralischen hin anderswo zieht, als wir. So bildete sich ein Kreis von Männern, um teils durch ihre Arbeit, teils durch ihre Informationen den Kaiser zu unterstützen, von denen, da Menzel schon wegen seines Alters kaum in Frage kommt, kein einziger unter den Kunstverständigen der Nation das gleiche Ansehen wie beim Kaiser genießt: Berner, Vegas, Oberlein, Rajchdorff, Ansdorf usw. Was sie malten, modellierten und bauten, führte bei gewaltigen Aufwendungen künstlerisch von Mäherfolgen zu Mäherfolgen: ich spreche nur die Worte aus: Nationaldenkmal, Gedächtniskirche, Sieges-Mäe, Dom, Wagner-Denkmal, Gruppen am Brandenburger Thor, um an eine Reihenfolge von künstlerischen Leistungen zu erinnern. Nicht unwichtige „Meinigkeiten“, wie unsere schlechten Münzen und unbegreiflich schlechten Briefmarken sorgten dafür, die Berliner Hofkunst im ganzen Reich und über seine Grenzen hinaus der Verwunderung preiszugeben. Aber nicht nur die Leistungen „seiner“ Künstler begegneten immer allgemeiner ablehnender Kritik, auch der Widerspruch gegen die Urteile des Kaisers in Sachen der Kunst wuchs im Volk, je mehr er in der Nähe des Thrones zu verstimmen schien. Wir haben wiederholt von dem Einfluß gesprochen, den das Umschmelzen, als handle sich um ein Universalgenie, auch auf den bevorzugtesten Geist ja ausüben muß, dieser Mangel an mündlicher Gegenrede, dieser Ueberfluß an servilem Zustimmen, welche auch den ebelsten Gehirnsinhalt am Schärfen Klinge gegen Allgeue verhindern. Kommt hoch herausgehobene Stellung und ungewöhnliche Begabung hinzu, so ist das erhöhte Sicherheitsgefühl erklärlich, mit dem man auch zu folgen-schwereren Urteilen in Sachen der Kunst die Verechtigung im eigenen Geschmacks findet. Fühlte keiner im Vorkreis des Kaisers die Pflicht, hierüber aus Ergebenheit für seinen Herrn zu sprechen?

Das Märkische Museum hat eine anmutende Bereicherung erhalten in Gestalt von Skizzen aus dem alten Berlin vom Maler Max Rabes. Der Künstler hat die aus seiner Frühperiode stammenden Blätter, Aquarelle und Bleistiftskizzen dem Museum zum Geschenk gemacht. Es sind Motive aus den kleinen Gassen und Gäßchen, an deren Stelle die schöne breite Kaiser Wilhelmstraße getreten ist.

Für den Personenverkehr auf der Havel und ihren angrenzenden Seen wird in diesem Jahre die Gesellschaft „Stern“ in Potsdam

zwei große, elektrisch betriebene und mit Schmelzwerkern versehene, den modernsten Anforderungen gehende Fahrzeuge in Betrieb stellen, die bis Spandau den Verkehr in abgekürzter Fahrzeit vermitteln werden. Außerdem werden auf der Havel bei Potsdam, dem Orlebnisse und dem fertigen Teil des Teiltonkanals einige neue Personendampfer resp. Motore des Reiches bestellt werden. An der Gliender Brücke wird eine große Landungsbrücke zum Umsteigen errichtet.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde die 24 Jahre alte Martha Prast, die in der Präden-Allee diente, verhaftet. Das Mädchen fiel durch ein verändertes Wesen auf. Es wurde festgestellt, daß es geboren und das Kind in einem Eimer weggetragen hatte. Die Verhaftete wurde zunächst als Polizeigefangene in einem Krankenhaus untergebracht.

Zu dem Familiendrama in der Wilhelmstraße sei anders lautenden Nachrichten gegenüber mitgeteilt, daß Zeit und Ort der Verdrigung der Familie Wesels noch nicht festgestellt sind. Vor dem Hause in der Wilhelmstraße sammelten sich noch fortwährend Neugierige. Auch vor dem Schauhaufe in der Panndorfer Straße fanden auf die falsche Nachricht, daß die Leichen dorthin gebracht worden seien, große Ansammlungen statt, zu deren Zerstörung die Hilfe der Revierpolizei in Anspruch genommen werden mußte. In der Wohnung Wesels wurde eine große Flasche mit Resten des Giftes beschlagnahmt. Sie scheint früher Truchtsaft enthalten zu haben. Wesels hatte darin eine solche Menge Cuckel in Wasser aufgelöst, daß er damit noch viel mehr Personen hätte vergiften können.

Ein schwerer Unglücksfall ist durch grenzenlosen Leichtsin herbeigeführt worden. Ein Stallmann H. Karsten wollte mit einem Kollegen, dem Stallmann Reinhold, den Fahrdamm der Straße Alt-Neubitz überschreiten. Da kam ein Straßenbahnwagen der Linie 14 in mäßiger Geschwindigkeit. Während H. Karsten blieb, um den Rotorwagen vorbeizulassen, äußerte Karsten: „Ich werde doch versuchen, ob ich nicht noch vorbeikomme“, und ließ kaum ein Meter vor dem Wagen auf die Schienen. Obwohl der Fahrer sofort Gegenstrom gab, konnte er das Unglück nicht mehr verhindern. Der Stallmann wurde niedergedrückt und geriet unter die Vorderplattform, vor den Schuhschrauben, an dem sich seine Kleidung festsetzte. Um den Unglücklichen zu befreien, mußte der Straßenbahnwagen mit Hilfe von Passanten angehoben werden. — Karsten hatte einen Schädelbruch, Verletzungen an dem rechten Arm und der linken Schulter erlitten und wurde nach dem Krankenhaus Noabitz gebracht.

Bei der Rettung seines Offiziers ist ein Berliner Seemann ums Leben gekommen. Der Schuhmachermeister Duester, Wilhelmstr. 4, hatte vor 25 Jahren einen Waisenknaben als Pflegekind angenommen, den damals ein Jahr alten Arbeiterjohann Georg Stadie, der bald nach seiner Geburt beide Eltern durch den Tod verloren hatte. Herangewachsen, wurde der Knabe Seemann und stand seit acht Jahren im Dienste einer amerikanischen Gesellschaft. Zuletzt war er Maschinist auf dem Frachtschiff „Northton“. Als sich dieses am 3. Februar auf der Fahrt nach Neu-Orleans befand, wurde im Offiziersraum unter Deck ein Gasbehälter schadhaft. Der erste Offizier, der sich in dem Raum befand, hatte nur noch die Kraft, das elektrische Läutewerk in Tätigkeit zu setzen. Fünf Mann von der Besatzung eilten zu Hilfe, lehrten aber unrichtiger Sache von dem mit Gas dicht angefüllten Raum zurück. Stadie drang aber durch, holte den Offizier heraus und brachte ihn auf Deck. Hier brach er bewußlos zusammen und starb zwei Stunden nach Vollendung des Rettungsversuchs, während der Gerechtete sich nach und nach wieder erholte. Weiter erhielten die Pflegeeltern die Mitteilung von dem Geldentate ihres braven Sohnes.

Glascheiben-Diebe. In der Weststraße zu Niddorf nahm ein Schumann drei Männer fest, welche schwer mit Fensterglas beladen waren, über dessen Herkunft sie widersprechende Angaben machten. Das Kleblatt wurde der Kriminalpolizei zugeführt, welche in demselben drei Berliner Spidubben feststellte, deren Spezialität seit Jahren das Stehlen von Glascheiben ist; es sind die Glaser Köhler, Lendel und Boie. Das ihnen abgenommene Glas hatten die drei aus einem Niddorfer Neubau entwendet. Die Diebe wurden dem Amtsgerichtsgefängnis überwiesen.

Ein Bühnenproblem. Die deutsche Grammophon-Gesellschaft führte gestern im Schiller-Theater in der Wallner-Theaterstraße ein originelles Experiment vor. Daß die Edison'sche Erfindung des Phonographen in den letzten Jahren bedeutend vervollkommenet worden ist, haben mannigfache Vorführungen gezeigt; doch niemals trat hierbei ein praktischer Zweck ans Licht. Immer handelte es sich um mehr oder weniger amüsante Spielereien, die nur der Unterhaltung zu dienen hatten. Die deutsche Grammophon-Gesellschaft hat nun die Idee gefaßt, ihre Instrumente als arbeitssparende Maschinen der Bühne dienstbar zu machen. Es trifft sich im Schauspiel etwa, daß hinter der Bühne ein Sänger sein Lied erkönen lassen muß. Dieser Sänger mußte bisher gegen mehr oder minder schweres Geld eigens für den gedachten Zweck engagiert werden. Jetzt übernimmt das Grammophon die Arbeit. Die Arie „Lobend zum Himmel“ aus dem „Troubadour“ wurde vom Grammophon unter den erwähnten Umständen vorgetragen, und die geladenen Zuhörer hatten um so mehr Ursache, in Entzücken zu verfallen, als der berühmte Italiener Ramagni zu der Aufnahme „gefunden“ hatte. Noch mehr Arbeit kann gepart werden, wenn das Volk hinter der Scene zu murren hat. Florian brauchen in diesem Falle keine zehn Mann mehr „Ababarber“ zu rufen; das Grammophon besorgt den Spitzel viel weniger umständlich und mit aller nur gewünschten Artikulation der Stimmen. Eine Revolution, wie sie im Buche steht, wurde von dem unscheinbaren Apparat vorgeführt; Ansprachen, Weisfallstrafe, Zwischenreden, Widerstreit der Meinungen, Spaltung der Parteien, der Ruf nach Waffen, das Läuten der Sturmgloden, kurz die ganze Stufenleiter des Befreiungskampfes kam hinter der Scene deutlich zum Ausdruck. So ging es in mannigfachen Variationen weiter. Daß die zu der Vorführung erschienenen Künstler weidlich auf die Konkurrenz schalten, versteht sich. Aber auch ihre Arbeitgeber, die Theaterdirektoren, äußerten Bedenken. Sie meinten mit gutem Grund, die Sache sei nicht immer so zu schieben, daß aller Lärm hinter der Scene bliebe; die leichte Unfähigkeit des blätesten Publikums, in Illusionen zu geraten, werde sich protezierend äußern, wenn im Drama statt des erregt murrenden Volkes das Grammophon auf der Bühne erscheine. So ist in diesem Falle die Waffe dem Fortschritt hinderlich. Aber ganz ohne Nutzen ist das Grammophon doch nicht für die Theaterleitung. Man kann dem Sänger mit dem Apparat drohen, wenn er seine Laune bekommt und einmal nicht singen will, und bei plötzlichen Ausfällen üppig entlohnter Statisten und Choristen, die bekanntlich schon dagewesen sind, kann das Grammophon Streubrecherdienste verrichten. Eine nach kapitalistischen Grundgesetzen dirigierte Bühne sollte sich für alle Fälle vorsehen und dem Grammophon als ordnungsführendes Element nicht hochmütig die Thüre weisen. Im irgendwelchen Mißdeutungen vorbeuge, erklären wir allerdings ausdrücklich, daß wir einen solchen Ausfall im „Betriebe“ des Herrn Direktor Loewenfeld am wenigsten erwarten.

Ein Vortragabend der „Vereinigung: Die Kunst im Leben des Kindes“ findet Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr, im Bürger-saale des Rathauses statt. Herr Dr. Theodor Platau wird über „Die Kultur der Stimme“ sprechen. Eintritt nur für Mitglieder frei; für Nichtmitglieder Eintrittskarte zu 50 Pf. erhältlich bei Kellner u. Reiner, Potsdamerstr. 122, in den Buchhandlungen von Amelang, Potsdamerstr. 126 und Kaufstr. 164, Bindelmann, Friedrichstr. 6, Späth, Königstraße, gegenüber dem Rathause, sowie in der Geschäftsstelle der Vereinigung, Adenbachtstr. 2.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Den Teilnehmern am Kursus für Nationalökonomie zur Kenntnis, daß der Unterricht am Montag, den 14. d. M., ausfällt. Der nächste Unterrichtabend ist am Montag, den 21. d. M.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung begann am Mittwoch die zweite Sitzung des Stadthaushalts-Etats. Beim Etat der Armenverwaltung wurde u. a. beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Gehaltsbezüge der Armenärzte im Interesse einer Erhöhung einer Revision zu unterziehen. Weiter wurde ein Antrag angenommen, der den Magistrat ersucht, über die Frage betreffend die Auslegung von politischen Zeitungen in den Lesezimmern der Volkshilfshäuser Erhebungen anzustellen. Ein Antrag von a. a. n. n. (lib.) fordert den Magistrat auf, die Errichtung eines Leidenheim in Erwägung zu ziehen. Wie Oberbürgermeister Schuster erklärte, ist es vielleicht möglich, daß die Stadt ein Leidenheim baut, wenn die Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt das nötige Kapital leihweise hergibt. Beim Etat der Stiftungen und Vermächtnisse endlich gelangte ein Antrag Dr. Zeppler (Soe.) zur Annahme, daß über die Verwendung der Mittel der Christlichen Stiftung (zu Freibetten im Krankenhaus) und über die in Betracht kommenden Grundstücke genauere Nachforschung abgelegt und zugleich von Zeit zu Zeit auf die Existenz dieser Stiftung aufmerksam gemacht wird. In seiner Begründung wies der Antragsteller darauf hin, daß es hauptsächlich deshalb notwendig sei, auf diese Stiftung aufmerksam zu machen, damit die Bevölkerung von diesen Freibetten Gebrauch macht und nicht der öffentlichen Armenpflege anheimfällt.

Zur Schmaragdener Gemeindevahl wird uns berichtet: Bei dieser Wahl hat die „Antspartei“ mit den größten Anstrengungen gearbeitet, ohne aber den Sieg zu erringen, sie kommt zum erstenmal mit der Socialdemokratie in Stichwahl. Der Kandidat der bürgerlichen Opposition ist unterlegen. Von der Kraft und Mäßigkeit der Arbeiter in den nächsten Tagen wird es abhängen, ob endlich das kontrollierende und belebende socialdemokratische Element für die Zukunft in der Gemeindevertretung mitwirken wird. Wohl wissend, daß die Mehrheit der Einwohner von der „Antspartei“ nichts wissen will, ließ man den Kandidaten Herrn Klempnermeister Schilling zunächst unter der falschen Flagge des „unabhängiger Wähler“ segeln. Die „Antspartei“ wurde vom Gemeindevorsteher in jeder Weise begünstigt und unterstützt. In ihren Gunsten wirkte die für die Arbeiter ungünstige Wahlzeit. Nach Zonenstimmten, die fast die Hälfte der antsparteilichen Stimmen betrug, wurde eine Jagd eingeleitet, deren Wirksamkeit man dadurch steigerte, daß nicht Private, sondern die Gemeindefunktionäre sich vornahmen. Sogar in Händen der Gegner befindliche Zonenabstimmungen jagten die Herren unter Vermeidung hellsprechender Formulare diesen wieder ab. Das Interesse für die kommunalen Angelegenheiten ist bei den hiesigen Arbeitern gestiegen. Trotz der schlechten Wahlzeit vermehrten sich unsere Stimmen. Durch Besetzung des Wahlvorstandes mit Parteigenossen wurde die Absicht der Antspartei und ihrer Förderer, auch die Stichwahl ungünstig für uns anzusetzen, vereitelt. Mit stolzen Hoffnungen setzen wir den Kampf, in dem wir auf energische Unterstützung der hiesigen Arbeiter rechnen, fort. Die Stichwahl erfolgt am Freitag, den 18. März, nachmittags von 5-8 Uhr im Rathaus.

Die Niddorfer Stadtverordneten-Versammlung beendete am Mittwoch die Stadtberatung. Ein großer Teil der Sitzung wurde ausgefüllt durch die Feststellung des Steuerplans, wobei die Erhöhung der Umfahsteuer für unbebaute Grundstücke im Vordergrund stand. Die Magistratsvorlage sieht 1 Proz. des Umfahwertes für bebauete (wie bisher) und 2 Proz. für unbebaute Grundstücke (bisher 1 Proz.) vor. Bekanntlich hatte der Magistratsantrag auf entsprechende Änderung der Umfahsteuer-Ordnung bereits im Januar einen heftigen Streit entfacht, in dem fast nur die Socialdemokraten auf Seiten des Magistrats standen. Damals überwiegt man die Angelegenheit dem Staatsauschuss. Dieser schlägt 1 1/2 Proz. für unbebaute Grundstücke vor. Einer der heftigsten bürgerlichen Streiter, Stadt. Abraham, erklärte sich nun jetzt bereit, die Streitart zu begraben und 1 1/2 Proz. zu bewilligen, wenn der drohende und angefangene Konflikt so durch Vergleich vermieden werden könnte, obwohl er im Princip immer noch meinte, besser wäre das Festhalten an 1 Proz. — Stadt. Koh tritt auch für 1 1/2 Proz. ein. — Oberbürgermeister Sobdin giebt zu, daß die Etatsverhältnisse diesmal allerdings günstiger ständen, weist aber zugleich nach, daß unter anderem zwei ganz erhebliche, sich nicht wiederholende Einnahmen (eine Liebernahme aus dem Vorjahre und Rücknahmen aus nicht verbrauchten Anleihebeträgen usw.) dabei mitwirkten. Andererseits sei zu berücksichtigen, daß für 1906, besonders aber für 1906 zur Erfüllung wichtiger kommunaler Aufgaben viel größere Einstellungen in den Stadthaushalts-Etat erforderlich sein würden. — Stadt. Wuyth (Soe.) findet in Lieberneinigung mit seinen Fraktionsgenossen, daß diesmal der Magistrat der bessere Hausvater sei, indem er sich zum Motto mache: „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“. Es sei ganz richtig, nicht zu sagen, man habe „nur“ mit dem Jahre 1904 zu thun. Seine Fraktion stehe auf dem Boden der Magistratsvorlage. Es sei in Niddorf noch ungeheuer viel zu thun. Eine den städtischen Körperschaften überreichte Nachweisung der Lehrerschaft beweise, daß Niddorf noch sieben Volksschulen fehlten, um allen Verpflichtungen nachkommen zu können. Man habe also Geld sehr nötig. Bei zwei Prozent Umfahsteuer ließe sich vielleicht die Lustbarkeitssteuer streichen. Außer Wuyth trat noch Conrad (Soe.) für zwei Prozent ein. Er legte noch einmal die schon im Januar dargelegte Stellung der Niddorfer socialdemokratischen Fraktion zur Umfahsteuer dar und nahm damit Herrn Abraham, der sich mit dem „Vorwärts“ Bericht über die Singische Rede in Berlin betraffet hatte, den Wind aus den Segeln. — Der Antrag des Magistrats wurde gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt und darauf einstimmig die Festsetzung der Umfahsteuer für unbebaute Grundstücke auf 1 1/2 Proz. und für bebauete Grundstücke auf 1 Proz. beschlossen. Der Zuschlag zur Einkommensteuer wird auf 130 Proz. (bisher 150 Proz.) und der zur Grund- und Gebäudesteuer auf 225 Proz., der zur Gewerbesteuer auf 200 Proz. festgesetzt. Die von den Socialdemokraten und Herrn Gröpler beantragte Beseitigung der Lustbarkeitssteuer wird abgelehnt. An Biersteuer sollen 50 Proz. Zuschlag zur Brausteuer von dem im Stadtdistrikt gebrauten Bier und 0,65 M. pro Hektoliter vom eingefahrenen Bier erhoben werden. — Während der sehr lebhaften Verhandlung kam es zu einigen Reibereien zwischen den Mitgliedern der großen bürgerlichen Fraktion, die den Socialdemokraten diesen Späß bereitet, zum großen Mißvergnügen ihres mehrmals als Anführer und dann wieder als Friedensengel sich produzierenden Anführers Abraham. Mit der Erledigung der Gehaltsfestsetzungen in geheimer Sitzung wurde dann der ganze Etat erledigt. Im Ordinarium balanzieren Einnahme und Ausgabe mit annähernd vier Millionen Mark, im Haupt-Extra-Ordinarium mit 10 1/2 Millionen Mark.

Lichtenberg. In der Kreuzigerstraße fand am Dienstagabend ein Wohnungsbrand statt, der zum Glück für die übrigen Hausbewohner rechtzeitig bemerkt wurde. Die freiwillige Wehr des Ortes, die dem Feuer mit Krabber auf den Leib rückte, entdeckte, daß zwei Brandherde und zwar in der Vorderstube und in der Hinterstube des Konfektionschneiders Klein sich vorfanden. Die Wohnung wurde versiegelt und auf den abwesenden Inhaber wird gehaftet. — Eine Kindesleiche mit vom Kumpfe getrennten Kopfe wurde in der Nacht zum Mittwoch in einem leeren Abteil der Stadtbahn auf dem Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde aufgefunden. Dem Funde scheint ein in Berlin verübter Kindesmord zu Grunde zu liegen.

Granz. Buchholz. Bei der Gemeindevahl am Donnerstag wurde in der dritten Abteilung Postdorfer Bauernmeister (Bürgerpartei) mit 105 Stimmen gewählt. Eigentümer Pohl (Socialdemokrat) erhielt 52 und Landwirt Große (Bürgerverein) 13 Stimmen.

Zehlendorf. Bei der gestrigen Gemeindevahl wurden in den beiden zur Wahl stehenden Bezirken die bürgerlichen Kandidaten gewählt. Im ersten Bezirk erhielt der socialdemokratische Kandidat Fadel 88 gegenüber 171 gegnerischen Stimmen. Im zweiten Bezirk entfielen auf Genossen Göbe 107 Stimmen und mit der nur geringen Majorität von 19 Stimmen siegte der Gegner. Die socialdemokratischen Stimmen sind gegenüber der vorigen Wahl stark gestiegen.

